Nr. 274. 15. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1503.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Mittwoch, den 23. November 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Das Zentrum und die Militärforderungen.

Die Zentrumspresse versucht auch jetzt, angesichts der militärischen Neuforderungen, das deutsche Volk einzuschläfern. Sie verwundert sich, daß die neue Vorlage die breite Oeffentlichkeit so gut wie gar nicht beschäftige, und schließt aus dieser Beobachtung, daß entweder die Vorlage so mäßige Forderungen enthalte, daß man es seitens der Regierung gar nicht für nöthig halte, sie dem Volke nach und nach beizubringen, oder aber, daß die Regierung die Taktik befolge, bis zum letzten Augenblick zu schweigen, um der Opposition möglichst wenig Zeit zur Gegenarbeit zu lassen.

Es geht nichts über die gemachte Naivetät der Zentrumspresse. Sie thut, als ob die Welt noch gar nicht wüßte, was die Militärvorlage für Forderungen stellt; sie erweckt plötzlich den Anschein, als ob Regierung und offiziöse Presse noch gar nicht gesprochen hätten. Und dabei ist es offenes Geheimniß, was die Militärvorlage bringt. Trotzdem schreibt die „Kölnische Volkszeitung":

„Wir können natürlich nicht sagen, was das Zentrum mit einer noch ganz unbekannten Vorlage machen wird."

Und dann fährt das nämliche Blatt, das kurz zuvor selbst seinen Lesern die kommenden Militärforderungen genau bezeichnet hat, also fort:

„Wir haben es darum auch als ein müßiges Phantasiestück bezeichnet, wenn gleich nach den Reichstagswahlen vereinzelt schon mit der Möglichkeit einer Reichstags-Auflösung wegen der Militärvorlage mit dem Hintergedanken einer Scharfmacherpolitik gerechnet wurde. Allein die Annahme des Marinegesetzes bedeutet doch noch lange nicht, daß das Zentrum und seine Wähler sich nun alles bieten lassen würden. Eher könnte man eine ganz andere Folgerung ziehen."

Wirklich? Und welche Folgerung sollte das sein? Geben wir uns keiner Täuschung hin. Das Zentrum wird der neuen Militärvorlage keinen ernsthaften Widerstand entgegensetzen. Denn wollte sie dies, dann würde die Zentrumspresse heute schon gegen die Neuforderungen polemisiren, da sie dieselben so genau kennt wie wir.

Angekündigt wurde die neue Vorlage vom preußischen Kriegsminister am 14. Dezember vorigen Jahres. Als Hauptkern der Vorlage läßt sich eine Neuorganisation der Feldartillerie bezeichnen. Zugleich mit dieser Neuorganisation ist auch eine wesentliche Verstärkung der Artillerie geplant. Der Abgeordnete Müller-Fulda war es, der in der Budgetkommission des Reichstags im vorigen Februar diese Thatsache festzustellen wußte. Man weiß schon seit Februar, daß zum 1. April 1899 neue Erhöhungen der Friedenspräsenzstärke der Armee eintreten sollen. Es kann sich also nur noch um die Frage handeln, in welchem Maße die Mannschaften dauernd verstärkt werden sollen. Die Angaben darüber gehen in der offiziös unterrichteten Presse allerdings noch weit auseinander. Sie schwanken bezüglich der zu fordernden Mehreinstellung von Rekruten zwischen 15 000—40 000 Mann. Eine offiziöse Korrespondenz meint, daß diese Ziffer jedenfalls darum nicht zu niedrig gegriffen werden dürfe, da eine Zusammenziehung der überzähligen Infanteriebrigaden zur Formation neuer Armeekorps geplant ist, wodurch eine entsprechende Vermehrung der Infanterie und anderer Truppengattungen bedingt erscheint. Auch die Zentrumspresse hat von der geplanten Neubildung dreier Armeekorps mit dem Sitze in Mainz, in Bayern und im Königreich Sachsen Kenntniß genommen. Dazu kommt, daß im Laufe dieses Jahres die Bildung der dritten Bataillone bei den neuen Infanterie-Regimentern, die 1806 aus den neuen Halbbataillonen von 1893 entstanden, in der neuen Militärvorlage gleichfalls gefordert werden. Die „Kölnische Volks-Zeitung" nimmt die daraus sich ergebende Mehreinstellung von neuen Mannschaften mit 22 500 Mann an. Die Zentrumspresse weiß also zum mindesten schon seit August ganz genau, daß jedenfalls über 20 000 Mann mehr eingestellt werden sollen, um die Militärforderungen zu erfüllen, die seitens der Regierung erhoben werden. Auch davon hat die Zentrumspresse Kenntniß genommen, daß ein neues Gewehr unterwegs sei, ferner daß von offiziöser Seite für Vermehrung der Kavallerie plädirt wird.

All' das weiß die Zentrumspresse und trotzdem wagt sie jetzt ihren Lesern zu bieten: „Mein Name ist Haase, ich weiß von nichts!" Was ist das für eine Taktik? Ziemt sich dieses Versteckspiel für eine Partei, die sich rühmt, innerhalb des deutschen Parlaments die führende Rolle zu spielen?

Oder will die Zentrumspresse in der That glauben machen, daß man wirklich über den Inhalt der Militärvorlage nichts wissen könne? Mit dieser Ausrede dürfte sie vom Regen in die Traufe kommen. Denn das Zentrum weiß recht wohl, daß es bei jeder Militärvorlage noch immer nach dem Schema gegangen ist: Ankündigung, Ableugnung in schönstem Wechsel und voraussichtlich mit dem Ergebnisse, daß die Forderungen schließlich doch kommen. Berücksichtigter beinahe als dies Schema der Regierung wird das Schema des Zentrums: Erst den Kopf in den Sand stecken und thun, als ob man nichts wisse, dann, wenn die Vorlage da ist, sich als blamirten Europäer aufspielen und mit oppositionellen Phrasen leeres Stroh dreschen, und am Schluß all das rückhaltlos bewilligen, was die Regierung für nothwendig erachtet. Wir dürften daher wohl kaum fehlgehen, wenn wir dem Zentrum heute schon auf den Kopf zusagen, daß ihm eine ernste Opposition gegen die kommenden Militärforderungen ganz und gar fern liegt.

Anstatt seine Stellung als „ausschlaggebende Partei" im Reiche dazu zu benutzen, daß dem Militarismus die Zähne ausgebrochen werden, daß die immer schwerer wuchtende Last, die er dem arbeitenden Volke auferlegt, gemindert werde, — statt dessen beugt sich das Zentrum in feiger Sucht nach freundlichen Blicken der Regierungsleiter, nach Aemtern und Ehrenzeichen, vor allen Anforderungen des kulturfeindlichen Militarismus.

Preußische Staatsretterei.

Wir machten in unserer letzten Sonntagsnummer Mittheilung von der Weigerung des Erfurter Regierungspräsidiums, unseren Parteigenossen Heinrich Schulz, gebürtig aus Bremen, in den preußischen Staatsunterthanen-Verband aufzunehmen. Die Begründung des Regierungspräsidiums besagt: Schulz ist vorbestraft; er kann aus Erfurt ausgewiesen werden, da das Gesetz vom 31. Dezember 1842 der Polizeibehörde dies Recht giebt; folglich hat er auch kein Anrecht, in den preußischen Staatsverband aufgenommen zu werden.

Heut bringt uns der Telegraph die Nachricht von einem Vorstoß des Erfurter Regierungspräsidiums in derselben Richtung und noch über das hinaus, was gegenüber Schulz bereits praktizirt wurde. Es wird uns telegraphirt:

„Soeben ist hier eine Ausweisung verhängt worden. Der Arbeiter Hasert erhält folgende polizeiliche Verfügung:

„Der Dekorationsmaler Hasert, weimarischer Staatsangehöriger, welcher als eine lästige und die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdende Persönlichkeit zufolge Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten hier vom 18. d. M. aus dem Gebiet des preußischen Staates auszuweisen ist, erhält zu diesem Zwecke die Weisung, sich auf dem geradesten Wege und ohne Aufenthalt von hier über Gotha nach Eisenach, woselbst seine Eltern wohnhaft sind, zu begeben und sich unter Vorzeigung dieser Reiseroute bei der Polizeibehörde daselbst sofort zu melden. Inhaber darf von der vorgeschriebenen Route nicht abweichen. Er hat Erfurt am 24. d. M. zu verlassen.

Hasert erklärt, er sei wegen Bettelns mit je drei Tagen, wegen Widerstandes, Gefangenenbefreiung, groben Unfug mit sieben Tagen Gefängniß vorbestraft. Er sei in der gewerkschaftlichen Bewegung rednerisch thätig."

Der letzte Satz giebt des seltsamen Räthsels Schlüssel. Es liegt System in dem Vorgehen des Regierungspräsidenten von Erfurt und man darf annehmen, daß derselbe nicht ohne Zustimmung des Ministeriums gehandelt hat. Man beabsichtigt, gesetzliche Bestimmungen, welche der Gesetzgeber nur gegen schlechte Elemente der Gesellschaft gerichtet hat, im Kampf gegen mißliebige politische Persönlichkeiten auszunutzen.

Wir möchten wohl wissen, wie viele nicht-preußische Reichsangehörige in Erfurt leben, welche in ihrem Vorleben geringfügige Strafen wie der Maler Hasert erlitten haben, ohne deshalb der Ausweisung zu verfallen! Aber Hasert ist ein „Agitator", ein Gewerkschaftskämpfer. Also hinaus mit ihm.

Und wie sieht es mit unserem Genossen Heinrich Schulz aus. Schulz kann die besten Zeugnisse aufweisen über seine Thätigkeit als Volksschullehrer; er ist als Soldat zum Vizefeldwebel avancirt und mit Belobigung seiner Leistungen und seines Verhaltens entlassen worden; er hat die Universität besucht, ohne sich das geringste zu schulden kommen zu lassen. Aber Schulz ist dann unter die Sozialdemokratie gegangen, wohin ihn seine Ueberzeugung, sein Idealismus trieb. Und da ist es ihm gegangen, wie es jedem geht, der unter dem heutigen Regierungssystem für die Arbeiterklasse eintritt, er ist den Auslegungskünsten der preußischen Justiz verfallen. In Magdeburg hielt er einen literarischen Vortrag über „Die deutsche Dichtkunst im 19. Jahrhundert" und neben anderen Gedichten allerlei Art trug er Herwegh's bekanntes, in jeder Buchhandlung käufliches, von Hans v. Bülow in wundervolle Musik gesetztes Gedicht: „Bet' und arbeit' ruft die Welt" vor. Dadurch sollte er sich der „Aufreizung" schuldig gemacht haben und 14 Tage Gefängniß war seine Strafe. Weiter wurde Schulz mit 2 Monaten Gefängniß bestraft wegen — Majestätsbeleidigung. Wer ist heutzutage vor solcher Anklage noch sicher? Schulz hat in der „Tribüne" den Bericht unseres Parteivorstandes abgedruckt; darin fand das Gericht eine Majestätsbeleidigung, während die Berliner Staatsanwaltschaft, die doch unser Protokoll auch pflichtgemäß und genau liest, nichts Ungesetzliches gefunden hatte, während das Landgericht in Brandenburg einen dortigen wegen des gleichen Vergehens angeklagten Redakteur freisprach.

Und wegen dieser Vorstrafen unternimmt es die Erfurter Regierungsbehörde, den völlig unbescholtenen Mann den Bestimmungen des Gesetzes von 1842 zu unterwerfen. In diesem Gesetz heißt es:

Eine Ausnahme von der Aufenthaltsberechtigung findet statt: Wenn die Landes-Polizeibehörde nöthig findet, einen entlassenen Sträfling von dem Aufenthalte an gewissen Orten auszuschließen. Hierzu ist die Landes-Polizeibehörde jedoch nur in Ansehung solcher Sträflinge befugt, welche zu Zuchthaus oder wegen eines Verbrechens, wodurch der Thäter sich als einen für die öffentliche Sicherheit oder Moralität gefährlichen Menschen darstellt, zu irgend einer anderen Strafe verurtheilt worden oder in einer Korrektionsanstalt eingesperrt gewesen sind.

Als „ein für die öffentliche Sicherheit oder Moralität gefährlicher Mensch" wird unser Parteigenosse vom Regierungspräsidium bezeichnet. Eine gesetzliche Bestimmung, durch welche gemeingefährliche Verbrecher betroffen werden sollten, wird auf die Vorkämpfer der Interessen des arbeitenden Volkes angewendet. Sie werden dadurch in unerhörter Weise beleidigt und vermittelst beleidigender Zumuthungen um das allen Reichsangehörigen zustehende Recht der Freizügigkeit gebracht.

Auf solche Weise hofft man ein neues Mittel gefunden zu haben, um die Bewegung der klassenbewußten Arbeiterschaft zu schädigen. Aber so fein ausgetiftelt dieser neueste Polizeistreich sein mag, nützen wird er seinen Urhebern nimmermehr.

Geschürt und vermehrt wird der Groll und die Erbitterung in den Massen, die da sehen, mit welcherlei Mitteln die Mächtigen des Landes gegen die Vorkämpfer des Volkes arbeiten.

Kein Sozialistengesetz, kein Umsturzgesetz vermochte die Arbeiterbewegung zu unterdrücken oder auch nur zu gefährden. Auch Nadelstiche, wie sie jetzt das Erfurter Polizeipräsidium übt und wie sie nachzuahmen vielleicht manch' andere Polizeibehörde im deutschen Zivilisationslande Lust verspürt, werden uns höchstens die Haut ritzen, nimmer aber uns ernsthaft verwunden.

Auch mit diesen neuesten Praktiken preußischer Staatsretterei werden wir lächelnd fertig werden. Aber wir werden auch alles daransetzen, daß nicht die Grundlagen der Reichsverfassung durch kunstvolle Auslegungen eines reaktionären Polizeigeistes erschüttert werden. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. November.

Reichsverdrossenheit. Ueber die „Reichsverdrossenheit" wird wieder einmal in der Presse diskutirt. Es ist das ein Thema, das, gleich der Seeschlange, periodisch in der Presse auftaucht, mit tiefsinnigem Interesse ein paar Wochen lang behandelt wird, und dann wieder verschwindet, um einer konkreteren Frage Platz zu machen. Es ist die Aeußerung des Katzenjammers zwischen lärmenden, und nicht gerade ruhmvollen Aktionen. Von „Reichsverdrossenheit" reden nur die reaktionären Parteien, denen die Sozialdemokratie das Konzept verrückt hat und die nicht können wie sie wollen. Die Junker sind reichsverdrossen, weil das Reich ihnen nicht genug Liebesgaben giebt; die Nationalliberalen, weil ihr „nationales Ideal" in den Straßenkoth herumgeschleift ist; die Fortschrittler sind reichsverdrossen, weil sie sehen, daß ihre Felle fortschwimmen und von den Sozialdemokraten gefischt werden. Kurios ist, was die „Deutsche Tageszeitung" des Bundes der Landwirthe heute über die Reichsverdrossenheit schreibt. „Es ist nicht die Reaktion, was die Schuld an der allgemeinen Verdrossenheit trägt, sondern der Mangel an gesunder Reaktion — meint das Blatt. Also mehr Reaktion! Natürlich mehr Liebesgaben. Weiter heißt es dann:

Wenn Reichsverdrossenheit thatsächlich herrscht und weiter um sich greift, so ist ihre eigentliche Ursache nicht der angebliche reaktionäre Geist, nicht die Verstimmung über gewisse auf dem Gebiete des Persönlichen liegende Dinge, sondern die immer mehr zur Ueberzeugung sich verdichtende Furcht, daß unsere verfassungsmäßigen Verhältnisse sich zum Schaden der Stellung der Krone und zum Schaden des berechtigten Volksfreimuths verschieben könnten. An der Vertiefung und Verbreitung solcher Furcht trägt die Presse viel Schuld. Sie hat die Erörterung oft auf das Gebiet des Persönlichen gerückt, statt immer und immer zu wiederholen, daß für das verfassungsmäßige politische Leben nicht der Träger der Krone, sondern nur seine verantwortlichen Minister in betracht kommen. Soll ihre Verantwortung nicht nur Schein und Schaustück sein, so müssen sie die Folgen auf sich nehmen; fühlen sie sich aber nicht stark genug, unter den gegenwärtigen Verhältnissen die geforderte Verantwortlichkeit zu tragen, so müssen sie die selbstverständlichen Konsequenzen ziehen.

Diese Bemerkungen — und das allein macht sie erwähnenswerth — richten sich augenscheinlich gegen den Kaiser.

Die „Deutsche Tageszeitung" hat blos vergessen, uns zu sagen, wie man diese Verhältnisse mit genügender Deutlichkeit besprechen kann, ohne sich einem Majestätsbeleidigungs-Prozeß auszusetzen. —

Ueber die Parteizugehörigkeit der Wählermassen, die der Wahlurne fern geblieben sind, finden seit einiger Zeit in der bürgerlichen Presse aus Anlaß gewisser wahlstatistischer Berechnungen eifrige Erörterungen statt. Man reklamirt diese ganze träge Masse dabei natürlich für sich und hofft, durch die gesetzliche Einführung der Wahlpflicht der Sozialdemokratie schweren Abbruch zu thun.

Natürlich würde diese Hoffnung bei Durchführung des Planes sich bald als trügerisch erweisen. Aber wir wollen einmal auf die Rechnung dieser Blätter eingehen und ihnen alle Wahlfaulen bis auf den letzten Mann schenken. Und wie würden dann die Dinge stehen? Selbst dann würden den Sozialdemokraten, die, wie wir gestern ausführten, ihrer Stimmenzahl entsprechend eigentlich auf 108 Reichstagsmandate Anspruch hätten, bei proportionaler Vertheilung noch 78 Mandate zufallen. Wenn man also die 8 700 000 nicht abgegebenen Stimmen mitrechnet als für eine besondere Partei der Indifferenten abgegeben, so würden die Sozialdemokraten gerechter Weise immer noch auf 17 Sitze mehr Anspruch haben, als sie diesmal thatsächlich errungen haben, während die meisten bürgerlichen Parteien zu ganz unbedeutenden Fraktionchen herabsinken würden. Nun, diesem Schicksal werden sie ja auch so nicht entgehen! —

Ueber die Besetzung des Reichstagspräsidiums wird in der Presse allerlei gekannegießert. Die Konservativen und Nationalliberalen, die sich wüthend über ihren selbstverschuldeten Ausfall aus dem Präsidium seit der mißglückten „Bismarck-Ehrung" von 1895 ärgern, hoffen jetzt wieder ans Ruder zu gelangen. Es ist aber kein Zweifel, daß das Zentrum die erste Präsidentenstelle wieder einnehmen wird. Zweifelhaft ist aber hauptsächlich, ob von den Vizepräsidenten einer ein Nationalliberaler oder ein mehr links stehender Abgeordneter sein wird. Es wird die erste Prüfung des Zentrums im neuen Reichstag werden,

ob es für die Wahl eines Vizepräsidenten aus der Linken eintreten wird oder ob es sich bereits in der Gesellschaft der Reaktionsparteien so wohl fühlt, daß es nur einen Konservativen und einen Nationalliberalen im Präsidium leiden mag. —

Die Richter von der Beschuldigung der Servilität reinzuwaschen, versucht — Herr Viktor Schweinburg. Er schreibt in seinem „Berl. Pol. Nachr.“:

Wenn die zahlreichen Verurtheilungen, welche in neuerer Zeit wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung und mit solchen Vergehen zusammenhängender Strafthaten erfolgen mußten, jedem unbefangen Urtheilenden nur den Beweis liefern, wie stark die Neigung, Arbeitswillige zu terrorisiren, unter dem Einfluß der Sozialdemokratie in neuerer Zeit gewachsen ist, so pflegt die sozialdemokratische Presse diese Verurtheilungen wahrheitswidrig auf die angebliche Beeinflussung der deutschen Gerichte durch Strömungen in Regierungskreisen zurückzuführen und demgegenüber auf die Unabhängigkeit der englischen Gerichte, sowie auf das englische, den streikenden Arbeitern vermeintlich günstigere Recht hinzuweisen.

Schweinburg sucht dann nachzuweisen, daß die Arbeiter unter Umständen in England noch strenger bestraft werden, und fährt fort:

Entbehren daher jene Berufungen auf England der thatsächlichen Begründung, so ist die frivole Verdächtigung der Unabhängigkeit der deutschen Gerichte nichts anderes, als ein Akt der Rache dafür, daß sie die Sozialdemokraten wegen Meineides, Majestätsbeleidigung, verleumderischer Beleidigung und anderer Strafthaten so gut wie andere Menschen zu verurtheilen wagen.

Auf dieses gutbezahlte Geschwätz lohnt es sich nicht, einzugehen. Wir wollen nur kurz darauf aufmerksam machen, daß die Oeffentlichkeit zeitweilig den recht deutlichen Eindruck gehabt hat, als ob sich „deutsche Gerichte durch Strömungen in den Regierungskreisen“ hätten beeinflussen lassen. Wir erinnern an die Periode der Majestätsbeleidigungsprozesse im Attentatsjahr 1878; an die gleiche Art von Prozessen, die lawinenartig auf das deutsche Volk herabprasselten, als Wilhelm II. seine Rede gegen die „Rotte“ gehalten hatte; an die in dieser Massenhaftigkeit früher nicht gekannten Verurtheilungen auf grund des § 153 der Gewerbeordnung nach der Bielefelder Kaiserrede, in der schwerste Strafe jedem angedroht wurde, der seinen Nachbar an der freiwilligen Arbeit hindern werde. Wenn alles dieses nicht der, wenn auch unbewußten Beeinflussung zuzuschreiben ist, dann wird es sich wohl um allerdings sehr merkwürdige Zufälle gehandelt haben.

Gegen die Gardekorps machen die Landwirthe in Ostpreußen mobil. Auf der Suche nach den Ursachen des ländlichen Arbeitermangels sind sie zu der Ueberzeugung gekommen, daß eine Hauptursache der Leutenoth in der Aushebung zur Garde zu erblicken sei. Die Rekruten zu diesen, hauptsächlich in Berlin garnisonirenden Bollwerken gegen den inneren Feind werden aus dem Osten Preußens, aus Litthauen und Masuren geholt, während die ostpreußischen Garnisonen aus dem Nachwuchs der Berliner, Breslauer und Hamburger Sozialdemokratie bestehen. Die Folge sei, daß die guten ländlichen Arbeiter in der Berliner Garnison von dem großstädtischen Genußleben erfaßt würden und die Lust verlören, auf das Land zurückzukehren, während die Soldaten in Ostpreußen von vornherein schon entschlossen seien, wieder in die Großstädte, aus denen sie gekommen, abzuziehen.

Die Absicht der östlichen Landwirthschaftskammern geht nun dahin, die Garnisonen zu dezentralisiren und auf das flache Land zu verlegen, namentlich zu verhindern, daß die Gardisten aus den ländlichen Provinzen geholt werden. Dadurch werden den Landwirthen die besten Arbeitskräfte entzogen.

So ist es denn soweit gekommen, daß die Folgen des heutigen militärischen Systems sich auch an denen rächen, die sonst seine blinden Befürworter sind. Aber auch bei unseren Agrariern hört schließlich in Geschäftssachen die Gemüthlichkeit auf. Es ist ja nicht zu erwarten, daß man von der bewährten Einrichtung, die Gardekorps aus der „unverdorbenen“ Jugend des Ostens zu rekrutiren, abgehen wird. Man thut dies schon um politischer Gründe willen nicht. Bei der Sorge — man könne nicht wissen, wann man einmal auf den inneren Feind zu schießen habe — ist es ganz begreiflich, daß man an der bisherigen Zusammensetzung der Berliner Gardekorps nicht rütteln darf. Daran ändern auch die Klagen der ostpreußischen Landwirthe nichts.

Die Erfahrungen in Ostpreußen stimmen übrigens auch mit Beobachtungen in anderen Gegenden Deutschlands überein. So liest man in dem Jahresbericht der Sachsenstiftung, die einen unentgeltlichen Arbeitsnachweis für gediente Soldaten unterhält: Die aus dem aktiven Militärdienste Entlassenen wollen auch, wenn sie früher auf dem Lande gearbeitet haben, nicht wieder dorthin zurück, weil sie am Leben in der Stadt Wohlgefallen gefunden haben, zum theil auch, weil sie folgenschwere Verhältnisse angeknüpft haben. Insbesondere wird diese Abneigung gegen Rückkehr in die Landwirthschaft bei den Reservisten der Kavallerie-Regimenter beobachtet. Dieselben suchen mit Vorliebe Stellung als herrschaftliche Kutscher, Reitknechte, allenfalls auch als Diener und bleiben bisweilen lieber monatelang ohne Stellung, als daß sie eine der zahlreichen ihnen angebotenen landwirthschaftlichen Stellen annehmen.

Auch für die in der Garde dienenden Soldaten dürfte das Gesagte bis zu den „folgenschweren Verhältnissen“ zutreffen. Das heutige Rekrutirungssystem entzieht also nicht nur der Landwirthschaft ihre Arbeitskräfte, sondern beschleunigt auch die Annäherung des ländlichen Proletariats an das städtische, begünstigt also ohne Zweifel die Entwickelung der Sozialdemokratie. —

Die Zahl der pensionirten Offiziere soll wieder erhöht werden. Wenigstens weiß die „Rhein.-Westfäl. Ztg.“ von einer großen Anzahl Veränderungen in militärischen Kommandostellen, die nach der Rückkehr des Kaisers nach Potsdam vollzogen werden sollen, zu berichten. Während der Reise des Kaisers enthielt das „Militär-Wochenblatt“ wiederholentlich Personalveränderungen in der Armee überhaupt nicht; brachte es solche, so bewegten sich dieselben in engen Grenzen und waren nur sehr vereinzelt. Es heißt, daß nun gerade in den mittleren Kommandostellen der Armee größere Veränderungen bevorstehen. Diese Veränderungen pflegen gewohnheitsmäßig darin zu bestehen, daß Bataillons-, Regiments- und höhere Kommandeure, die zwar noch ganz diensttauglich sind, aus irgend einem Grunde aber nicht mehr als schneidig genug erscheinen, aus dem Dienst entlassen oder zur Disposition gestellt werden. Das steuerzahlende Publikum aber hat sicherlich allen Grund, gegen dieses „Verjüngen der Armee“ genannte und fortwährend praktizirte System energisch zu protestiren. Denn der von den Steuerzahlern aufzubringende Pensions-Etat wächst dadurch ins Ungeheuere an und selbst ein Erfolg für die Verbesserung der Armee ist von diesen fortgesetzten Entlassungen noch diensttauglicher Offiziere nicht zu erwarten. —

Für die Sammlungen zur „Muttergottes-Kirche in Jerusalem wird jetzt bereits in den katholischen Zeitungen kräftig Stimmung gemacht. In der „Köln. Volks-Ztg.“ wird beispielsweise der Vorschlag gemacht:

„daß jeder deutsche Katholik über 14 Jahre mindestens zehn Pfennige — größere Spenden sind natürlich willkommener — für die Marienkirche opfern möge. Das altbewährte Rezept: „Die Menge muß es bringen“ wird auch hier am zweckmäßigsten angewendet. Welch' erhebendes Beispiel der Einigkeit sämmtlicher Katholiken deutscher Zunge könnte hier gezeigt werden, wenn der Sammelplan so zur Durchführung gelänge, daß jeder Katholik, der wirklich noch mit seiner Kirche vereinigt, ein Sandkörnlein (zehn Pfennig) oder einen Baustein von beliebiger Größe, je nach seinen Kräften, beitrüge! Sollte das „Rezept“ nicht beim ersten „Einnehmen“ seine volle Wirkung thun, so „repetire“ man es an einem anderen Muttergottesfeste.

Die Klerikalen haben von jeher das Sammeln gut verstanden und haben auch immer den Grundsatz gekannt und angewandt: „Die Menge muß es bringen.“ Im Deutschen Reiche leben beinahe 18 Millionen Katholiken. Da lassen sich nach der oben angegebenen Methode allerdings in kurzer Zeit eine stattliche Reihe von Millionen zusammenbringen.

Daß nur der „Peterspfennig“ darunter nicht leidet! Daß nur dem „Stellvertreter Gottes auf Erden“ in Rom die Konkurrenzsammlungen für die Muttergotteskirche in Jerusalem nicht unangenehm werden! —

Die Industrialisirung des Ostens. Die „Elbinger Zeitung“ veröffentlicht eine Aeußerung der Grafen Henckel von Donnersmarck und Kanitz über die Industrialisirung des Ostens. In bezug auf die vom Grafen Kanitz gehegten Befürchtungen, fremde Spekulanten würden sich der Sache bemächtigen, theilt das Blatt mit, der Oberpräsident v. Goßler habe sich einem Vertreter der Redaktion gegenüber auf das bestimmteste dahin geäußert, daß er es rundweg ablehne, mit Aktien-Gesellschaften zu verhandeln und neue Fabriken zu gründen, wenn nicht wirkliche Industrielle ihre eigene Haut zu Markte tragen wollten. Wenn nicht auf grund persönlicher, eingehender Prüfungen die Industriellen selbst nach dem Osten kommen, so werde nichts aus der Sache werden. Das konservative Blatt, welches bisher eine völlig neutrale Haltung zu dem Gedanken des Oberpräsidenten eingenommen hatte, hegt jetzt keine Bedenken, seiner vollen Zustimmung Ausdruck zu geben. Zum Schluß versichert das Blatt, daß die Absichten des Oberpräsidenten, welche völlig übertrieben dargestellt worden seien, darauf abzielen, die 6—8000 Westpreußen, die jetzt alle Jahre der Provinz durch Auswanderung verloren gehen, der Provinz zu erhalten und durch Schaffung kaufkräftiger Zentren der westpreußischen Landwirthschaft zu nützen.

Die Lage der russischen Arbeiter in Preußen soll der „Volks-Ztg.“ zufolge durch Erhebungen, die das russische Generalkonsulat im Auftrage des russischen Ministeriums des Aeußern vorzunehmen hat, festgestellt werden. Es soll ermittelt werden, wo und von wem russische Arbeiter schlecht behandelt worden sind; ferner, ob die einheimischen Arbeiter sich feindselig gegen die russischen verhalten; weiter, ob der Lohn, der in Preußen russischen Arbeitern gezahlt wird, niedriger, beziehungsweise, um wieviel dieser Lohn niedriger ist als der den einheimischen Arbeitern gezahlte; endlich, ob seitens russischer Arbeiter bereits Klagen bei preußischen Gerichten wegen zu wenig erhaltenen Lohnes und dergleichen angestrengt worden sind und mit welchem Erfolge dies geschehen ist. Seitens der russischen Behörden ist eine Erschwerung des Anwerbens russischer Arbeiter ins Auge gefaßt. Diejenigen Gutsbesitzer oder Agenten, wo die Klagen wegen schlechter Behandlung russischer Arbeiter auch in Zukunft laut werden, sollen kein Paßvisum mehr erhalten, das heißt, es soll ihnen unmöglich gemacht werden, russischen Boden zu betreten.

Was werden die Agrarier dazu sagen, die zwar das russische Schwein bekämpfen, wohl aber für den billigeren russischen Arbeiter schwärmen? —

Für das Vorhandensein der Fleischnoth recht bezeichnend ist ein amtliches Gutachten, das vom Oberbürgermeister-Amt zu Hanau auf die von der Regierung veranstaltete Umfrage erstattet worden ist. In diesem der Regierung erstatteten Gutachten heißt es:

Die Erhöhung der Fleischpreise hat eine Verminderung des Fleisch- (besonders Schweinefleisch-) Verbrauchs zur Folge gehabt. Die Viehzucht ist in Abnahme begriffen, besonders gilt dies von der Schweinezucht. Die Qualität der Schweine hat abgenommen, weil die Mästung durch schlechte Futterartikel geschieht, und das Fleisch hierdurch wässerig wird. Da gute Mästungen immer seltener werden, so sind die Aussichten für die Zukunft schlechte. Die eigene Vieherzeugung genügt nicht zur Versorgung des Bezirks mit Fleischnahrung, so daß eine regelmäßige Zufuhr von auswärts erfolgen muß. Die Zufuhr hat abgenommen. Ausfuhr ist keine vorhanden. Auf den hiesigen Viehmärkten kommt fast nur Zuchtvieh zum Auftrieb, zudem war derselbe Jahr und Tag gesperrt wegen der in der Nachbarschaft herrschenden Maul- und Klauenseuche. Auf den benachbarten Schlachtviehmärkten ist das Angebot schwach und die Nachfrage stark. Es liegen durchaus keine Anzeichen dafür vor, daß in nächster Zeit ein stärkeres Angebot von Vieh, namentlich von Schweinen stattfinden wird. Daß der Absatz von Vieh und die Fleischversorgung durch besondere Machenschaften, wie Händlerringe und dergleichen beeinflußt werden, ist nicht bekannt geworden.

Alle derartigen Stimmen werden natürlich die heutigen Agrarier nicht veranlassen, die Oeffnung der Landesgrenzen für ausländisches Vieh zuzugestehen. Für sie gilt es, die deutsche Schweinewirthschaft zu konserviren. Mag auch dem ärmeren Theil der Bevölkerung die Fleischnahrung durch die hohen Preise immer mehr erschwert werden — wenn nur das Geld im Beutel der Herren Agrarier klingt, dann hat das Gewissen weiter nichts mitzusprechen. —

Das Einfuhrverbot für Rindvieh aus der Schweiz ist von der badischen Regierung dem „Berliner Tageblatt“ zufolge noch weiter ausgedehnt worden.

Das Verbot der Einfuhr von Schweinefleisch und Rindfleisch aus Holland ist nach der „Kölnischen Volksztg.“ für den Kreis Rees aufgehoben worden. —

Die unglückselige Schießvorschrift der Gendarmen und sonstiger Sicherheitsbeamten hat wieder einmal ein Menschenleben gekostet. In Lahnbach im Kreise Meisenheim wollte Sonnabend Abend des Gendarm Wolf aus Meisenheim den Bauernsohn Johannes Winter aus Ohweiler verhaften. Als Winter floh und auf dreimaligen Anruf nicht stand, schoß der Beamte und traf den Flüchtling so unglücklich in den Unterleib, daß er verstarb. Jedenfalls hat der Beamte vollständig im Sinne seiner Instruktion gehandelt, und es nützt deswegen nichts, sich in Klagen über die Handlung der Beamten zu ergehen. Laut und nachdrücklich muß dagegen von der Oeffentlichkeit immer wieder die Beseitigung solcher Vorschriften gefordert werden, welche es gestatten, daß — wenn der Arrestant flieht — wegen der nichtigsten Ursachen auf der Stelle die Todesstrafe verhängt und vollstreckt wird. —

Gotha, 20. November. („Voss. Ztg.“) Die dem Landtag zugegangenen Steuergesetze bestehen aus einem Einkommensteuer-Gesetz und einem Vermögenssteuer-Gesetz. Letzteres läßt die Vermögen bis 6000 M. steuerfrei und besteuert von 6000 M. an das Tausend mit 50 Pf. Das Einkommensteuer-Gesetz läßt alle Einkommen unter 500 M. und durch die gestatteten Abzüge theilweise solche bis 700 M. steuerfrei. Damit verliert, falls der Landtag nicht Vorkehrungen trifft, nahezu die Hälfte aller Gothaischen Staatsbürger ihr Wahlrecht zum Landtag. —

Aus Baden, 21. November. (Eig. Ber.) Eine ganz interessante Angelegenheit, in der unser sattsam bekannter Minister Eisenlohr eine Rolle spielt, beschäftigt zur Zeit die Presse des „Musterstaates“. Der Sachverhalt ist folgender: Als die Fabrikstadt Lahr im Jahre 1889 in die Reihe der badischen Städte mit Städte-Ordnung aufrückte, wählte man den damals noch nicht 29 Jahre alten Dr. Schlusser als Oberbürgermeister der aufblühenden Stadt, deren maßgebende Persönlichkeiten sich seit langen Jahren eines geradezu rabiaten Bismarckkultus befleißigten. Die Thatsache, daß der junge Verwaltungsbeamte der Schwiegersohn des Ministers Eisenlohr war, ließ die Lahrer gut nationalliberalen Bürger alle Bedenken wegen der Jugend des 29jährigen Oberbürgermeisters in die Winde schlagen. Während zehn Jahren oberbürgermeisterte der Schwiegersohn des badischen Ministers in Lahr; auf seine Veranlassung hin engagirte sich die Stadt in großen Unternehmungen (Kasernen u. s. w.) Nun überraschte Herr Dr. Schlusser, der sich noch kürzlich hatte wiederwählen lassen, dieser Tage den Lahrer Stadtrath mit seiner Demission infolge einer Berufung als Ministerialrath ins Ministerium des Herrn — Eisenlohr. Zu dieser Demission sollen Herrn Dr. Schlusser zwei Motive bewogen haben. Erstens habe ihm der „Volksfreund“, unser sozialdemokratisches Organ in Offenburg, und der demokratische „Landesbote“ seine Thätigkeit durch die fortwährende Kritik verekelt und zweitens soll die Sonne des badischen „Wahlministers“ Eisenlohr im Erbleichen sein und als guter Familienvater habe Herr Eisenlohr noch vor seinem Rücktritt dafür gesorgt, daß sein Schwiegersohn in seinem Ministerium Unterkommen fand. In wieweit sich die Nachricht von dem Erbleichen der Sonne Eisenlohr's bestätigt, bleibt abzuwarten; jedenfalls zeigt die Geschichte, wie nützlich es ist, wenn man einen Minister zum Schwiegervater hat.

Uebrigens wäre es sehr verfehlt, sich für den Fall des Rücktritts Eisenlohr's Illusionen für die Zukunft zu machen. Die letzten Monate haben gezeigt, daß, wenn speziell wir Sozialdemokraten eine Aenderung in der uns gegenüber angewandten Politik zu erwarten haben, es eine Verschärfung der bisherigen Taktik sein wird. Es hat sich seit der Eroberung der Residenz durch die Sozialdemokratie in den maßgebenden Kreisen ein böser Groll angesammelt. An der Handhabung des Versammlungs- und Vereinsgesetzes merkt man, daß noch straffere Saiten aufgespannt werden sollen. Die in diesem Jahre bekannt gewordenen schriftlichen und mündlichen Aeußerungen des Großherzogs gegen den „Umsturz“ machten der Legende von dem „Musterstaat unter dem liberalen Fürsten“ ein definitives Ende.

Morgen treten nach langer Pause die Justizausschüsse der zweiten Kammer wieder zusammen. Für Baden ist die Einberufung der Justizkommission eines nicht blos beurlaubten, sondern seit Monaten förmlich vertagten Landtags neu und gewissermaßen ein Unikum. Es hat denn auch nicht an der Geltendmachung staatsrechtlicher Bedenken in der Presse gefehlt. —

Aus Elsaß-Lothringen, 21. November. (Eig. Ber.) Im Schooße der elsaß-lothringischen Volkspartei finden augenblicklich unerquickliche Auseinandersetzungen statt zwischen dem ehemaligen Redakteur des in Colmar erscheinenden Partei-Organs, Hermann Walter, dessen Majestätsbeleidigungsprozeß seinerzeit so großes Aufsehen erregte, und den Parteivorstand. Die Veranlassung hierzu waren anfangs Differenzen geschäftlicher Natur, infolge deren Walter gegen den Herausgeber der von ihm früher redigirten Zeitung einen Prozeß anstrengte, der sich in der Hauptsache um die Gehaltsverhältnisse drehte. Nunmehr scheint sich jedoch das Verhältniß zwischen Herrn Walter und dem Vorstande der Volkspartei auch politisch zugespitzt zu haben. Walter ist nämlich durch Parteibeschluß wegen „Verstoßes gegen die Vereinsstatuten“ aus der Mitgliederliste der els.-lothr. Volkspartei gestrichen worden. Der Ausgeschlossene erklärt in einem öffentlichen Antwortschreiben an die Colmarer Parteileitung, er nehme jene Maßregel, obwohl er sich keiner Zuwiderhandlung gegen die Satzungen des Vereins bewußt sei, ohne Demonstration entgegen. Denn es werde ihm nicht schwer fallen, sich als politischen Gegner einer Koterie zu fühlen, die in letzter Zeit ihre Aufgabe darin zu erblicken scheint, zur Genugthuung gouvernementaler Kreise, ohne deren Achtung gewinnen zu können, den persönlichen Empfindungen von drei bis vier wohlhabenden Herren zu genügen. Der Vorfall zeigt, daß es mit der demokratischen Richtung in Elsaß-Lothringen rückwärts geht. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Aus Düsseldorf wird uns geschrieben:

Wegen Majestätsbeleidigung, begangen in einer Rede in einer hiesigen Protestversammlung gegen die Zuchthaus-Vorlage wurde Genosse Schaal-Solingen von der hiesigen Strafkammer zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt. —

Aus Shanghai wird vom 21. d. M. gemeldet: Heute fand die feierliche Enthüllung des Iltisdenkmals durch den Prinzen Heinrich von Preußen statt. Generalkonsul Stübel übergab das Denkmal an den Vorsitzenden des Munizipalrathes, welcher dankend erwiderte. —

Oesterreich-Ungarn.

Die lärmende Sitzung des ungarischen Parlaments am Montag wurde nach mehrfachen Unterbrechungen und ohne daß es möglich war, Ruhe zu schaffen, in später Abendstunde geschlossen.

Bei der Wiedereröffnung der Sitzung um 10 Uhr abends wiederholten sich abermals die Szenen wie vorher, worauf der Präsident die Sitzung nochmals auf eine Stunde suspendirte. Vor dem Abgeordnetenhause hatte sich eine große Volksmenge angesammelt, welche durch ein starkes Polizei-Aufgebot zerstreut wurde. Bald nach Wiederaufnahme der Sitzung wurde dieselbe 11½ Uhr nachts unter ungeheurem Johlen der Opposition geschlossen. Studenten auf der Gallerie blieben noch längere Zeit und setzten, nachdem die Sitzung geschlossen war, die Kundgebung mit Tücherschwenken und Beifallsrufen fort. Zum ersten Male wurden im Hause Pfiffe auf direkt mitgebrachten Instrumenten vernommen. Die Polizei verhaftete die lautesten unter den demonstrirenden Studenten.

Die Dienstag-Sitzung wurde 12¾ Uhr bei dichtbesetztem Hause eröffnet.

Der Präsident kommt auf die gestrigen Ereignisse zurück, welche das Gesetz und die Hausordnung erschüttert hätten und welche geeignet seien, die Grundlagen für die Berathung des Hauses zu untergraben. Er bedauert die Ereignisse, bei denen nur die eine Folgerung zulässig sei, daß sie sich nicht wiederholen möchten. Der Präsident sagt, der Honvedminister habe zu hören geglaubt, man rufe ihm zu: „Von Ehre sprechen Sie nicht!“ Der Präsident fordert denjenigen Abgeordneten, welcher diesen Zwischenruf gethan hat, auf, sich zu melden. Oskar Ivanka erklärt, er habe nur gesagt: „Ehrenwort auf Zeit“, worauf der Honvedminister erklärt, da der Zwischenruf, den er zu hören glaubte, nicht erfolgt sei, so bitte er das Haus, das von ihm gebrauchte Wort (Ehrverderber) als nicht gesagt zu betrachten. (Lebhafter Beifall im ganzen Hause.) Die Angelegenheit ist damit erledigt.

Die Straße, in welcher das Gebäude des Abgeordnetenhauses liegt, war von einer starken Polizeikette abgesperrt und nur mit Legitimation passirbar. Die sich zur Sitzung begebenden Abgeordneten wurden von Beamten des Abgeordnetenhauses legitimirt. Der Museumring war von einer dichtgedrängten Menschenmenge besetzt. Vor dem Polytechnikum fanden Ansammlungen von Studenten statt, welche mit der berittenen Polizei handgemein wurden und dieselbe mit Steinen bewarfen. Die Polizei drängte die Studenten in das Polytechnikum zurück.

Wie die „Neue Freie Presse“ aus parlamentarischen Kreisen meldet, hat der zur Zeit auf einer Urlaubsreise in Dalmatien befindliche Reichs-Kriegsminister Edler v. Krieghammer demissionirt. Authentisches liegt bisher nicht vor.

Triest, 21. November. Heute wurde hier die Verhandlung gegen 37 Personen zu Ende geführt, welche wegen Ausschreitungen gegen die in den Steinbrüchen von Nabresina beschäftigten italienischen Arbeiter angeklagt waren. Vierzehn von ihnen wurden freigesprochen, die übrigen zu Freiheitsstrafen von 14 Tagen bis zu 2 Jahren verurtheilt. —

Budapest, 22. November. Wie im Abgeordnetenhause bestimmt verlautet, soll der in der letzten Nacht stattgefundene Ministerrath die Vertagung des Abgeordnetenhauses beschlossen haben. Der Kaiser soll das Vertagungsreskript heute Vormittag bereits unterzeichnet haben. — Um derartige Unruhen, wie sie gestern im Abgeordnetenhause vorkamen, zu verhindern, wurden vom Präsidenten Szilagyi heute energische Maßregeln getroffen. Die Hausbeamten wurden durch Polizisten verstärkt; Minister Fejervary gab wegen seiner gestrigen Aeußerung eine entschuldigende Erklärung ab und infolge dessen nahm die heutige Sitzung im Abgeordnetenhause einen ruhigen Verlauf. Vor dem Parlamentsgebäude und vor dem Polytechnikum kam es aber auf Anstiftung oppositioneller Abgeordneten zu heftigen Tumulten. Der Wagen Banffy's und die einschreitenden Polizisten wurden von Studenten und vom Pöbel mit Steinen bombardirt. Die Polizei machte von der Schußwaffe Gebrauch, es kamen jedoch keine Verwundungen vor; nur zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. — Die vor dem Abgeordnetenhause und vor dem Polytechnikum heute stattgefundenen Straßentumulte wurden unterdrückt. Ein Student wurde schwer verletzt. Im Abgeordnetenhause kam es im späteren Verlaufe wiederum zu Lärmszenen wegen der Rede des Ministers Perczel.

Frankreich.

Paris, 22. November. Picquart wurde heute von zwei Beamten der Sicherheitspolizei in einem Fiaker von Cherche-Midi-Gefängniß nach dem Gebäude des Kassationshofes gebracht. Der Kassationshof begann sofort mit dem Verhör Picquart's. Ein Zwischenfall kam nicht vor. —

Paris, 22. November. Das Verhör Picquart's war um 5 Uhr nachmittags noch nicht beendet. Vor dem Verlassen des Gefängnisses hatte er eine einstündige Unterredung mit Labori. — Die heute an Dreyfus abgesandten Schriftstücke bestehen aus dem Briefe, den der Justizminister an den Kassationshof gerichtet, und aus dem Antrage des Staatsanwalts, betreffend die Revision. Die Blätter veröffentlichen einen Artikel des früheren Kolonialministers Trouillot, worin dieser behauptet, daß im geheimen Dossier sich nichts befinde, was von Werth sei oder die Schuld Dreyfus' beweisen könne. Der beste Beweis hierfür sei, daß alle früheren Kriegsminister, die bisher verhört wurden, nicht die geringste Andeutung bezüglich des Dossiers machen konnten. — „Figaro" meldet, in der Dreyfus-Angelegenheit habe eine neue Haussuchung stattgefunden, die große Resultate zu tage förderte. Rochefort dementirt im „Intransigeant", daß er der Urheber der Broschüre Esterhazy sei.

Zu dem neuen französisch-italienischen Handelsvertrag. Die Regierungen beider Länder haben beschlossen, bei ihren Parlamenten die gegenseitige Behandlung als meistbegünstigte Nationen zu beantragen, mit Ausnahme von Seide und Seidenwaaren, welche den Wünschen der Lyoner Seidenindustrie entsprechend dem Generaltarif unterworfen bleiben. Außer der Meistbegünstigung wird das französisch-italienische Handelsübereinkommen den französischen Produkten neue, von Italien besonders zugestandene Zollermäßigungen, deren Genehmigung die italienische Regierung beim Parlamente beantragen wird, sichern. Diese Ermäßigungen betreffen ungefähr achtzig Artikel, darunter Weine, Kognak, Arzneimittel, Parfümerien, Gewebe aller Art, Konfektionen, Korsets, Articles de Paris, Gemüse- und Fischkonserven, Merceriewaaren, Strumpfwaaren, Mode-Artikel.

Die Unterzeichnung des Handelsvertrages findet in der Presse allgemein günstige Aufnahme. Der „Matin" sagt, die Politik sei zwar von den Verhandlungen ferngehalten worden, die Vertreter Frankreichs glaubten aber, wirksam an einer Annäherung mitzuarbeiten, welche gerade unter den gegenwärtigen Umständen bedeutungsvoll sei. Das Blatt bemerkt, der Abschluß des Handelsvertrages habe besonders in London Eindruck gemacht. Die Verhandlungen seien so geheim gehalten worden, um Spekulationen zu verhindern. —

Türkei.

Zur Situation auf Kreta. Die Notifizirung der Ernennung des Prinzen Georg von Griechenland zum Oberkommissar von Kreta an die Pforte soll erst nach seiner Ankunft auf der Insel erfolgen. Der Zeitpunkt seiner Ankunft ist dem Athener Hofe, den vier Kabinetten und den Admiralen bekannt.

Dem Beispiele der Russen in Retymo folgend, welche die griechische Sprache als die offizielle anerkannten, haben die Admirale beschlossen, dasselbe für ganz Kreta zu verfügen. —

Die vier betheiligten Großmächte haben dahin entschieden, daß eine einzige türkische Flagge als Zeichen der Suzeränetät des Sultans auf Kreta gehißt werden dürfe. Eine Bewachung der Flagge durch türkische Soldaten oder Beamte wurde jedoch nicht zugelassen.

Das internationale Militärgericht verurtheilte am Montag drei Personen wegen in Kandia verübten Mordes zum Tode durch Erschießen. —

Asien.

Pest und Unruhen in Indien. Die „Times" melden aus Allahabad: Am letzten Freitag kam es in Seringapatam wegen der behördlichen Vorkehrungen gegen die Pest zu Unruhen, an denen sich über 10 000 Menschen betheiligten. Polizei und Militär waren wiederholt gezwungen, zu feuern. Mehrere Personen aus den Volkshaufen wurden getödtet; 134 wurden verhaftet und nach Bangalore gebracht.

In der Stadt und der Präsidentschaft Bombay ist eine leichte Abnahme der Pest zu verzeichnen. In Karachi kamen 5 Todesfälle vor, in Bangalore wüthet die Seuche heftig weiter. Zahlreiche Fälle kamen in Hyderabad vor. Von neuem ausgebrochen ist die Seuche im Distrikt Wardha in den Zentralprovinzen, wo 16 Fälle vorkamen. —

Amerika.

New-York, 11. November. (Eig. Ber.) Mit dem Ausfall der Wahlen für unsere Partei können wir im allgemeinen zufrieden sein. Die Berichte von auswärts sind zwar noch unvollständig, aber es ist daraus doch zu ersehen, daß wir in mehreren Staaten bis zu einer Verdoppelung unserer Stimmenzahl und darüber hinaus zu verzeichnen haben. Von besonderem Interesse ist, daß dieses Resultat erzielt wurde, obwohl an manchen Plätzen, wo die Partei schon seit längerer Zeit Boden gefaßt hat, ein Rückgang zu verzeichnen ist; ferner, daß wir bedeutende Resultate an Orten erzielt haben, in denen bis noch vor kurzer Zeit der Sozialismus keinen Eingang finden konnte; schließlich, daß sich das Verzeichniß der Orte, an denen diesmal Stimmen auf unsere Partei gefallen sind, in ganz bedeutendem Maße vergrößert hat. Von Massachusetts liegen die Nachrichten aus 15 Orten vor, in denen wir bei der vorigen Wahl 2585, diesmal 4642 Stimmen erhielten.

In Connecticut hat eine Verdoppelung unserer Stimmenzahl stattgefunden, nämlich von 1254 auf ca. 2800. In einigen Orten dieses Staates war das Resultat noch günstiger; so in Bridgeport 271 gegen 83, New-Britain 422 gegen 104, Rockville 250 gegen 69; abgesehen von den kleinen Orten (auch in anderen Staaten), wo wir von einigen Stimmen auf die zehn- und mehrfache Anzahl stiegen. Auch aus Ohio wird eine starke Erhöhung unseres Votums gemeldet, von 1604 auf 2206, während dort die übrigen Parteien erheblich zurückgegangen sind. Im Staat New-Jersey scheinen wir um ein Drittel zugenommen zu haben. In Paterson, wo wir schon einmal einen Stadtraths-Kandidaten durchgebracht hatten (der aber bei der letzten Wahl von den vereinten kapitalistischen Parteien geschlagen wurde) scheint, Stillstand eingetreten zu sein; wir haben dort nur um einige Stimmen zugenommen. Aus Pennsylvanien liegt nur das Resultat in Reading (im Kohlenrevier) vor, wo wir es von 117 Stimmen auf ca. 600 brachten. Vor zwei Jahren wurden dort nur 2 Stimmen für unsere Partei abgegeben. Auch aus Rhode Island sind noch keine umfassenden Nachrichten eingegangen; im Hauptort Providence erzielten wir 1450 gegen 795, in Partuckett 188 gegen 129 Stimmen.

Was den „Barmner-Staat" New-York betrifft, so sind die Resultate in demselben ganz verschiedener Art. Während wir nämlich im County N.-Y. (welches die alte Stadt umfaßt) mit zirka 10 500 bei der vorigen Stimmenzahl stehen geblieben sind (obwohl in einigen Wahlkreisen resp. Distrikten derselben eine erhebliche Vermehrung stattgefunden hat), und in Brooklyn um einiges zugenommen haben, ist aus dem übrigen Staat, gleichwie aus den anderen, eine ungefähre Verdoppelung zu melden. Obenan steht Syracuse mit 1962 Stimmen, während voriges Jahr in dem ganzen County, zu dem dieser Ort gehört, 951 auf unsere Partei fielen; dann folgen Buffalo mit 1175 gegen 628, Rochester mit 915 gegen 481, Shenectady mit 190 gegen 78 ꝛc. In Brooklyn erhielten wir 4502 gegen 3964 Stimmen, und zwar ist der Zuwachs auf Konto derjenigen Wahldistrikte zu setzen, welche eine vorwiegend irische und anglo-amerikanische Bevölkerung besitzen, während in einem Theil der übrigen Distrikte zusammen 207 Stimmen weniger abgegeben worden sind, wie voriges Jahr. Der 9. Kongreß- und 16. Assembly-Distrikt (ein Theil jenes) von N.-Y., im jüdischen Stadttheil gelegen, haben eine Enttäuschung gebracht. In beiden Wahlkreisen hat eine intensive Agitation stattgefunden, in letzterem noch am Abend vor dem Wahltag 25 Straßenversammlungen mit 63 Rednern, wovon zirka ein Dutzend aus New-Jersey und Pennsylvanien (Philadelphia) zugezogen worden war. Trotz der großen Anstrengungen erzielten wir im Kongreß-Distrikt nur 1948, im Ass.-Distr. 2207 Stimmen, d. h. 50 resp. 350 mehr wie vergangenes Jahr.

Zu den Ausweisungen aus Nordschleswig

nimmt die „Nordd. Allgem. Ztg." in einem längeren Artikel Stellung. Selbstverständlich heißt sie alle Maßnahmen des Herrn v. Köller gut. Das offiziöse Organ wundert sich darüber, daß auch die ausländische Presse die Ausweisungen abfällig kritisirt und schiebt auch dies in seiner blöden Art auf die in den europäischen Hauptstädten ansässigen dänischen „Agitatoren". Des weiteren versucht das genannte Blatt die größere Zahl der Ausweisungen einfach daraus zu erklären, daß eine größere Zahl von Personen an der die „Sicherheit und den Frieden im nördlichen Schleswig bedrohenden Agitation notorischerweise durch Wort und Handlungen" theilgenommen hätten.

Der Geheimrath vergißt aber anzugeben, was die ausgewiesenen Dienstmädchen, Hausdiener und Kaufmannslehrlinge denn in politischer Beziehung verbrochen haben sollen.

Wie thöricht eine solche Politik der Unterdrückung und Maßregelung ist, sollte die Regierung doch schon oft genug erfahren haben. Druck erzeugt Gegendruck. So haben schon frühere ähnliche Maßnahmen der preußischen Regierung nicht etwa das „Germanisirungswerk" gefördert, sondern nur Erbitterung unter der Bevölkerung hervorgerufen und dieselbe zum Widerstande aufgereizt. So sind auch in Nordschleswig mehrere Vereinigungen entstanden, welche trotz aller Verfolgungen und trotz der schärfsten polizeilichen Kontrolle gut gedeihen.

Ueber die Thätigkeit dieser Vereine wird uns geschrieben:

Der Wahlverein hat gegen 3000 Mitglieder und 500 Vertrauensmänner und führt den politischen Kampf. Der Sprachenverein hat 126 dänische Bibliotheken, welche über ganz Nordschleswig vertheilt sind. Er hat 11 Vorstandsmitglieder, welche dänische Schulbücher in der Bevölkerung verbreiten. Der Verein hat z. B. die ganze Restauflage der Schulliteratur vertheilt, welche in Dänemark bei Einführung des Sprachenreskriptes kassirt wurde. Für dänische Aufgaben werden Preise ausgesetzt. Die letzte Aufgabe wurde von über 3000 Schulkindern beantwortet. Der Schulverein wurde errichtet, als die dänische Sprache aus den Volksschulen Nordschleswigs verbannt wurde. Der Verein ermöglicht es jungen, unvermögenden Nordschleswigern, die dänischen Hochschulen zu besuchen; er hat selbst fünf Schulen auf der andern Seite der Grenze errichtet. Ueber 300 junge Leute sendet er jedes Jahr nach Dänemark mit theilweisem oder ganzem Schul-Freiplatz.

Von diesen drei Vereinen ist es namentlich der erstgenannte, welcher berufen ist, unter den jetzigen Verhältnissen aufzutreten, und zahlreiche Versammlungen werden auch in diesen Tagen von den leitenden Männern des Vereins abgehalten. Die Stimmung ist selbstverständlich sehr aufgeregt, namentlich bei den Mitgliedern der heimgesuchten Gegenden, und die Kreisvorsitzenden haben eine schwierige Aufgabe, indem sie von unbesonnenem Auftreten, welches ohne Zweifel noch mehr Familien ins Unglück stürzen würde, abrathen müssen.

Was die politische Seite bei den Ausweisungen betrifft, so werden die leitenden Nordschleswiger durch ein ruhiges und würdevolles Auftreten sich die Sympathie, welche augenblicklich für sie in Deutschland erweckt worden ist, zu erhalten wissen. Diese Sympathien mögen wohl aus sehr verschiedenen Stimmungen entsprungen sein. Nicht am wenigsten dürfte dabei die Erwägung mit maßgebend sein, daß Dänemark jährlich für etwa 200 Millionen Kronen Waaren aus Deutschland bezieht. Die dänischen Staatsbahnen lassen ihre Lokomotiven in Deutschland bauen und der dänische Ministerpräsident zwingt Herrn Krupp eine kleine unbewilligte halbe Million auf. Auf solche Stränge meinen die Nordschleswiger mit Vortheil schlagen zu können. Aber in der Hauptsache vertraut man auf das Verständniß und die Sympathien des denkenden Deutschlands selbst.

Soweit unser Gewährsmann.

Daß die deutsche Sozialdemokratie den Ausgewiesenen ihre Sympathie entgegenbringt und sich dem Protest der dänischen Sozialdemokraten anschließt, braucht wohl nicht erst betont zu werden, und wenn das rücksichtslose Vorgehen der Regierung im Reichstage zur Sprache kommt, werden die sozialdemokratischen Abgeordneten mit ihrer Kritik nicht zurückstehen.

Kampf um das Koalitionsrecht!

Es geschehen Zeichen und Wunder.

In Eisenach sind der Vorsitzende und der Schriftführer der Maurer- und Zimmerer-Innung wegen Vergehens gegen den § 153 zu je einem Tag Gefängniß verurtheilt worden. Sie hatten einem Maurermeister, einem Nicht-Innungsmitgliede, der die Forderungen seiner Arbeiter zum theil bewilligt hatte und auf dessen Bau deshalb gearbeitet wurde, einen Brief geschrieben, in welchem u. a. folgende liebliche Stellen vorkommen:

„Wenn jedoch ein Mann, dem die Bürger eine Vertrauens- und Ehrenstelle im Gemeinderath eingeräumt haben, sein gegebenes Wort nicht hält, was wohl gleichbedeutend mit Bruch des Ehrenwortes ist, so gehört ein derartiges Gebahren zur Kenntniß der Bürgerschaft, das heißt vor die Oeffentlichkeit. Uns scheint, als ob Sie die Lage benutzen und im Trüben fischen wollen durch Heranziehung von besten Arbeitskräften. Sind Sie im stande und gewillt, sich von dem berechtigten Verdacht, wie er oben ausgesprochen ist, zu befreien, so stellen wir Ihnen anheim, sich mit unserem Obermeister in Verbindung zu setzen. Beginnen Sie jedoch morgen Ihr beabsichtigtes Manöver, so beschreiten wir sofort zur Kennzeichnung Ihrer Persönlichkeit und Handlungsweise die Oeffentlichkeit."

Der also angeredete Maurermeister hatte Strafantrag gestellt, der Staatsanwalt hatte ein Einschreiten aber abgelehnt. Auf Beschwerde an den Oberstaatsanwalt in Jena hatte dieser die Einleitung des Verfahrens angeordnet, und das Schöffengericht erkannte auf 3 bezw. 2 Tage Gefängniß. Auf Berufung der Angeklagten hatte sich sodann die Strafkammer damit zu befassen und entschied, wie oben angegeben.

Die Angeklagten machten geltend, daß sie von dem § 153 keine Kenntniß gehabt hätten. Das glauben wir recht gern; wird derselbe doch hauptsächlich nur gegen Arbeiter angewandt, währenddem sich die Unternehmer durch ihn in ihren Maßnahmen nicht im geringsten beeinträchtigen lassen. Dem Versuche, Vergleiche anzustellen zwischen obigem Strafmaß und der Strafe, die in gleichem Falle einen Arbeiter betroffen haben würde, wollen wir widerstehen. Die Bestrafung von Unternehmern für ein derartiges Vergehen ist schon an sich — ein Ereigniß, das Aufsehen zu machen geeignet ist.

Partei-Nachrichten.

In seinem Bericht über den Stuttgarter Parteitag führte der Delegirte des Kreises Mainz-Oppenheim, Dr. David, auf der Konferenz des Kreis-Wahlvereins nach dem Bericht der „Mainzer Volkszeitung" aus: Der praktische Zusammenhalt der Partei, die Einigkeit der Sozialdemokratie in Beziehung auf die politischen und wirthschaftlichen Aufgaben der Gegenwart, erscheine ihm in keiner Weise gefährdet. Im Gegentheil, die verschärften Angriffe, der die Sozialdemokratie in neuester Zeit wieder ausgesetzt ist, hätten in allen das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit, in Nord und Süd, in Ost und West, erhöht, was auch in Stuttgart deutlich zu tage getreten sei. Was aber die theoretischen Meinungsverschiedenheiten anlange, so erforderten sie ein weiteres gründliches Studium der Verhältnisse. Eine Gefahr für die Einigkeit der Partei sei das nicht, vielmehr nothwendig im Interesse eines gesunden Fortschrittes der sozialistischen Bewegung. In Fragen des Wissens dürfe nur die objektive Erforschung der Wahrheit maßgebend sein. Abgeschlossen würden diese Fragen nie. Die nie stillstehende Entwickelung der äußeren Verhältnisse, das Auftreten neuer Faktoren und Erscheinungen im Wirthschaftsleben bedinge auch eine stets erneute Prüfung und Fortbildung unserer Theorie. Redner schloß seine Ausführungen, die lebhaften Beifall fanden, mit der Aufforderung an die Genossen des Wahlkreises Mainz-Oppenheim, ebenfalls regen Antheil an dem geistigen Leben der Partei zu nehmen.

Todtenliste der Partei. In Ebersdorf bei Burgstädt i. S. ist der langjährige Vertrauensmann Ernst Hank, in München nach mehrjährigem Leiden der Tischler Wilhelm Herrenberger gestorben, der insbesondere auch unter dem Sozialistengesetz im Vordertreffen für die Interessen des Proletariats gekämpft hat.

Polizeiliches, Gerichtliches ꝛc.

— Der frühere verantwortliche Redakteur des Halberstädter Partei-Organs, Genosse Karl Künne, hat am vergangenen Sonntag das Gefängniß nach Verbüßung einer fünfmonatigen Freiheitsstrafe verlassen, die ihm wegen Militär- und Fabrikantenbeleidigung auferlegt war. Möge er sich von den Wirkungen der langen Haft, die ihn wegen seines hohen Alters besonders schwer traf, bald vollständig erholen!

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Droschkenkutscher! Kollegen! In der kurzen Spanne Zeit ist es uns durch die Einigkeit der Kollegen möglich gewesen, einige Erfolge zu erzielen. Nach dreitägiger Arbeitseinstellung der Kutscher hat der Fuhrherr Polz sich bereit erklärt, die Forderung der Kutscher zu bewilligen, ebenso hat der Fuhrherr Kurth, Cuvrystraße, den Lohnsatz von 1,50 M. anerkannt. Bei verschiedenen Fuhrherren ist die Forderung von 1,50 M. Lohn, ohne daß es zum Streik kam, bewilligt worden. Wir sehen hieraus, daß die Einigkeit der Kollegen im stande ist, auch diejenigen Fuhrherren, welche dem Ring angehören, zu veranlassen, unsere gerechte Forderung zu bewilligen. Darum Kollegen, bewahrt das Solidaritätsgefühl weiter und Ihr werdet sehen, daß wir weitere Fortschritte machen. Am Freitag Abend findet im Lokal von Stechert, Andreasstr. 21, eine öffentliche Versammlung statt, um weitere Maßnahmen zu berathen. Erscheint alle Mann für Mann. — Das Agitationskomitee. J. A.: H. Schulz.

Achtung, Holzarbeiter! Seit längerer Zeit befinden sich die Tischler der Möbelfabrik von Th. Fork, Kretzschmar u. Comp. im Ausstand. Obwohl die Firma die größten Anstrengungen macht, Arbeitswillige zu bekommen, ist es ihr bisher nicht gelungen, die Werkstatt zu besetzen. Wenn die Streikenden in derselben Weise wie bisher durch Fernhalten des Zuzugs unterstützt werden, kann der Ausgang des Kampfes nicht zweifelhaft sein. Die Erfüllung dieser Solidarität den Streikenden gegenüber ist aber umsomehr erforderlich, als die Firma jede Verhandlung hartnäckig ablehnt. Ferner sei mitgetheilt, daß der Streik beim Tischlermeister Heydeck, Fruchtstr. 35, durch Verhandlung zur beiderseitigen Zufriedenheit beigelegt ist.

Der Beauftragte.

Achtung, Tapezirer! Den Kollegen Berlins zur Kenntniß, daß die heute, Mittwoch, den 23. November, bei Cohn, Beuthstr. 21, stattfindende Versammlung nicht von der Organisation, sondern von dazu gänzlich unberechtigten Personen einberufen ist. Die Tagesordnung soll durch eine Stellungnahme zu den Beschlüssen unserer letzten konbinirten Versammlung ausgefüllt werden. Jeder auch unorganisirte Kollege oder sonstige Versammlungstheilnehmer soll dort berechtigt sein, über die organisirten Tapezirer Berlins zu Gericht zu sitzen. Kollegen! Meidet diese Versammlung, laßt jene Leute unter sich und zeigt durch festen Anschluß an den Verband, daß ihr nicht gewillt seid, den Sonderbestrebungen einzelner zu liebe die Organisation, die Frucht langjähriger Arbeit, zu schädigen.

Die Agitationskommission der Tapezirer Berlins.

Deutsches Reich.

Zur Bergarbeiter-Bewegung. Aus Essen wird uns geschrieben: Bei der am Sonnabend, den 19. November cr. vorgenommenen Knappschaftsältesten-Wahl zum „Allgemeinen" Knappschaftsverein siegte die Liste der sogen. Opposition. Trotz aller Anstrengungen der Zechenparteien und eines Theils der fanatischen Führer des Gewerkvereins, ist es nicht gelungen, auch nur einen oppositionellen Führer zu stürzen; dagegen unterlagen eine ganze Anzahl der Führer der gemäßigten Richtung, auch einige Vorstandsmitglieder sind dabei. Bedeutungsvoll ist, daß die Mitglieder des Gewerkvereins dem ehrlichen Rathe derjenigen Führer folgten, welche für ein gemeinsames Kämpfen mit dem „alten" Verbande eintraten. Selbst in den Orten, wo der Gewerkverein unbestritten dominirt und wo Brust in heftiger Weise die Kandidaten, welche von Gewerkvereins-Mitgliedern und Anhängern des „alten Verbandes" aufgestellt waren, bekämpfte, fand Brust mit seinen Getreuen keinen Anhang. Wo der „alte Verband" keine Agitation entfaltet hatte und der Gewerkverein der Zechenpartei gegenüberstand, siegte letztere. In Gelsenkirchen, wo der Führer der Oppositionellen Meist von Brust und der Zechenpartei bekämpft wurde, erhielten die vereinigten Gegner zusammen 28 von den abgegebenen 206 Stimmen! Da gemäß dem Ausfall der Aeltestenwahl darauf gerechnet werden kann, daß jetzt auch im Vorstand die Opposition vorherrscht, diese selbverständlich energisch für die Interessen der Berarbeiter eintreten wird, ist an eine erfolgreiche Verhetzung der Arbeiter für die Folge wohl kaum noch zu denken, und daher ist der Ausfall der Knappschaftsältesten-Wahl für die Bergarbeiterbewegung von hervorragender Bedeutung. Um diese Bedeutung zu ermessen, muß berücksichtigt werden, daß der „Allgemeine" Knappschaftsverein ca. 200 000 Mitglieder zählt mit einem Vermögen von 36 Millionen Mark. Das Bestreben der Opposition ist auf eine freiere Verwaltung der Kasse dahingerichtet, daß die Mitglieder bestimmenden Einfluß haben. Das erste Bestreben der Opposition wird darauf gerichtet sein, das System der Oberältesten abzuschaffen.

Der Konsumverein in Halle faßte den Beschluß, nur mit solchen Bäckermeistern in Geschäftsverbindung zu treten bezw. zu bleiben, welche die von den organisirten Bäckern aufgestellten Forderungen bewilligt haben.

Vorboten des Zuchthauskurses. Aus Flensburg wird uns geschrieben: Vor einigen Wochen war im „Vorwärts" berichtet worden, daß ein Mitglied des Streikkomitees der Maurer vom hiesigen Schöffengericht zu einer Woche Gefängniß verurtheilt worden war, weil er auf dem Bahnhof ankommenden „arbeitswilligen" Kollegen zugerufen hatte: „Leute, hier ist Streik!" Der mitangeklagte Zimmerer Martin Nielsen war freigesprochen worden. Gegen dieses freisprechende Urtheil hatte die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt, welche gestern vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts zur Verhandlung kam. Der Angeklagte soll auf der Straße an einen Trupp „Arbeitswilliger", die von ihren Meistern vom Bahnhof abgeholt und nach ihren Arbeitsplätzen eskortirt wurden, herangetreten sein und, wie festgestellt wird, in ruhigem, ermahnenden Tone gesagt haben: „Leute, hier ist Streik, Ihr seid noch jung und wißt nicht, was Ihr thut, aber hütet Euch!" Es lag dem Gerichtshof ein Leumundszeugniß der Polizei über den Angeklagten vor, in welchem angegeben war, daß derselbe zwar an dem Streik in hervorragendem Maße als Kassirer des Streikkomitees betheiligt sei und in dieser Eigenschaft wiederholt Arbeitswillige zur Abreise veranlaßt habe, daß er dies aber stets „in der ihm eigenen ruhigen und besonnenen Weise" gethan habe. Der Staatsanwalt will die oben zitirte Aeußerung als Drohung aufgefaßt wissen und beantragt 6 Wochen Gefängniß. Der Gerichtshof schließt sich der Aufforderung des Staatsanwalts an, geht aber noch über das beantragte Strafmaß hinaus und erkennt auf zwei Monate Gefängniß!

In Flensburg ist der Streik der Zimmerer beendet. Eine öffentliche Holzarbeiter-Versammlung nahm gestern Abend mit 53 gegen 18 Stimmen folgende Resolution an:

„In Erwägung, daß durch das Ueberhandnehmen der Arbeitswilligen die Werkstellen immer mehr besetzt werden, daß infolge der Jahreszeit der Zuzug von Fremden nach hier immer stärker wird, und daß infolge dessen der Druck, den wir jetzt noch auf die Meister ausüben können, ein immer wirkungsloserer wird, erklärt die Versammlung den Streik für vorläufig aufgehoben."

Die Stricker der Firma C. u. A. Laves, Neu-Cölln a. W. 13, haben infolge von Lohnreduzirungen, die 20 bis 25 pCt. betragen, die Arbeit eingestellt. Die Arbeiter werden durch das Vorgehen der Firma in ihrem Fortkommen schwer geschädigt, zumal die sonstigen Einrichtungen in der Fabrik viel zu wünschen übrig lassen. Es wird ersucht, die Firma bis auf weiteres zu meiden. Anfragen sind zu richten an Karl Voigt, Berlin O., Große Frankfurterstr. 124.

Bei den Gewerbegerichtswahlen in Neustadt a. d. Haardt (Rheinpfalz) wurden bei den Arbeitnehmern, da die Hirsch-Dunckerianer diesmal eine Liste nicht aufgestellt hatten, die von den Gewerkschaften vorgeschlagenen Kandidaten einstimmig gewählt.

Ausland.

Aus London wird uns mitgetheilt, daß zwischen dem Verein der Zigarrenarbeiter und den Unternehmern ernste Differenzen bestehen, die bereits in einem Falle sich zu einem Konflikt gestalteten. Es wird gebeten, den Zuzug fernzuhalten.

Der Streik der Talesweber in Kolomea (Galizien) dauert fort. Wie bereits gemeldet, führen jüdische Weber gegen ihre jüdischen Ausbeuter diesen Kampf. Während die acht Unternehmer, die die Fabrikation der Talestücher (jüdische Gebetttücher) betreiben, unermeßliche Reichthümer erworben haben, bezahlen sie ihre Arbeiter in der schmutzigsten Weise. Der Lohn der Weber beträgt 2 fl. 50 kr. und erreicht höchstens die Summe von 3 fl. wöchentlich. Die Unterstützung, die die Streikenden bisher aus Deutschland erhalten haben, ermuthigt sie, nochmals die Bitte an die deutschen Arbeiter und diejenigen, die mit ihrem Elend Mitgefühl empfinden, zu richten, sie in ihrem Kampf zu unterstützen. Gelder sind zu richten an: Brettler, Kolomea.

Gerichts-Zeitung.

Der Schutzmann in der Animirkneipe. Der Schutzmann Gustav Helmke stand gestern unter der Anklage der schweren Körperverletzung vor der 131. Abtheilung des Schöffengerichts. An einem Septembertage war der Angeklagte dienstfrei. Er unternahm in Zivilkleidung eine Bierreise. Sein Unstern führte ihn u. a. in die Restauration von Pusch, Zimmerstr. 22, wo die Gäste von zarter Hand bedient werden. Was ihm hier begegnete, schilderte der Angeklagte in folgender Weise: Er sei der einzige Gast gewesen und deshalb hätten sich beide Kellnerinnen zu ihm gesetzt. Als ihm auf Verlangen ein Glas Bier gebracht worden sei, hätten die Kellnerinnen ihn gefragt, ob sie auch ein Glas Bier trinken dürften. Er habe nichts dagegen gehabt. „Ob es Porter sein dürfe?" Auch hierzu habe er seine Zustimmung gegeben. Auf Drängen der Kellnerinnen habe er ihnen dann noch je eine Flasche Porter zum besten gegeben. Nun wollte nur bezahlen und fortgehen. Die Kellnerinnen machten die Rechnung: Vier Flaschen Porter à 1 M. und ein Glas Bier zu 30 Pf. mache insgesammt 4 M. 30 Pf. Dies sei dem Angeklagten zu theuer gewesen. Er erklärte, daß er für die winzige Flasche Porter nimmermehr eine Mark zahlen würde. „Dann müssen wir die Wirthin rufen." „Gut, rufen Sie die Wirthin!" Sie erschien denn auch bald auf der Bildfläche. Der Angeklagte wiederholte ihr gegenüber seine Weigerung, zu zahlen. „Dann muß ich meinen Mann holen." — „Holen Sie Ihren Mann!" Wie die Kellnerin dem Angeklagten erzählt hatte, hatte der Wirth sich in sein Privatgemach begeben, um einen Vormittagsrausch auszuschlafen. Er befand sich denn auch nicht in der besten Laune, als er gestört wurde. „Was? Sie wollen nicht bezahlen? Sie müssen aber die bestellten Getränke bezahlen!" Als der Angeklagte auf seiner Weigerung beharrte, fuchtelte der Wirth ihm mit der Hand unter der Nase herum und nahm ihm dann den Hut vom Kopf, den er hinter das Büffet warf. Sodann versetzte der Wirth dem Gast einen Stoß, daß dieser auf einen Stuhl sank und seinen Spazierstock fallen ließ. Er hob den Stock wieder auf und als er bemerkte, daß der Wirth Miene machte, ihn ernsthaft anzugreifen, kam er ihm zuvor und versetzte ihm einen wuchtigen Schlag über den Kopf. Der Getroffene taumelte, heftig blutend, zurück und flüchtete hinter das Büffet. Von hier aus begann der Wirth ein förmliches Bombardement gegen den Angeklagten, wobei er gefüllte Selterosflaschen als Wurfgeschosse benutzte. Zum Glück wußte der Angeklagte durch geschickte Körperwendungen den Angriffen zu entgehen, aber es sah wüst aus im Lokal, als der inzwischen herbeigerufene Schutzmann erschien. Die Schilderung des Angeklagten deckte sich genau mit den Zeugenaussagen der beiden Kellnerinnen, der Zeuge Puch gab dagegen eine abweichende Darstellung von den Vorgängen. Der Staatsanwalt erkannte an, daß der Angeklagte sich im Zustande der Nothwehr befunden habe, durch das Schlagen mit dem dicken Stock habe er sich aber einer Ueberschreitung der Nothwehr schuldig gemacht. Er beantrage gegen ihn eine Geldstrafe von 50 M. oder 5 Tage Gefängniß. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Dr. Schwindt, trat mit Entschiedenheit für völlige Freisprechung des Angeklagten ein. Sei derselbe wirklich zu weit gegangen, so habe er doch sicher in Bestürzung, Furcht oder Schrecken gehandelt und sei deshalb straffrei. Der Gerichtshof schloß sich diesen Ausführungen an und erkannte auf Freisprechung.

Gesetzwidrige Handlung eines Amtsvorstehers. Vom Schöffengericht zu Nortorf war der Kieler Genosse Rath wegen Beleidigung des Wahlvorstandes bei der Reichstagswahl in Groß-Vollstedt zu 20 M. Geldstrafe verurtheilt. Rath war während der Stichwahl zur Kontrolle der Wahlhandlung nach Groß-Vollstedt gekommen, dort aber vom Wahlvorstand, trotz ausreichender Legitimation und Berufung auf das Wahlgesetz aus dem Lokal verwiesen, und als er nicht freiwillig gleich ging, gewaltsam auf die Straße geworfen. Dabei hatte der Genosse Verletzungen an Händen und Gesicht davongetragen. Als er sich, nachdem er sich von Blut und Schmutz gereinigt, wieder ins Wahllokal begab, um seine verloren gegangenen Papiere wieder zu erhalten, hatte der Wahlvorsteher, der gleichzeitig Amtsvorsteher in Groß-Vollstedt ist, zum zweiten Male ihm das Lokal verboten, was den Genossen zu den Worten „da kann man sehen, was es für ruppige Menschen giebt", veranlaßte. Der Genosse wurde verhaftet und erst anderen Tages freigelassen. Seine Anzeige gegen den Amts- und Wahlvorsteher bei der Staatsanwaltschaft in Kiel, wegen Freiheitsberaubung und Körperverletzung hat bis heute noch keine Erledigung gefunden, wohl aber erhielt er selbst eine Anklage wegen Beleidigung durch das Wort „ruppig", die dann zu dem oben mitgetheilten Urtheil gegen ihn führte. Die hiergegen eingelegte Berufung stand nun heute vor dem Kieler Landgericht zur Verhandlung.

Das Gericht erklärte, daß der Wahlvorsteher kein Recht gehabt habe, den Angeklagten aus dem Wahllokal zu weisen, auch die Forderung der Legitimationspapiere nicht berechtigt gewesen sei. Der Amtsvorsteher habe in nicht zu billigender Weise gehandelt. Das Gericht nimmt jedoch an, daß der Angeklagte das Schimpfwort „ruppig" in der Absicht, den Wahlvorstand zu beleidigen, gebraucht habe. Unter Berücksichtigung der Umstände wird jedoch das Schöffengerichtsurtheil aufgehoben und der Angeklagte zu der geringsten Strafe von 3 M. Geldstrafe verurtheilt. Die Kosten sind zur Hälfte von der Staatskasse zu tragen.

Die Justiz gegen unsern Genossen hat nun prompt zwei Instanzen durchlaufen; wann nun wohl der Amtsvorsteher auf der Angeklagtenbank sitzen wird?

Einen Nachklang von der Reichstagswahl bildete eine Gerichtsverhandlung, die dieser Tage in Danzig stattfand. Am zweiten Pfingsttag verbreiteten in dem westpreußischen Städtchen Pr.-Stargardt einige Genossen Flugblätter. Zwei von ihnen, Kolodzinski und Mania, wurden von einem Polizeibeamten aufgefordert, ein Flugblatt zu zeigen. Als der Aufforderung von Kolodzinski nachgekommen wurde, ergriff der Beamte alle in einer inneren Tasche des Rockes steckenden Flugblätter und riß dieselben heraus, wobei Tasche und Rockfutter Schaden litten. Als der so behandelte Genosse protestirte, wurde ihm zugeschrien, die Blätter seien konfiszirt und er selbst wurde verhaftet. Ein hinzukommender zweiter Beamter wurde angewiesen, den ruhig dabeistehenden Mania zum Rathhaus zu bringen. Die Verhaftung erregte natürlich Aufsehen. Als einer der Augenzeugen eine Bemerkung machte, zogen die Beamten den Säbel und schlugen in der brutalsten Weise auf die Verhafteten ein, so daß Mania zu Boden stürzte. Auch einer der dabeistehenden Männer erhielt einen Stoß. Unter lautem Schreien, Schlagen und Stoßen der Beamten wurden unsere Genossen in die Haft abgeführt. Bald darauf bekamen sie eine Anklage, Kolodzinski wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt, Mania wegen des gleichen Vergehens, außerdem wegen des Versuchs der Gefangenenbefreiung und der öffentlichen Beamtenbeleidigung. Vor dem Schöffengericht zu Pr.-Stargardt machte dann der Polizeibeamte Brellenthien so belastende Aussagen, daß unsere Genossen verurtheilt wurden. K. erhielt einen Monat Gefängniß, Mania einen Monat und eine Woche. Beide legten Berufung ein, worauf eine zweite Verhandlung vor einer Danziger Strafkammer stattfand. Der Hauptbelastungszeuge Brellenthien ist inzwischen wegen schwerer Mißhandlung zu einem Jahr Gefängniß verurtheilt worden und befindet sich jetzt, da er geistesgestört sein soll, in einer Irrenanstalt. In der Berufungsverhandlung ließ der Vertheidiger vorweg erst feststellen, daß die Wegnahme der Flugblätter, die auf Befehl des Polizeikommissars Fiedler erfolgt ist, ungesetzlich war. Eine feine Rolle spielte vor Gericht der zweite Beamte, der bei der Verhaftung mitgewirkt hatte. Fenski, Er wollte sich nicht mehr erinnern können, weshalb er die Leute verhaftet hatte. Mit aller Entschiedenheit bestritt er, mit dem Säbel geschlagen zu haben. Als dann der Vorsitzende ihn dringend verwarnte und ihm bedeutete, er könne seine Aussage über diesen Punkt verweigern, um sich nicht zu belasten, machte er von dem Recht der Zeugnißverweigerung Gebrauch. Durch eine Reihe von Zeugen wurde bewiesen, daß die Verhaftung ohne jeden Grund erfolgt war, daß unsere Genossen den Beamten willig gefolgt waren und dennoch in unerhörter Weise mißhandelt worden seien. Genasse Mania gab zu, daß er den Polizisten Brellenthien einen Schuft genannt hatte, als dieser ihn mißhandelte. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Fabian, geißelte das Verhalten der Beamten aufs schärfste, forderte Freisprechung seiner Klienten und die Uebernahme aller denselben erwachsenen Kosten auf die Staatskasse. Der Staatsanwalt beantragte nur gegen Mania eine Geldstrafe von 5 Mark wegen Beleidigung. Das Gericht sprach Kolodzinski frei unter Uebernahme aller Kosten auf die Staatskasse, Mania wurde wegen Beleidigung zu drei Mark Geldstrafe verurtheilt.

Nachklänge von der Reichstagswahl. Die Genossen Reischoch, Dohrmann, Blietschau und Pleff aus Rixdorf hatten nach Schluß der Kirche an einem Sonntag im Mai d. J. Flugblätter in den Dörfern Trebutsch und Sawall bei Beeskow vertheilt, indem sie in die einzelnen Gehöfte hineingingen und dieselben dort abgaben. Als sie aus einem der Gehöfte herauskamen, traf sie der Gendarm und denunzirte sie. Sie erhielten ein Strafmandat von je 15 M., weil sie die Oberpräsidial-Verordnung für die Provinz Brandenburg vom 5. Oktober 1896 über die äußere Heiligthaltung der Sonn- und Feiertage verletzt hätten. Diese verbietet an den Sonn- und Feiertagen alle öffentlich bemerkbaren Arbeiten, sowie alle geräuschvollen Arbeiten in den Häusern und Betriebsstätten. Auf ihren Widerspruch sprach sie das Schöffengericht zu Beeskow frei. Das Gericht war der Meinung, das Flugblattvertheilen sei eine „Arbeit", auch eine öffentlich bemerkbare, aber es ließe sich nicht nachweisen, daß die Angeklagten zu Erwerbszwecken gearbeitet, und die bezügliche Verordnung beziehe sich nur auf solche Arbeiten. Gleichgiltig sei, daß die Angeklagten nach Beendigung des Gottesdienstes vertheilt hätten, denn die von der Polizeibehörde festgesetzte Kirchzeit sei noch nicht zu Ende gewesen. Gegen dies Urtheil legte der Staatsanwalt Berufung ein. Er meinte, die Verordnung beziehe sich auch auf Arbeiten, die nicht zu Erwerbszwecken geleistet würden, auch sei es „unzweifelhaft", daß die Angeklagten eine Entschädigung von dem Zentral-Wahlkomitee erhalten, also einen Erwerb gesucht und gefunden hätten. Einen Beweis hierfür trat er indessen nicht an. Auch erheische das öffentliche Interesse eine Bestrafung der Angeklagten, da diese durch ihr „dreistes" Handeln ein öffentliches Aergerniß erregt hätten. Die Strafkammer in Frankfurt a. O., vor der die Berufung gestern verhandelt wurde, verwarf indessen die Berufung des Staatsanwalts, indem sie den Gründen des Schöffengerichts folgte.

Ein eigenartiger Fall von Beamtenbeleidigung. In dem unter dieser Stichmarke in der Sonntag-Nummer gebrachten Gerichtsbericht läßt der Druckfehlerteufel den Vertheidiger Rechtsanwalt Dr. Herzfeld sagen, daß es Pflicht des Angeklagten Schröder gewesen sei, sich zu vergewissern, daß der Beamte ein Billet habe. Es muß natürlich heißen, es sei nicht die Pflicht des Angeklagten gewesen u. s. w.

Wie uns mitgetheilt wird, hat der Vertheidiger des weiteren plädirt 1. daß es überhaupt keine Beleidigung sei, jemanden, der aus irgendwelchen Gründen behaupte, er brauche kein Billet, aufzufordern, sich ein Billet zu lösen oder den Garten zu verlassen. Ob der betreffende ein Beamter, ob er in Zivil oder in Uniform sei, sei vollständig gleichgiltig. 2. Daß Schröder den Oberwachtmeister sehr wohl kannte, dieser aber kein Recht habe, ob in Zivil oder in Uniform, das Frühkonzert zu „überwachen", also auch kein Recht, sich dort aufzuhalten, ohne sich vorher ein Billet zu lösen. Daß daher der Angeklagte mit seiner Aufforderung an ihn, ein Billet zu lösen oder den Garten zu verlassen, vollständig im Recht gewesen, jedenfalls aber bei dieser Rechtsauffassung subjektiv rechtmäßig und als Komiteemitglied auch pflichtmäßig gehandelt habe.

Die Strafkammer entschied auch, daß ein Recht der Polizei, ein Konzert zu überwachen nicht bestehe und ihr der Eintritt nur gestattet sei, wenn sie thatsächliche Unterlage für den Verdacht habe, daß dort strafbare Handlungen vorgehen, wie z. B. daß ein polizeilich nicht angemeldetes Tanzvergnügen stattfinde. Aber auch dann könne sie nicht willkürlich eine beliebige Zahl Beamter in Zivil entsenden, insbesondere, wenn schon einer wie hier in Uniform anwesend sei. Die Freisprechung des Angeklagten erfolgte aus diesen Erwägungen und weil angenommen wurde, daß der Angeklagte recht- und pflichtgemäß zu handeln glaubte.

Noblesse. Dem Schuldiener Kampe war seine Stellung vom Berliner Magistrat gekündigt worden, nachdem er durch einen Unfall, den er im Dienste des Magistrats erlitten hatte, körperlich geschädigt worden war. Kampe wurde als Bureau-Hilfsdiener bei der Armenverwaltung beschäftigt. Als Schuldiener war er Beamter und genoß als solcher das Steuerprivilegium. Neuerdings zog ihn jedoch der Magistrat nach seinem ganzen Einkommen zur Steuer heran. Kampe klagte darauf gegen den Magistrat und verlangte, daß nach wie vor nur die Hälfte seines Diensteinkommens versteuert werde. Der Bezirksausschuß erkannte auch demgemäß; das Ober-Verwaltungsgericht hob aber die Entscheidung wieder auf und wies Kampe mit seiner Klage ab. Es führte aus: Unzweifelhaft sei Kläger früher Beamter gewesen. Durch die Kündigung seiner Stellung als Schuldiener und durch die Aufgabe dieser Stellung habe er indessen die Beamtenqualität verloren. Und als Bureau-Hilfsdiener sei er nicht Beamter.

Brandstiftungsprozeß Radtke. Die vor dem Schwurgerichte am Landgericht I sich abspielende Verhandlung gegen den Sargfabrikanten Radtke und Genossen ist am Montag Abend noch nicht zu Ende gegangen. Landgerichtsrath Opitz machte die Geschworenen darauf aufmerksam, daß es unmöglich sein werde, die Verhandlung noch am Montag zu beendigen und schlug vor, sie auf Dienstag früh zu vertagen, die Geschworenen baten aber in ihrem Interesse, die Sache zu Ende zu bringen, selbst wenn sie bis zur späten Nachtzeit dauern sollte. Nunmehr zog sich der Gerichtshof gegen 7 Uhr zur Berathung zurück, um die Schuldfragen zu formuliren. Da den Geschworenen 31 Schuldfragen vorzulegen sind, so verzögerte sich das Niederschreiben derselben bis nach 9 Uhr. Die Verlesung der Schuldfragen nahm allein über eine halbe Stunde in Anspruch. Der Vorsitzende wiederholte nunmehr den Ausdruck seiner Ueberzeugung, daß es ganz unmöglich sei, die Sache noch an diesem Abend zu Ende zu bringen und vertagte daher die weitere Verhandlung auf Dienstag Nachmittag 4 Uhr. Die Wahl der späten Stunde war nothwendig, weil der Vorsitzende bis dahin anderweitig dienstlich beschäftigt ist. Ob das Urtheil heute schon gefällt wird, erscheint fraglich.

Zur Angelegenheit Rothenburg wird berichtet: Der Fall Rothenburg ist für unser heutiges Gerichtswesen und Irrenwesen insofern typisch, als er zeigt, wie eine so wichtige Angelegenheit jahrelang schweben kann, ohne Erledigung zu finden. Der auf den 15. d. M. angesetzt gewesene Termin in der Entmündigungsangelegenheit des Herrn Referendars Rothenburg mußte ebenso vertagt werden, weil R. den Richter als in der Sache befangen ablehnen konnte. Ein anderer Sachverständiger ist — wie bereits erwähnt — freiwillig von jeder Begutachtung zurückgetreten. Ob unter diesen Umständen die Staatsanwaltschaft nicht besser gethan hätte, bereits abgesehen von allem anderen, ihre Anträge zurückzuziehen? Es fehlte ihr bis heute jedwedes ärztliche Gutachten über R. und somit auch die Grundlage zu jedem Verfahren gegen denselben.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Bremen, 22. November. (W. T. B.) Die Rettungsstation Cuxhaven telegraphirt: Am 22. November von dem auf Scharhoern-Riff gestrandeten deutschen Dreimaster-Schuner „Christoph Kasten", Kapitän Ulena, 6 Personen durch das Rettungsboot des zweiten Elbleuchtschiffes gerettet.

Köln, 22. November. (W. H.) Der „Kölnischen Zeitung" wird aus Sofia gemeldet: Die Polizei beschlagnahmte eine massenhaft verbreitete, angeblich von einem revolutionären Geheim-Komitee verfaßte Broschüre gegen den Fürsten Ferdinand, in welcher die Entthronung des Fürsten verlangt wird.

Stuttgart, 22. November. (W. T. B.) Nach zweitägiger geheimer Verhandlung verurtheilte heute Abend das Ehrengericht der württembergischen Anwaltskammer den Rechtsanwalt Gustav Pfizer aus Ulm wegen Verletzung seiner Berufspflicht, begangen durch seine Broschüre: „Die Rechtskraft des Verbrechens", durch welche sich zahlreiche Richter beleidigt fühlten, zu einem Verweis und einer Geldstrafe von 2500 M.

Wien, 22. Novbr. (W. T. B.) Das Abgeordnetenhaus beginnt die Verhandlung des sozialdemokratischen Anklage-Antrages Daszynski-Kosakiewicz wegen Verhängung des Ausnahmezustandes in Galizien. Daszynski schildert in dreistündiger Rede, auf grund statistischer Daten das Elend der Bauern in Galizien, behauptet, daß der Ausnahmezustand vorwiegend zur Unterdrückung der sozialistischen Propaganda in Galizien benutzt worden sei und bringt die heftigsten Angriffe auf die Verwaltung und den Richterstand Galiziens vor. Der Ministerpräsident Graf Thun tritt diesen Angriffen entgegen und weist die von Daszynski vorgebrachten Beschuldigungen zurück. Die zur Verhängung des Ausnahmezustandes nothwendigen, gesetzlich vorgeschriebenen Bedingungen seien vorhanden gewesen. Es seien in der Zeit vom 23. Mai bis Ende Juli d. J. 150 Plünderungen und eine ungezählte Reihe von Diebstählen und Räubereien vorgekommen. Die Bewegung richtete sich gegen die Juden. Diese seien aber völlig gleichberechtigte Bürger des Staates und es sei Pflicht des Staates, jeden Bürger des Staates, ganz gleich, ob er Jude oder Christ sei, oder welcher Nationalität er angehöre, zu schützen. Er hoffe, es werde in verhältnißmäßig kurzer Zeit möglich sein, auch den letzten Rest der galizischen Bezirke vom Ausnahmezustand zu befreien. (Lebhafter Beifall.)

Nach der Rede des Ministerpräsidenten wird die Debatte abgebrochen und die nächste Sitzung auf Donnerstag anberaumt.

Budapest, 22. November. (W. T. B.) Infolge der Demonstrationen am Polytechnikum hat der Rektor die Vorlesungen bis auf weiteres sistirt. Auch an der Universität fanden Demonstrationen statt; die Studenten warfen nach der Polizei auch dort mit Steinen und Kohlenstücken; die Polizei mußte in den Hof des Gebäudes dringen und die Studenten auseinanderjagen. Sowohl am Polytechnikum als auch an der Universität wurden mehrere Personen verwundet und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Nach Schluß der Vorlesungen versammelten sich die Studenten auf dem Museumsring, begrüßten die oppositionellen Abgeordneten mit Beifall und sangen das Kossuthlied. Die Polizei säuberte mit großer Anstrengung die Straße, wobei es zu heftigen Szenen kam. — Nach 4 Uhr nachmittags rotteten sich etwa 100 Studenten an der Ecke der Alexandergasse zusammen und ließen die Aufforderung der Polizei, sich zu zerstreuen, unbeachtet. Die Polizei umzingelte die Studenten und brachte sie in das Polizeigebäude. Gegen 5 Uhr versammelten sich an 250 Studenten in dem Polytechnikum und begannen, von den Fenstern aus Steine gegen die Polizei zu schleudern. Letztere drang in die Säle ein, überwältigte die Demonstranten, ließ dieselben aber frei, nachdem sie sich auf Ehrenwort verpflichtet hatten, sich ruhig zu verhalten. Nur vier Studenten wurden als Rädelsführer verhaftet. Um 5½ Uhr herrschte in den Straßen Ruhe.

Budapest, 22. November. (W. T. B.) Der Abg. Ludwig Hollo (Unabhängigkeitspartei) ließ den Minister des Innern Perczel fordern, weil er sich durch einen Passus in der Rede des Ministers beleidigt fühlte. Die Zeugen des Ministers sind Graf Stefan Tisza und Graf Stefan Kegievich.

Ein Aufruf des Rektors am schwarzen Brette der Universität warnt die Studenten, die Straßenskandale fortzusetzen, da sie sonst die schweren Folgen sich zuzuschreiben hätten. Eventuell sollen die Vorlesungen bestimmt, ja sogar die Universität geschlossen werden. Im Universitäts-Leseverein fanden heute Abend große Demonstrationen statt; die Polizei leerte die Lokalitäten und sperrte dieselben. Zwei Personen wurden verhaftet.

Genf, 22. November. (W. H.) Luccheni hat auf Zureden seines Vertheidigers den Rekurs gegen seine Verurtheilung zurückgezogen. Er wurde in der letzten Nacht unter starker Gendarmerie-Eskorte vom Untersuchungsgefängniß in das Gefängniß Epêche gebracht. Luccheni ist im Gegensatz zu früher jetzt physisch ganz gebrochen.

Paris, 22. November. (W. H.) Der Kommandant Forzinetti, der mit der Dreyfus-Angelegenheit eng verbunden war, ist als Finanzminister des Fürstenthums Monaco berufen worden.

Paris, 22. November. (W. T. B.) Deputirtenkammer. Der Sozialist Levraud stellt den Antrag, den Kongregationen und Ordensgeistlichen die Unterrichtsthätigkeit zu untersagen, und verlangt für seinen Antrag die Dringlichkeit. (Lebhafte Protestrufe auf der Rechten.) Mehrere Redner, besonders Cassagnac bezeichnen in heftigen Reden den Antrag als einen Angriff auf die Freiheit. Der Sozialist Millerand führt aus, es sei dringend nothwendig, Maßregeln zu treffen, aber das einzige Mittel, die Gefahr abzuwenden, sei die Trennung der Kirche vom Staat. Der Ministerpräsident Dupuy erklärt, die staatlich geprüften Lehrer fürchteten weder die Konkurrenz noch die Freiheit des Unterrichts. Er glaube nicht an die Wirksamkeit des Vorschlages, die Kirche vom Staate zu trennen, die Lösung der Frage liege in dem Gesetz über die Assoziationen. Die Regierung werde demnächst eine Vorlage über diesen Gegenstand im Hause einbringen. Die Dringlichkeit wird mit 308 gegen 149 Stimmen abgelehnt. Ebenso wird die Dringlichkeit eines hierauf eingebrachten Antrages abgelehnt, in welchem den staatlich geprüften Lehrern ein Unterrichtsmonopol zugesprochen werden sollte.

Charleroi, 22. November. (W. H.) Die Sozialisten, die vor einigen Monaten die belgische Nationalflagge verbrannten, wurden zu je sechs Monaten Gefängniß verurtheilt.

London, 22. November. Das „Reuter'sche Bureau" meldet aus Tanger: Nach Berichten aus Marrakasch beabsichtigt die marokkanische Regierung, an die Mächte zu appelliren, damit Frankreich verhindert werde, Uebergriffe gegen marokkanisches Gebiet zu begehen.

London, 22. November. Das „Reuter'sche Bureau" meldet aus Washington, das Kabinet hege keinen Zweifel darüber, daß der Friedensvertrag mit Spanien binnen wenigen Tagen in Paris werde abgeschlossen werden.

Rom, 22. November. (W. T. B.) Die Stadt Catanzaro (Provinz Calabrien) ist infolge von Ueberschwemmungen, welche durch Anschwellen der Flüsse verursacht wurden, von jedem Verkehr nach auswärts abgeschlossen. In ganz Calabrien ist der Verkehr unterbrochen. Der durch das Hochwasser angerichtete Schaden ist bedeutend. Eine Brücke wurde von den Fluthen fortgerissen.

Rom, 22. November. (W. T. B.) Deputirtenkammer. Auf Anfrage der Deputirten Socci und Gattorno, ob die Regierung bei Annahme der Einladung Rußlands zur Abrüstungskonferenz, Vorbehalte im Namen des Völkerrechts bezüglich der natürlichen Grenzen Italiens gemacht habe, erklärte Minister Canevaro, die Regierung habe der hochherzigen Initiative des Kaisers von Rußland zugestimmt und dabei die bekannten Erklärungen abgegeben. Jetzt werde das Programm der Konferenz abgewartet.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Die Sozialpolitik der Herren Bäckermeister.

Der Zentralverband der deutschen Bäckerinnungen hielt vorgestern in Berlin einen außerordentlichen Verbandstag ab, der neben einer Reihe geschäftlicher Angelegenheiten über zwei Thema verhandelte, die größeres Interessen beanspruchten. Es war dies der Maximalarbeitstag und der Hamburger Boykott gegen die Herren Zünftler. Ueber den Maximalarbeitstag sprach Bäckermeister Simon-Leipzig. Er bezeichnete den Maximalarbeitstag als undurchführbar und schädlich. Wenn die Regierung nicht Nachsicht geübt, dann wäre der Schaden noch bedeutend größer gewesen. Der Maximalarbeitstag sei auf Antrag des Abg. Bebel Gesetz geworden. Die Grundlage für seinen Antrag habe Bebel von den sozialdemokratischen Gesellen, Beweise habe aber Bebel nicht geführt, daß die Bäckereien Pesthöhlen seien. Als der Drechsler Bebel noch in Leipzig sein Handwerk ausübte und ihm im Reichstage vorgehalten wurde, daß seine Werkstatt eine Pesthöhle sei, da sei derselbe sofort mit einer Berichtung bei der Hand gewesen. Nicht die Stimme der Bäcker, sondern die eines Geistlichen, der zufällig Leiter eines Gesellenvereins sei, habe man vor Einführung des Maximalarbeitstages gehört. Was würden die Geistlichen sagen, wenn die Bäcker sich anmaßen wollten, in pastoralen Dingen mitzusprechen. Wenn die Herren der Regierung die Bäckereien hätten genau revidiren lassen, dann würden sie gefunden haben, daß die Behauptung: die Bäckereien seien Pesthöhlen, Lüge sei. Das Bäckergewerbe sei derartig geartet, daß der Maximal-Arbeitstag einfach undurchführbar sei. Aber auch die Gesellen haben nicht den geringsten Nutzen davon, ja es sei den meisten Gesellen jetzt nicht mehr möglich, sich selbständig zu machen. Aber auch der Staat habe Schaden, da dadurch ein Steuerausfall entstehe. Nutzen von dem Maximalarbeitstag haben lediglich die berufsmäßigen Agitatoren. Daß die Mehrheit der Bäckergesellen krank und siech seien und frühzeitig sterben, sei absolut unwahr. Wenn man einen Maximalarbeitstag für die Dienstboten einführen würde, dann dürften sich die maßgebenden Herren sehr dagegen sträuben. Möge man ein Gesetz für Nachtschwärmer erlassen, nicht aber fleißigen und treuen Staatsbürgern verbieten, so lange zu arbeiten, als sie es im Interesse ihres Gewerbes für nöthig erachten. Der Redner schlägt schließlich die Annahme einer längeren Erklärung vor, in der die Undurchführbarkeit des Maximalarbeitstages im Bäckergewerbe betont und darauf hingewiesen wird, daß der Maximalarbeitstag es unmöglich mache, die Ordnung im Bäckergewerbe aufrecht zu erhalten, daß die ordentlichen königs- und vaterlandstreuen Gesellen gegen den Maximalarbeitstag seien, daß insbesondere der Mittelstand und das Kleingewerbe ungemein dadurch geschädigt werden, und daß es ungerecht sei, gerade die Bäcker in ihrem Gewerbe derartig zu schädigen. Der Verbandstag ersucht daher die Regierung: den Maximalarbeitstag wieder aufzuheben und wenn das nicht sofort geschehen könne, eine Minimal-Ruhezeit von täglich acht Stunden einzuführen. Die Bäcker, so schloß der Redner, die stets treu zu Kaiser und Reich gestanden haben, werden bis an den Thron gehen. Se. Majestät Kaiser Wilhelm II. werde jedenfalls nicht haben wollen, daß ein Stand, der stets zu den treuesten Blüthen des Thrones gehört habe, in dieser unerhörten Weise in seinem Gewerbe geschädigt werde. (Stürmischer Beifall.)

In der Besprechung wiesen die Redner auch darauf hin, daß durch den Maximalarbeitstag dem Denunziantenthum Thür und Thor geöffnet sei. — Bäckermeister Neumann-Fürstenwalde: Er halte es für unmöglich, den Maximalarbeitstag wieder aufzuheben. (Oho!) Es empfehle sich daher, daß der Maximalarbeitstag von der Tagesordnung der Verbandstage verschwinde und daß sich dieselben lieber mit der Frage beschäftigen: in welcher Weise lassen sich Erleichterungen schaffen. (Widerspruch.) — Die Erklärung von Simon-Leipzig gelangte schließlich mit einem Zusatzantrage des Bäckermeisters Gemeinhardt-Berlin, „daß durch den Maximalarbeitstag die Autorität des Meisters untergraben worden ist, das Kleingewerbe vernichtet wird und daß der Maximalarbeitstag gewaltsam zum Großbetriebe führt," fast einstimmig zur Annahme.

Hierauf beschäftigte man sich mit der Errichtung von Zwangsinnungen. Die Meinungen waren getheilt und wurde von einer Beschlußfassung Abstand genommen.

Den letzten Gegenstand der Tagesordnung bildete: Streik und Boykott. Der Berichterstatter, Bäckermeister Knost-Hamburg, sprach zunächst im Namen der Hamburg-Altonaer Bäckermeister für die denselben während des Boykotts gewährte Unterstützung den Dank aus und bemerkte: Die sogenannten Hetzer haben unter dem Deckmantel, für das Wohl der Bäckergesellen einzutreten, die Bäckergesellen zum Streik angereizt. In Wahrheit haben diese Hetzer aber das Wohl der Bäckereigenossenschaften, nicht aber das der Gesellen im Auge gehabt. Die Bäckergesellen seien in ihrer großen Mehrheit keine Sozialdemokraten. (Rufe: Sehr wahr!) Durch die Waffe des Boykotts sei es den Gegnern möglich geworden, eine Anzahl Meister zum Kapituliren zu veranlassen. Die Waffe des Boykotts sei noch durch Flugblätter schmutzigsten Inhalts verschärft worden. Der sich nicht scheue, derartig sein Handwerk zu besudeln, mit dem könne man nicht mehr in Ruhe und Frieden zusammenarbeiten. Die Behörde, an die sich die Meister wandten, erklärte, daß sie dagegen nichts thun könne. Erfreulich sei es aber gewesen, daß wenigstens die Versammlung, in der diese Flugblätter vorgelesen werden sollten, aufgelöst wurde. Einige Meister seien durch diesen Kampf so geschädigt, daß sie an die Fortführung ihres Gewerbes nicht mehr denken können. Es sei aber auch dringend nothwendig, Mittel und Wege zu suchen, wie derartigen Dingen in Zukunft vorgebeugt werden könne. Er erinnere an den Ausspruch unseres Kaisers: Helft mir den Feind im Innern bekämpfen. Die Hamburg-Altonaer Bäckermeister haben diesen Kampf mannhaft durchgekämpft; sie geben sich daher der Hoffnung hin, daß ihnen auch von maßgebender Stelle die nöthige Hilfe zu theil werde. „Wir wollen die Forderungen unserer Gesellen gewissenhaft prüfen und sind gewillt, in loyaler Weise mit denselben in Ruhe und Frieden weiter zu arbeiten. Wir wollen aber fest und geschlossen zusammenstehen und denen die Stirn bieten, die sich herausnehmen, uns von unserem Herd und unserer Familie zu vertreiben." (Stürmischer Beifall.) — Auf Antrag des Bäckermeisters Müller (Bremen) wurde sogleich einstimmig beschlossen: den Hamburg-Altonaer Bäckermeistern für ihr mannhaftes Verhalten den Dank des Verbandes auszusprechen.

* * *

Der hier wiedergegebene Bericht des Innungsverbandstages bietet gewiß nichts eigenartiges in der Behandlung sozialpolitischer Fragen; es ist nicht das erste Mal, daß die Herren Bäckermeister mit einem großen Aufwand von Schimpfworten und Verdächtigungen gegen einzelne Personen jede den Gesellen zu theil gewordene Fürsorge begeifern. Daß ihr Haß sich gegen den Abgeordneten Bebel richtet, ist ganz natürlich, denn ihm gebührt das Verdienst, die Zustände in den Bäckereien ans Tageslicht gezogen zu haben. Der lächerliche Versuch des Referenten, die ehemalige Werkstatt des Herrn Bebel in Vergleich zu ziehen mit den schmutzigen Kellerlöchern vieler Bäckereien, ist sehr mißglückt, denn Bebel konnte sich mit recht in einer Berichtigung auf das Unwahre der Angaben berufen, was allerdings die Herren Bäckermeister in gleichen Fällen nicht mit gutem Gewissen thun konnten.

Die vielen Untersuchungen, die von den Bäckergesellen in den letzten Jahren angestellt wurden über die sanitären Verhältnisse in den Bäckereien, die geradezu ekelerregende Zustände zur öffentlichen Kenntniß brachten, blieben unwidersprochen, wir schweigen ganz von den zahlreichen Einzelfällen, die weiter die Presse bekanntgegeben hat. Die Herren Zünftler haben soviel Schmutz wegzuräumen, daß sie gut thun, sich nicht aufs hohe Pferd zu setzen. Den Herren mangelt sehr oft die Kenntniß in ihrem eigenen Beruf, dagegen zeigen sie eine außerordentliche Vertrautheit mit den Vorkommnissen auf den Rennplätzen und dem Spieltisch — Dinge, die dem ehrsamen Handwerk nie zum Ruhm gereichten, aber dazu beitrugen, daß sich eine besonders tölpelhafte Schwätzerei gegen jeden sozialpolitischen Fortschritt breit machte.

Wenn uns übrigens die Herren unterstützen wollen bei der Einführung eines Maximal-Arbeitstages für Dienstboten, so nehmen wir diese Unterstützung dankend an. Die Herren täuschen sich auch über die Wirkung, die ein solcher gesetzlicher Maximalarbeitstag auf sie ausüben würde. Ihr jetziger Schrei wäre das Quieken einer Kinderstimme gegen den Tumult, der sich in ihren Reihen erheben würde, wenn sie auch ihre Dienstboten nicht mehr willkürlich lange in das Arbeitsjoch spannen dürften.

Daß die Regierung einmal Erhebungen über die sanitären Zustände in den Bäckereien anordnet, fände von unserer Seite gewiß Unterstützung. Aber der Referent mag bedenken, daß die Erhebungen der Kommission für Arbeiterstatistik über die Arbeitszeit in den Bäckereien zur Einführung des Maximal-Arbeitstages führten, und das Ergebniß weiterer Erhebungen könnte nur das berechtigte unseres Verlangens begründen, nämlich, den Herren Bäckermeistern auch innerhalb ihrer Werkstätten auf die Finger zu sehen, sowie einen größeren Anspruch für gesunde Schlafstätten der Gesellen rechtfertigen.

Ihren Schmerz über den Hamburger Brotboykott mögen die Herren austoben. Es sei ihnen aber gesagt, daß die Dinge nicht anders werden, wenn sie sich nicht dazu verstehen, sehr berechtigten und bescheidenen Forderungen der Gesellen entgegenzukommen, und zwar nicht blos zu prüfen, wie es in ihren Versicherungen heißt, sondern auch zu bessern. Ueber das Stadium des Prüfens sind wir hinaus. Die mächtige Bäckerinnung hat Zeit genug gehabt, die Uebelstände zu beseitigen; bisher hat sie aber nur ihre Aufgabe darin erblickt, so üble Zustände in ihrem Beruf großzuziehen, wie sie kaum in einem anderen Berufe zu finden sind.

Lokales.

In den gestern vollzogenen Stadtverordneten-Ersatzwahlen sind nach vorläufiger amtlicher Zusammenstellung gewählt worden: Im 6. Wahlbezirk I. Abtheilung Regierungsbaumeister Körte mit 62 Stimmen (Dr. Natan erhielt 49 Stimmen). Im 4. Wahlbezirk II. Abtheilung Bürger-Deputirter Albert Schulze mit 252 Stimmen (Oberstlieutnant Krug v. Nidda erhielt 1, Sanitätsrath Dr. Eberty 1 Stimme). Im 7. Wahlbezirk II. Abtheilung Bezirksvorsteher Iden mit 153 Stimmen (Habermann erhielt 129, Cäsar Ed 1 Stimme). Im 13. Wahlbezirk II. Abtheilung Rentier Kluth mit 238 Stimmen (Weigert erhielt 58, Rechtsanwalt Ulrich 16 Stimmen).

In den städtischen Heimstätten für Genesende ist 1897/98 der Andrang von Genesungsuchenden wieder größer gewesen als im Vorjahre. Aufgenommen wurden 1897/98 (bezw. 1896/97) von der Heimstätte für genesende Frauen in Blankenburg 621 (503), einschließlich 31 (13) Wöchnerinnen; von der für genesende Männer in Heinersdorf 474 (459), von der für brustkranke Frauen in Blankenfelde 390 (320), von der für brustkranke Männer in Malchow 687 (675), zusammen 2172 (1957) Personen. Wie immer, wurden die wenigsten im Winter, die meisten im Sommer aufgenommen, von allen 4 Anstalten zusammen z. B. im Dezember nur 78 (51), dagegen im Juli 270 (251). Auf Kosten von Krankenkassen wurden allein 70 (66⅓) pCt. aufgenommen, auf Kosten der Armenpflege 22 (22½) pCt., die übrigen 8 (11) pCt. auf Kosten von Unfall-Berufsgenossenschaften und Alters-Versicherungsanstalten, von Stiftungen und Vereinen, auf Kosten des städtischen Freistellen-Fonds, auf eigene oder der Angehörigen Kosten. Die Frequenz war im täglichen Durchschnitt des ganzen Jahres in Blankenburg 43 (40), Heinersdorf 30 (30), Blankenfelde 53 (44), Malchow 83 (79), zusammen 209 (193); aber zum Beispiel im Dezember zusammen nur 135 (112), andererseits im Juli zusammen 278 (275). An Betten waren, die Reservebetten eingerechnet, zusammen nur 282 vorhanden, davon in Blankenburg 70, einschl. 16 nur im Sommer benutzbare, in Heinersdorf 60, Blankenfelde 64, Malchow 88. Die Zahlen sind dieselben, wie im Vorjahr. Da von der oben mit 278 (275) angegebenen Juli-Frequenz auf Blankenburg 69 (67), Heinersdorf 59 (58), Blankenfelde 63 (63), Malchow 87 (87) kamen, so müssen besonders 1897/98 alle 4 Anstalten den ganzen Juli hindurch nahezu voll besetzt gewesen sein. Ebenso hoch oder nur wenig niedriger war die Frequenz in den anderen Sommermonaten des Verwaltungsjahres 1897/98. Der tägliche Durchschnitt blieb hinter der Bettenzahl zurück: in Blankenburg im Juni um 3, Juli und August um 1, in Heinersdorf im Juni um 2, Juli um 1, in Blankenfelde im Mai um 3, Juni um 2, Juli bis September um 1, Oktober um 2, in Malchow im April bis Juni um 3, Juli um 1, August bis Oktober um 2 und selbst im Februar und März um nur 2. Damit ist die Nothwendigkeit, die Heimstätten — besonders die für Brustkranke — zu vermehren (wie es ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion in der Stadtverordneten-Versammlung im November 1897 forderte), aufs neue bewiesen. Leider soll, weil der Magistrat meint, daß zur Zeit „kein Bedürfniß vorliegt", die Errichtung einer weiteren Heimstätte für brustkranke Männer erst 1900 erfolgen und bezüglich der Errichtung einer solchen für Frauen die Entwickelung der zukünftigen Verhältnisse abgewartet werden. Es ist leicht möglich, daß infolge der langen, oft viele Wochen dauernden Wartezeit, die jetzt den Aufnahmesuchenden im Sommer zugemuthet wird und die namentlich für direkt aus dem Krankenhause kommende Personen den Nutzen der Heimstätten in Frage stellt, die Zahl der Meldungen schließlich von selber zurückgeht, so daß die Behauptung, es liege kein Bedürfniß vor, ihre nachträgliche Begründung erhielte. — Die ärztlichen Berichte über die Anstalten konstatiren, wie in den Vorjahren, erfreuliche Besserungen bei längerem Aufenthalt, führen aber wieder zahlreiche Fälle an, in denen die Patienten schon nach kurzer Zeit ohne Besserung austraten. Manche mußten entlassen werden, weil niemand — auch die Kasse nicht — die Kosten tragen wollte. Andere gingen mit Rücksicht auf die „häuslichen Verhältnisse", soll wohl heißen: wegen der Hilflosigkeit und Noth der zu Hause zurückgelassenen Familie. Merkwürdig ist, daß unter den Gründen vorzeitigen Austritts diesmal der Wunsch, die Arbeit wieder aufzunehmen, bei drei Anstalten gar nicht und bei einer (Malchow) nur dreimal angeführt wird. Die Berichte der Vorjahre sprechen ziemlich eingehend davon, daß die Noth der Familie oder die Furcht vor Verlust der Arbeitsstellen vielfach zu vorzeitigem Austritt und Wiederbeginn der Arbeit zwang. Sollte das jetzt anders geworden sein? Wohl kaum.

Die Versorgung der „nothleidenden" Agrarier mit Berliner Strafgefangenen als Arbeitern ist im Jahre 1897 etwas weniger umfangreich gewesen als im Vorjahre. Der hiesige „Verein zur Besserung der Strafgefangenen" ist 1897 (bezw. 1896) von 3571 (3639) Erwachsenen, 854 (910) Jugendlichen, zusammen 4425 (4549) Strafentlassenen um Nachweisung von Arbeit gebeten worden und hat 2719 (2782) Erwachsenen, 746 (852) Jugendlichen, zusammen 3465 (3634) Strafentlassenen Arbeit nachgewiesen. Wie man sieht, ist die Zahl der Arbeit suchenden und auch die der in Arbeit gebrachten Strafentlassenen gegenüber dem Vorjahr absolut zurückgegangen. Die Zahl der Untergebrachten ist aber auch relativ, im Verhältniß zu der der Arbeitsucher, geringer geworden; denn auf je 1000 Arbeitsucher kamen 783 (799) Untergebrachte, speziell bei den Erwachsenen 761 (765), bei den Jugendlichen 874 (936). (Man beachte übrigens, daß von den Jugendlichen verhältnißmäßig viel mehr untergebracht werden als von den Erwachsenen — vermuthlich deshalb, weil die Jugendlichen billiger sind.) Ueber die Ursachen dieser Rückgänge sieht im Jahresbericht pro 1897 nichts. Man möchte eine Verminderung der Nachfrage nach Strafentlassenen annehmen, aber der Bericht konstatirt im Gegentheil eine Zunahme und sagt: „Nicht selten ist bereits die Nachfrage größer gewesen als die Zahl der Arbeiter, die wir zur Versendung geeignet erachten konnten." Vielleicht ist das Mißverhältniß zwischen dem bisherigen Beruf der meisten Pfleglinge des Vereins und den Stellungen, die ihnen der Verein bieten kann, noch größer als sonst geworden. Die Auswahl „geeigneter" Arbeitskräfte hat hier ohnedies stets ihre Schwierigkeiten gehabt, da die größte Nachfrage nach Strafentlassenen von den Landwirthen kommt (denen die billig angebotenen Leute als Lohndrücker gegenüber den ansässigen Landarbeitern erwünscht sind), während andererseits nur die Minderheit der Strafentlassenen früher zu den Landarbeitern gehört hat. Von den im Jahre 1897 (bezw. 1896) Untergebrachten fanden Verwendung: 82 (75) als Kaufleute, Schreiber u. s. w., 148 (178) als Handwerker, 130 (127) als Kutscher, Hausdiener u. s. w., 132 (120) als Fabrikarbeiter, 340 (356) als Erd- und Ziegeleiarbeiter, 2627 (2778) = 75,8 (76,4 pCt. als Landarbeiter. Der Bericht bestreitet, daß der Verein „unter Benutzung der günstigen Konjunktur des Mangels an ländlichen Arbeitern von der bisherigen Berufsthätigkeit seiner Pfleglinge absieht und sich dadurch die Unterbringung erleichtert". Es dürfe nicht übersehen werden, daß „der bei weitem größte Theil der Pfleglinge bisher nur als Tage-Arbeiter, vielfach auf dem Lande thätig gewesen" sei. Das ist nicht wahr! Die Berichte pro 1897 und 1896 geben selber an, daß nur 1494 (1605) der Untergebrachten ihrem früheren Beruf nach „Arbeiter" waren. Die Unterscheidung in Fabrik-, Erd-, Ziegelei- und Landarbeiter fehlt hier leider; aber selbst wenn sämmtliche früheren „Arbeiter" Landarbeiter gewesen wären (was natürlich nicht zutreffen wird), so wären das immer erst 43,1 (44,2) pCt. aller Untergebrachten, also keineswegs „der bei weitem größte Theil". Wahrscheinlich wird man aber nicht zu niedrig greifen, wenn man nur die Hälfte der früheren „Arbeiter" als Landarbeiter ansetzt. Dann wäre noch nicht ein Viertel der untergebrachten Pfleglinge früher als Landarbeiter thätig gewesen, während, wie gesagt, volle drei Viertel der Untergebrachten als Landarbeiter Verwendung fanden.

Die Kohlenkarrer der ersten städtischen Gasanstalt führen fortgesetzt über ihre lange und ungeregelte Arbeitszeit Klage. Ueber die Arbeitsverhältnisse dieser Leute wird uns von gewerkschaftlicher Seite geschrieben: Um 5 Uhr morgens müssen die Arbeiter bereits auf der Anstalt sein und wiederholt ist es vorgekommen, daß sie mit ihrem Arbeitspensum erst um 11 Uhr abends fertig waren. Nur vier Stunden blieben ihnen nach Abzug des Ganges von und nach der Arbeitsstätte zur Nachtruhe übrig. Gestattet man diesen Arbeitern auch eine mehrstündige Mittagspause, so beträgt doch die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit mindestens dreizehn Stunden. Jedes geordnete Familienleben wird ihnen durch die ungleiche Dauer und Länge der Arbeitszeit unmöglich gemacht. In den anderen städtischen Anstalten ist dieser Mißstand nicht aufzuweisen. Hier sind zum Kohlenkarren zwei Kolonnen vorhanden, die abwechselnd am Tage oder bei Nacht je 9—10 Stunden karren. Trotzdem die Kohlenkarrer der ersten städtischen Anstalt wiederholt ihren Vorgesetzten um eine Regelung nach dem Muster der anderen Gasanstalten gebeten haben, hat man ihnen diesen Wunsch stets abgeschlagen, und zwar mit der Begründung, daß dann noch ein Kohlenaufschreiber angestellt werden müßte. Vielleicht trägt Herr Stadtrath Ramslau dafür Sorge, daß der geschilderte für einen städtischen Betrieb unwürdige Mißstand baldigst beseitigt werde.

Die Regierung gegen den Elektrizitätsvertrag? Die „Tägl. Rundschau" schreibt: „Die heftigen Erörterungen in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung über den Vertrag mit den Elektrizitätswerken könnten möglicherweise noch ein ganz unerwartetes Nachspiel haben. Wie wir hören, schweben nämlich gegenwärtig bei der Regierung Erwägungen, ob nicht von Aufsichtswegen gegen den Vertrag einzuschreiten sei, weil er ein Monopol der Uebertragung elektrischer Kraft an Straßenbahnen ertheilt, das mit dem Kleinbahngesetz nicht vereinbart werden kann. Ob auf grund hiervon ein Einschreiten erfolgt, ist vorerst zweifelhaft, da die Erwägungen noch nicht zum Abschluß gelangt sind. Jedenfalls würde es für alle Betheiligten eine außerordentliche Ueberraschung sein und es ist deshalb zu wünschen, daß die Regierung, wenn überhaupt, dann sofort einschreitet."

Die Maßregelung der jüdischen Lehrerinnen hat den Magistrat zu einer Denkschrift veranlaßt, in der er sich gegen das Provinzial-Schulkollegium unter anderem mit folgendem Einwande wehrt: Daß aber der grundsätzliche Ausschluß von der Führung einer Klasse, lediglich um des Bekenntnisses willen, von den durch eine solche Maßregel betroffenen Lehrern als eine schwere Zurücksetzung empfunden werden muß, und wohl geeignet ist, die Freudigkeit am Amte und an der Pflichterfüllung im hohen Grade zu beeinträchtigen, bedarf kaum einer näheren Begründung. Ebenso wenig, daß ein solcher Ausschluß von einer der wesentlichsten und für die erzieherische Wirksamkeit besonders wichtigen Funktion eines Lehrers nur allzusehr dazu angethan ist, das Ansehen und die Achtung des Ausgeschlossenen im Lehrerkollegium und bei den in solchen Dingen außerordentlich scharf beobachtenden Kindern zu erschüttern und zu mindern. Wir sind es den an den städtischen Schulen angestellten jüdischen Lehrpersonen schuldig, demgegenüber wiederholt hervorzuheben, daß nach unserer Ueberzeugung die mehr als zwanzigjährigen Erfahrungen an den städtischen Gemeindeschulen zu einer solchen Maßregel keinen Anlaß geben, daß vielmehr, von ganz geringfügigen Ausnahmen abgesehen, insbesondere auch nach dem übereinstimmenden Urtheile der sämmtlichen Herren Schulinspektoren die jüdischen Lehrer und Lehrerinnen ohne Rücksicht auf den Bekenntnißstand der ihnen anvertrauten Schüler auch als Ordinarien treu und gewissenhaft ihre Pflicht erfüllt und hinsichtlich der Leistungen und der sittlichen Haltung der Kinder gute Erfolge erzielt haben, und wir müssen in gleicher Weise wiederholt betonen, daß uns während jener langen Zeit auch hinsichtlich der Klassenführung der jüdischen Lehrer und Lehrerinnen weder aus dem Kreise der Kinder, noch aus dem der Eltern, noch aus dem der Lehrer und Rektoren irgendwelche begründete Klagen bekannt geworden.

Wie mag man in Kulturstaaten über die Forderung des Provinzial-Schulkollegiums denken?

Folgende Lehrer sind vom 1. Oktober cr. mit Genehmigung des Provinzial-Schulkollegiums als Gemeindebeamten angestellt worden: Böse, Schwening, Nickel II, Voigt VI, Voigt VII, Grütz IV, Schulz LXX, Lindemann, Kulinsky und Hersel.

Die Reichspostverwaltung hat sich, einem Berichterstatter zufolge, entschlossen, mit der Einrichtung von Bade-Einrichtungen, insbesondere beim Umbau größerer Dienstgebäude überall da vorzugehen, wo die gesundheitlichen Verhältnisse dies erfordern. Ein erster Versuch ist bereits in der Reichsdruckerei in Berlin gemacht worden.

Durch die zahlreichen Unfälle im elektrischen Straßenbahn-Betriebe ist die Fuhrpolizei ganz besonders in Anspruch genommen, da jeder einzelne in dem Betriebe der Bahn vorkommende Unfall, ja selbst jede Verkehrsstörung dieser Behörde gemeldet werden muß und die Ursachen des Vorkommnisses von derselben sorgfältig geprüft werden. Zu diesem Zweck werden die in Frage kommenden Wagenführer und Schaffner an ihren freien Tagen nach dem Polizeipräsidium zitirt, woselbst täglich Vernehmungen stattfinden. Soll etwa mit der unhaltbaren Fiktion, daß ein Zusammenstoß mit einem Straßenbahnwagen als Gefährdung eines Eisenbahn-Transports zu bestrafen sei, endlich gebrochen werden?

Das Polizeipräsidium theilt mit: Bei einem Trödler in der Gollnowstraße sind am 8. d. M. von zwei unbekannten jungen Burschen im Alter von 16 bis 18 Jahren zwei kupferne Löthkolben,

von denen der eine ganz neu, sehr groß und mit der Nummer 1920 versehen ist, und ferner ein Schlosserhammer zum Kauf angeboten worden. Die Burschen haben, als sie nach Legitimationspapieren gefragt wurden, unter der Angabe, solche zu beschaffen, die genannten Gegenstände zurückgelassen und sind nicht wiedergekommen. Vermuthlich rühren die Gegenstände aus einem Diebstahl her und wollen sich eventuelle Geschädigte im Polizeipräsidium, Zimmer 326, melden.

Eine ganz ungewöhnliche Rohheit zeigte Montag Abend der Führer eines Gemüsewagens im Norden der Stadt. In scharfem Trabe jagte er die Müllerstraße entlang. An der Fennstraße wollte gegen 10 Uhr ein 50 Jahre alter Arbeiter den Damm überschreiten. Rücksichtslos fuhr der Gemüsekutscher zu, der Wagen riß den Mann um und ging über ihn hinweg. Während der Ueberfahrene mit gebrochenem linken Unterschenkel liegen blieb, jagte der Kutscher davon, ohne sich auch nur nach ihm umzusehen. Leute, die dazu kamen, hoben den Verunglückten auf und brachten ihn nach der nächsten Unfallstation. Von hier mußte man ihn mit einem Kopp'schen Rettungswagen einem Krankenhause zuführen. Vor dem Hause Dalldorferstr. 6 rannte gleich darauf derselbe Wagen den Arbeiter Gottlieb Kaschube, einen Mann von 60 Jahren, um und ging ihm über die Brust. Mit schweren inneren Verletzungen wurde der Verunglückte in einem Krankenwagen nach der Charitee gebracht. Der Führer des Wagens entzog sich auch jetzt wieder seiner Feststellung durch eilige Flucht. Hoffentlich gelingt es nachträglich, den rohen Burschen zu ermitteln.

Aus Liebesgram hat sich gestern Abend die 47 jährige Wittwe Klara P. das Leben zu nehmen versucht. Die Frau, welche seit mehreren Jahren in einer Fabrik auf dem Gesundbrunnen beschäftigt ist, hatte ihrem Werkführer F. schon manche trübe Stunde bereitet. Sie verfolgte den verheiratheten Mann auf Schritt und Tritt und sandte ihm anonyme Liebesbriefe ins Haus. Diese Briefe fielen der Frau des Werkführers in die Hände, und es kam zwischen den beiden Gatten zu Eifersuchtsszenen. Schließlich nahm der Werkführer die Hilfe der Behörde gegen die Liebesschwüre der Unbekannten in Anspruch. Erst durch Zufall gelang es einem Kollegen des F., die Briefstellerin zu ermitteln und die M. wurde nun sofort aus der Fabrik entlassen. Die übrigens hysterische Frau fürchtete, daß die Angelegenheit dem Staatsanwalt unterbreitet werden würde. Am gestrigen Abend bat sie ihre Schwester, mit welcher sie eine kleine Wohnung in der Prinzen-Allee inne hat, ihr einen Brief an den Werkführer zu besorgen, in welchem sie für ihr Vergehen Abbitte leistete und um Verzeihung bat. Als die Schwester sich aus der Wohnung entfernt hatte, schnitt sich die P. die Pulsader an der linken Hand auf. Zufällig kam eine Nachbarin an der Korridorthür vorbei und hörte das Stöhnen der Lebensmüden. Nichts Gutes ahnend, rief sie den Hausverwalter herbei, der die verriegelte Thür sprengte und die Unglückliche nach einem in der Nähe belegenen Krankenhause überführen ließ. Der Zustand der P. ist sehr bedenklich.

Gerüsteinsturz. Durch den Zusammenbruch eines Gerüstes wurden gestern früh in der Behrenstr. 48 zwei Arbeiter leicht und ein Monteur schwer verletzt. Die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, welche dort Installationsarbeiten besorgt, hatte ein Gerüst aufschlagen lassen, welches zusammenbrach. Aus der Höhe des ersten Stockwerkes stürzten die drei Mann herab. Hilfe war schnell aus der Unfallstation Kronenstraße zur Stelle. Der Arzt verband die Verwundeten und ließ den am schwersten beschädigten Monteur in ein Krankenhaus bringen.

Selbstmord oder Unfall? In dem Hause Trebbinerstr. 13 wohnte seit 13 Jahren das Zugführer Bammotte'sche Ehepaar mit einer einzigen Tochter von 20 Jahren. Diese war seit ihrem vierzehnten Lebensjahre krank. Sie litt an Nervosität und Krämpfeanfällen. Der Mann starb vor einem Vierteljahre im Alter von 61 Jahren. Die Frau war in der ersten Zeit nach seinem Tode zwar niedergeschlagen, schien aber dann den Trauerfall überwunden zu haben. Am 25. v. M. ging sie nachmittags um 4 Uhr von Hause weg, ohne ihrer Tochter zu sagen, wohin sie sich begeben wolle. Das fiel aber nicht weiter auf, weil es schon oft vorgekommen war und weil man in dem Wesen der Frau nicht die Veränderung wahrnahm. Um so mehr wunderten sich die Tochter und die Hausgenossen, daß die 64 Jahre alte Frau nicht zurückkehrte. Die Tochter erzählte im Hause, ihre Mutter habe eine bedeutende Geldsumme, Papiere im Werthe von wohl 20 000 Mark mitgenommen. Diese Schätzung galt von vornherein als stark übertrieben und man erklärte sich die Uebertreibung aus dem krankhaften Zustande des Mädchens. Auf der andern Seite aber glaubten doch die Hausgenossen allgemein, daß die Leute wohl ein kleines Vermögen besitzen müßten, weil sie sehr sparsam gewirthschaftet hatten. Der Zustand der Tochter verschlimmerte sich nach und nach so, daß man sie am vergangenen Sonnabend in die Anstalt für Epileptische „Wuhlgarten" bei Biesdorf bringen mußte. Vorgestern, Montag, Vormittag hat man nun Frau Baumotte als Leiche wiedergefunden. Sie wurde an der Kaiserin Augustastraße in der Nähe der Regentenstraße aus dem Landwehrkanal gelandet. Geld ist aber bei der Leiche nicht gefunden worden. Die städtische Armendirektion ließ am Montag Nachmittag die Wohnung der Verstorbenen versiegeln, gab sie jedoch gestern Vormittag dem Bruder der Frau Bammotte, einem hiesigen Kaufmann, wieder frei.

Zeugen gesucht. Die Personen, welche am 7. Oktober nachmittags 1¼ Uhr Zeugen des Auflaufs vor dem Hause Oranienstraße 185 waren, werden gebeten, ihre Adresse bei R. Beil, Oranienstraße 23, Hof Keller, abzugeben.

Straßensperrung. Das Halle'sche Ufer von der Ueberführung der Anhalter Eisenbahn bis zum Grundstück Halle'sches Ufer 28 mit Ausnahme des Kreuzdammes in der Möckernstraße, sowie das Tempelhofer Ufer von der Ueberführung der Anhalter Eisenbahn bis zum Kreuzdamm in der Möckernstraße werden behufs Aufhöhung der Rampen der Möckern-Brücke vom 28. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Von der Treptower Sternwarte aus ist gegenwärtig der Mond sowohl, als auch die jetzt in großer Zahl fallenden Sternschnuppen besonders gut sichtbar. Für morgen, Mittwoch Abend, ist seitens der Verwaltung vorgesorgt, daß die Große Berliner Pferdebahn bis ½1 Uhr nachts Wagen nach Berlin gehen läßt.

Die Kunst-Schaubühne (Direktion Dr. Köppen und Dr. Stoedtner) veranstaltet heute Abend 8 Uhr im wissenschaftlichen Theater der alten Urania, Invalidenstraße 57, eine Novitäts-Vorstellung, die die weitesten Kreise interessiren dürfte: „Moderne Karikaturen", Projektionsvortrag mit farbigen Lichtbildern von Fritz Stahl. Der Vortrag behandelt die künstlerische Darstellung der politischen und gesellschaftlichen Satire von Goya und Hogarth an über die Jahre 1848 und 1870 bis auf die neuesten Erzeugnisse der „Fliegenden Blätter" und des „Simplicissimus" 2c. Sämmtliche Vergünstigungen sind für diesen Vortrag aufgehoben. Billets sind bis 5 Uhr im Vorverkauf zu haben beim Kastellan der alten Urania, Invalidenstraße, Raabe u. Plathow, Potsdamerstr. 21, H. W. Möhlich, Leipzigerstr. 35, und Breslauer u. Meyer, Leipzigerstr. 134.

Theater. Im Olympia-Riesentheater ist „Mene Tekel" zum 50. Male gegeben worden. Nach einer so stattlichen Reihe von Aufführungen fungirt der ungeheure Apparat, mit dem das Stück in Szene geht, natürlich bei weitem besser, als an dem ersten Abend. Es war selbst für solche Leute, die das Ballet nicht für die herrlichste Blüthe der Kunst halten, ein Genuß, die Harmonie der Tanzgruppirungen zu verfolgen, und so ist auch der laute gespendete Beifall des schaulustigen Publikums eine sehr begreifliche Erscheinung. Wo es so vieles zu sehen giebt, verzeiht man sogar, daß der zum Glück nicht sehr umfangreiche gesprochene Theil des Stückes hinter dem getanzten Vorgänger bei weitem zurückbleibt. — Im Schiller-Theater beginnt heute der Vorverkauf für die am Freitag stattfindende erste Aufführung von Anzengruber's Volksstück „Das vierte Gebot". Langmann's Schauspiel „Bartel Turaser" wird morgen, Donnerstag, noch einmal wiederholt.

Aus den Nachbarorten.

Die Parteigenossen von Wilmersdorf werden auf die heute Abend stattfindende Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins aufmerksam gemacht und zum Beitritt aufgefordert. Beitrittserklärungen werden vom Genossen Emil Witte, Berlinerstr. 38, sowie von W. Piesker, Gasteinerstr. 29, und im Volksgarten entgegengenommen. Der Vorstand.

Zur Stadtverordneten-Ersatzwahl in Charlottenburg wird uns aus dortigen parteigenössischen Kreisen geschrieben: Die verhältnißmäßig hohe Stimmenzahl, die der freisinnige Kandidat auf sich vereinigte, bedeutet keineswegs ein Anwachsen des Freisinns. Denn während sich bei der vorigen Wahl Konservative, Unabhängige, Freisinnige und Sozialdemokraten gegenüberstanden, hatten diesmal nur die beiden letztgenannten Parteien Kandidaten aufgestellt. Infolge dessen stimmte die gesammte Bourgeoisie geschlossen gegen uns; es läßt sich aus den Listen zahlenmäßig nachweisen, daß etwa zwei Drittel derjenigen Wähler, die diesmal freisinnig wählten, bei der letzten Wahl unabhängig oder konservativ gestimmt hatten. Neben den in jenem Bezirk zahlreich vertretenen Geldaristokratie sah man pensionirte Offiziere und höhere und mittlere Beamte, kurz, die Kerntruppen der Konservativen, für die Freisinnigen eintreten. Recht charakteristisch ist es übrigens, daß der von freisinniger Seite nominirte Kandidat auf den vor den Wahllokalen vertheilten Stimmzetteln als „Kandidat des unabhängigen liberalen Bürgerthums" bezeichnet wurde. So weit ist es also mit dem Charlottenburger Freisinn gekommen, daß er nicht einmal mehr mit offenem Visier zu kämpfen wagt. Für uns war der Sieg in dem Bezirk, der ähnlich zusammengesetzt ist, wie die Gegend vor dem Potsdamer Thor in Berlin, von vornherein ausgeschlossen; es kam uns nur darauf an, Erfahrungen für die nächsten allgemeinen Wahlen zu sammeln. Die Wahlbetheiligung war übrigens sehr gering, es übten nur ca. 19 pCt. der eingeschriebenen Wähler ihr Wahlrecht aus.

In der letzten Sitzung der Schöneberger Stadtverordneten gelangte eine Verfügung des Regierungspräsidenten betreffend Genehmigung des Gehalts für einen neu anzustellenden Stadtbaurath und weiter eine Vorlage des Magistrats betreffend die Anstellung des Bureau-Vorstehers Machowicz aus Bromberg als Revisor zur Auslegung. Ein Vortrag des jetzigen Stadtbaraths Jankowski über den Bebauungsplan und die Kanalisation Schönebergs rief lebhaften Beifall hervor. In anschaulicher Weise entwickelte der Redner die früheren Kanalisationsverhältnisse in Schöneberg, und kam zum Schlusse seines Vortrages zu dem Resultat, daß es nöthig erscheine, für Schöneberg ein neues Kanalisations-System zu errichten. Vorläufig allerdings sei die Stadt durch den Vertrag gebunden, den sie mit Charlottenburg bis zum Jahre 1905 geschlossen; die umfangreiche Bebauung erfordere jedoch die Erwägung eines Projektes, welches von den oberen Behörden genehmigt und bis zum Jahre 1905 fertig gestellt werden könne. Ein von dem Redner ausgearbeitetes Projekt stelle sich auf 24 Millionen Mark.

Der Kurfürstendamm soll im nächsten Jahre asphaltirt werden, soweit er auf Charlottenburger Gebiet liegt, das heißt vom Auguste Victoriaplatz an etwa bis zur Uhlandstraße. An der bisherigen Eintheilung der Straße soll dabei nichts geändert werden, um den jetzigen Baumbestand zu erhalten. Die Frage der Anlegung von Radfahrwegen auf dem Kurfürstendamm hält der Charlottenburger Magistrat nicht mehr für diskutabel, da weder der Vorschlag, die Vorgärten zu gunsten der Radfahrwege aufzuheben, Anklang gefunden hat, noch die Reitwege oder die Bürgersteige sich einengen lassen, um Platz für einen Radfahrstreifen zu schaffen.

Die lange schon geplante Haveluferbahn zwischen Spandau und Potsdam soll nach dem Entwurf die Ortschaften Gatow, Kladow, Groß-Glienicke, Krampnitz und Nedlitz berühren. Ein halbstündiger Verkehr soll eingerichtet werden. Das Baukapital wird zur Hälfte vom Kreise Osthavelland, zur andern Hälfte vom Staat und der Provinz hergegeben werden. Für das auf den Kreis entfallende Baukapital ist ferner eine Betheiligung der Städte Spandau und Potsdam mit einer Zinsgarantie für je ein Drittel der Summe in Aussicht genommen. Der Kreis beabsichtigt die Bahn in eigener Regie zu bauen.

Soziales.

Gegen die Hamburger Senatsverordnung über Einrichtung und Betrieb der Bäckereien und Konditoreien hatten die Bäckermeister die Bürgerschaft, d. i. die gesetzgebende Versammlung Hamburgs, mobil zu machen gewußt, was bei diesem ultra-kapitalistischen Parlament freilich das Gegentheil eines Kunststücks ist. Die Bürgerschaft beauftragte einen Ausschuß mit der Sache und dieser hat jetzt seinen Bericht erstattet. Er schlägt einstimmig der Bürgerschaft vor, den Senat um Milderung der Verordnung in einer ganzen Reihe von Punkten zu ersuchen. Zur Kennzeichnung der Intentionen, von welchen sich der Ausschuß leiten läßt, genügt es, zwei Beispiele anzuführen. Nach der Senatsverordnung müssen die Arbeitsräume mindestens 3½ Meter hoch sein, der Ausschuß beantragt 3 Meter. Daß bei der Temperatur, die in derartigen Betrieben herrscht, selbst 3½ Meter noch nicht ausreichen, um die Gesundheit der Arbeiter vollständig zu schützen, ist klar; der Ausschuß meint aber, daß schon 3 Meter ausreichend seien. Weiter verlangt die Senatsverordnung: „Die Bedürfnißanstalten sind mit Wasserspülung und direkter Licht- und Luftzufuhr zu versehen und stets sauber zu halten." Der Ausschuß geniert sich nicht, die Streichung dieser Bestimmung zu fordern. Da hört wirklich alles auf und man kann nur wünschen, daß der Senat diesen wie allen anderen Verschlechterungsanträgen gegenüber fest auf dem vernünftigen Standpunkte beharren wird, den er gegenüber den elenden Zuständen in den Bäckereien und Konditoreien bisher eingenommen hat.

Arbeiter-Risiko. Der Absturz des Hängegerüstes an dem Neubau der Töchterschule in Oppeln, wobei 11 Arbeiter und Arbeiterinnen verunglückten, ist nach Angabe der „Oppelner Nachr." darauf zurückzuführen, daß die Tragkraft des Hängegerüstes nicht für das Gewicht von 11 Personen ausreichte. Die Arbeiter erzählten an der Unfallstelle, daß sie bei der Ausführung der Verputzarbeiten zur Eile angetrieben und veranlaßt worden seien, in so großer Anzahl das Gerüst zu besteigen, um die Arbeit zu beschleunigen. Einer der schwerverletzten Maurer ist gestorben, von vier anderen Verunglückten wird befürchtet, daß sie ebenfalls ihren Verletzungen erliegen werden.

Berufs-Krankheiten. Der „Bote der russischen Gesellschaft des rothen Kreuzes" berichtet über Untersuchungen, die Dr. Landischewsky über die Wirkung der Berufsthätigkeiten auf die Krankheits- und Sterblichkeitsziffer der Arbeiter angestellt hat. Auch diese Untersuchungen zeigen, in welch hohem Grade in verschiedenen Berufen die Gesundheit der Arbeiter gefährdet ist.

Was die Industrie betrifft, so gehören die Metallarbeiten zu den gesundheitsschädlichsten Berufen. Lungenkatarrhe mit nachträglicher Tuberkulose sind hier eine gewöhnliche Erscheinung. Die Luft in den Metallwerkstätten ist immer mit den kleinsten Metalltheilchen, dem Metallstaube, überfüllt, der, mit der Luft fortwährend eingeathmet, Entzündung der Schleimhäute verursacht, das Lungengewebe schädigt und auf diese Weise einen empfänglichen Boden für die Tuberkulose vorbereitet. Außer dem Metallstaube werden mit der Luft noch die verschiedenen giftigen Metalldämpfe eingeathmet, die während des Erhitzens und Schmelzens der Metalle ausscheiden und sich in der Luft vertheilen. Ferner droht dem Metallarbeiter eine ganze Reihe sogenannter Erkältungskrankheiten infolge des übermäßigen Erhitzens des Körpers am Schmelzofen bei dem beständigen Zuge und den großen Schwankungen der umgebenden Temperatur. Nach Dr. Landischewsky betrug die Sterblichkeitsziffer der Uhrmacher, Instrumenten- und Lampenmacher bei 1425 Mann 10,7 pCt.; der Silber- und Goldarbeiter, der Präger und Juweliere (3233 Mann 14,25 pCt.; der Schmiede, Eisengießer und Hämmerer (3793 Mann) 18,5 pCt.; der Kupferschmiede, Kupferkessel- und Bronze-Arbeiter (2026 Mann) 20,18 pCt. und der Schlosser und Klempner (5826 Mann) 21,5 pCt.

Eine gewisse Aehnlichkeit mit den Metallarbeitern in Beziehung auf die Gesundheitsschädlichkeit hat der Perrückenmacherberuf. Wie dort die Luft mit dem Metallstaube, so ist sie hier mit dem Haarstaube überfüllt, der ebenso wie jener auf Schleimhäute und Lungengewebe entzündlich einwirkt und die Disposition für die Tuberkulose schafft, zumal er noch verschiedene krankheiterregende Bakterien aus dem Haarmaterial enthalten kann. Unter den Lungenschwindsüchtigen nehmen die Perrückenmacher nach den Schreibern und Graveuren prozentual die erste Stelle ein. Während die normale Sterblichkeit bei dieser Krankheit 5,46 aufs Tausend ausmacht, beträgt sie bei den Perrückenmachern 13,6. Die allgemeine Sterblichkeitsziffer in diesem Berufe ist überhaupt sehr hoch, nämlich 29,22.

Zu den nicht minder schädlichen Berufen gehört auch der Wäscherinnenberuf. Wenn man in betracht zieht, daß der schmutzigen Wäsche nicht selten verschiedene Krankheitserreger anhaften und daß dieser Beruf bei starken Schwankungen der Wasser- und Lufttemperatur verübt werden muß, dann wird es leicht erklärlich, warum die Wäscherinnen den hohen Sterblichkeitsprozentsatz von 27,11 aufweisen. Die Tuberkulose allein weist in diesem Berufe ein Sterblichkeitsprozent von 9,5 auf (das höchste unter den Arbeiterinnen). Auch Nierenkrankheiten sind unter den Wäscherinnen sehr verbreitet.

Etwas günstiger für die Gesundheit ist der Fuhrmannsberuf. Die freie Luft, in welcher dieser Beruf ausgeübt wird, wirkt sehr günstig auf die Gesundheit ein und schwächt somit die Wirkung anderer übler Umstände ab. Zu den gesundheitsschädlichen Umständen dieses Berufes gehören: Unwetter, Sonnenhitze, unregelmäßige Nahrungseinnahme, schlaflose Nächte.

Ist unter den Fuhrleuten der Prozentsatz der an Tuberkulose sterbenden wegen des Aufenthalts in der freien Luft sehr niedrig (nur 0,87 Prozent), so leiden die Fuhrleute dafür an Katarrhen, Rheumatismus, krupöser Entzündung, Lähmungen und besonders häufig (infolge übermäßiger Muskelanstrengung beim Lasttransport) an Verschnürungen der Gedärme. Die durchschnittliche Lebensdauer der Fuhrleute beträgt 41,5 Jahre. Eine beträchtliche Zahl der Todesfälle ist in ihrem Berufe auf Unfälle zurückzuführen.

Unternehmer-Verbände.

Der Arbeitgeberbund für das Maurer- und Zimmerergewerbe für Berlin und die Vororte, welcher seit dem 25. März d. J. besteht, hat in seine Statuten folgenden Paragraphen aufgenommen: Wird von den Arbeitnehmern einem oder mehreren Mitgliedern eine Bausperre angedroht oder wird eine solche verhängt; droht ein partieller oder allgemeiner Ausstand auszubrechen, so hat der Vorstand durch geeignete Vorkehrungen, deren Kosten aus dem Vereinsvermögen zu bestreiten sind, der Bausperre oder dem Ausstande entgegenzuwirken. Glaubt der Vorstand, daß die Bausperre oder der Ausstand wirksam nur durch Entlassung sämmtlicher Maurer oder Zimmerer auf allen Bauplätzen zu bekämpfen sei, so hat er sofort eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen. Beschließt diese die sofortige Entlassung, so sind die Mitglieder verpflichtet, diesen Beschluß unverzüglich zur Ausführung zu bringen.

Westfälische Draht-Industrie in Hamm. Der Geschäftsbericht für 1897/98 bietet dadurch ein allgemeines Interesse, daß er über die Thätigkeit und die Wirkungen verschiedener Verbände sich ausläßt. Zunächst klagt er darüber, daß die von seiten des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikates, des Roheisen-Syndikates und des Halbzeug-Verbandes gewährten Ausfuhr-Vergütungen nicht ausreichten, um das Geschäft nach dem Auslande lohnend zu machen. Der Wettbewerb im Auslande arbeite mit wesentlich billigerem Material, da der Preis der von auswärts bezogenen Drahtknüppel frachtfrei Hamm i. W. ausschließlich Zoll erheblich niedriger sich stellt, als man vom Halbzeug-Verband für Inlandlieferungen beziehen könne. An dem Weiterbestehen des Walzdraht-Syndikates habe die Gesellschaft nur ein mittelbares Interesse, da sie fast ihre ganze Erzeugung an rohem Walzdraht weiterverarbeitet. Trotzdem habe sie dasselbe unterstützt, damit das Drahtgewerbe, welches heute die Rohstoffe und Halberzeugnisse nur noch von Verbänden beziehen kann, in der Vereinigung ein gewisses Gegengewicht gegen die Macht der Verbände hat.

Ueber den Geschäftsgang sagt der Bericht, daß der Gesammtumsatz 17,05 Millionen Mark betrug, gegen 16,36 Millionen Mark im Vorjahre. Hergestellt wurden 222 716 Tonnen (191 663 Tonnen) an Walzfabrikaten, gezogenem Draht, Drahtstiften, Nieten, Drahtseilen u. s. w. Bei 289 367 Mark (249 086) Abschreibungen beträgt der Reingewinn 956 023 M. (1 011 411), aus dem die Rücklage 46 712 M. (49 822) erhält, während auf Gewinnantheile 38 753 M. (89 775) entfallen, und 799 980 M. durch die wieder mit 10 pCt. vorgeschlagene Dividende beansprucht werden.

Ueber das I. Viertel des laufenden Geschäftsjahres sagt der Bericht, daß der Umsatz höher war, als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Wenn der Verband deutscher Drahtstift-Fabrikanten sich unter dem Schutze der erwähnten großen Verbände weiter entwickeln kann und vom Halbzeug-Verband die benöthigten Mengen Drahtknüppel geliefert werden, so hofft die Verwaltung, auch im nächsten Jahre über ein befriedigendes Geschäfts-Ergebniß berichten zu können.

Versammlungen.

Die Stockarbeiter besprachen in einer am Freitag abgehaltenen öffentlichen Versammlung einen bei der Firma Alfons Ludwig u. Co. schwebenden Streik. Derselbe ist ausgebrochen, weil ein Arbeiter entlassen wurde, um einem andern, der bei den Kollegen als Angeber und Aufpasser bekannt ist, Platz zu machen. Einige Arbeiter verlangten die Wiedereinstellung des Entlassenen, den sie für gemaßregelt halten. Diese Forderung wurde zurückgewiesen und die betreffenden ebenfalls entlassen, resp. legten sie die Arbeit nieder. Um einen Druck auf den Fabrikanten auszuüben, erklärten sich auch die Arbeiter des hauptsächlich für ihn liefernden Zwischenmeisters mit den Ausständigen solidarisch. Nach sehr langer Debatte wurde beschlossen: Zur Unterstützung der Streikenden hat jeder Kollege wöchentlich nicht unter 50 Pf. zu zahlen; die Beiträge werden durch die Vertrauensleute mittels Sammellisten eingebracht. — Hierauf erstattete Lambeck den Bericht der Agitations-Kommission. Die Einnahmen betrugen 163,90 M., die Ausgaben 137,50 M., unter Hinzurechnung eines früheren Bestandes von 54,83 M. bleibt ein gegenwärtiger Bestand von 81,23 M. Im Laufe des Jahres fanden acht Werkstellen-Streiks statt, die theils in Maßregelungen, theils in Lohnherabsetzungen ihre Ursache hatten. — Der Agitationskommission wurde Decharge ertheilt und Zorn und Schwarz mit der Revision der Kassenabrechnung betraut. Die Wahl eines Vertrauensmannes fiel auf Lambeck. — Hierauf wurde über die geplante Erweiterung des Gewerkschaftsbureaus diskutirt, der Beschluß darüber aber bis zur nächsten Versammlung vertagt.

Die Tapezirer hielten am 15. Novbr. eine kombinirte Versammlung im Saale der „Arminhallen" ab. Die Debatte, die in der vorigen Sitzung über die Thätigkeit der Agitationskommission abgebrochen wurde und zu heftigen Meinungsverschiedenheiten Anlaß gab, wurde fortgesetzt. Wels vertheidigte sich gegen die Anschuldigungen, die Kielmeyer und Goschke in der vorigen Sitzung erhoben hatten, besonders legte er auch die Lässigkeit der Kollegen der Werkstatt von Heymann dar, die von einem Streik fast nichts wissen wollen, und treffe somit der Kommission durchaus keine Schuld. Redner begründet sodann einen von ihm gestellten Antrag, welcher lautet: „Die Versammlung erklärt sich mit der Taktik der Agitationskommission einverstanden und sieht in den fortgesetzten Versuchen, ein einheitliches Arbeiten zu stören, eine schwere Schädigung unserer Organisation!" Menze wendet sich gegen die Ausführungen seines Vorredners und erklärte, daß er in diesem Antrage das Verdrängen einiger Mitglieder erblicke. Nachdem noch einige Redner theils für, theils gegen gesprochen hatten, wurde die Debatte geschlossen und der Antrag Wels angenommen. Ein Antrag Holzammer's, welcher für jede Filiale eine eigene Kommission wünschte, wurde abgelehnt und hierauf Pönike, Zinke, Wels, Pape, Leonh. Schmidt, Robis, Moskopf,

Friedmeyer und Bechert in die Agitationskommission gewählt. Es folgte nunmehr der Bericht über den Arbeitsnachweis und wurde beschlossen, die bisherige Kommission des Arbeitsnachweises weiter arbeiten zu lassen. Infolge der sehr erregten Debatte legte Franzke sein Amt im Ausschuß nieder und wurde Pönike an seine Stelle gewählt.

Die selbständigen Barbiere nahmen am 14. d. M. in einer Versammlung Stellung zur Zwangsinnung. Der Referent Helbig vertrat einen durchaus ablehnenden Standpunkt, der auch in der Diskussion mit Ausnahme eines Redners zum Ausdruck kam. Die Versammlung nahm gegen 3 Stimmen folgende Resolution an: „Die Versammlung der selbständigen Barbiere, Friseure und Perrückenmacher beschließt, um sich zu organisiren, in möglichst großer Zahl der Freien Vereinigung der Barbiere beizutreten.“

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Am 14. d. M. tagte für den Bezirk Osten und Nordosten eine Bezirksversammlung, in der Sillier in einem interessanten Vortrage die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung darlegte. Nach einer kurzen Diskussion wurde zur Wahl der Werkstatt-Kontrollkommission geschritten, in die die Mitglieder Hasübert, Wernicke und Paul gewählt wurden.

Im Bezirk Moabit sprach an demselben Tage das Mitglied Mohs über die Arbeitsvermittelung der organisirten Arbeiter. Redner betonte, wie nothwendig es sei, daß der Arbeitsnachweis in die Hände der organisirten Arbeiter gelange. In der Verwaltung der Unternehmer sei diese Institution ein Mittel, die schwarzen Listen wirkungsvoller durchzuführen. Die Auffassung fand in der Versammlung allgemeine Zustimmung.

In der Bezirksversammlung für Friedrichsfelde hatte Fräulein Baader am 14. d. M. das Referat übernommen. Die Vortragende sprach über das Thema: Die Hebung der Arbeiterklasse muß ihr eigenes Werk sein. Die Rednerin zeigte besonders an der englischen Arbeiterbewegung, welche Kräfte in den Organisationen der Arbeiter zur Hebung der Klassenlage dienstbar gemacht werden müssen. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats, worauf Fräulein Baader zum Schluß über die Lügenbroschüre des Korbmachers Fischer einige kritische Bemerkungen machte.

Die Branche der Kammmacher und Berufsgenossen hielt ihre Versammlung am 17. November bei reger Betheiligung diesmal im Norden ab. Franz Stusche sprach über die Kämpfe der Arbeiterorganisationen in Deutschland und England. Redner schilderte die moderne Produktionsweise, sowie auch die Aenderungen, die in der Kammindustrie Eingang gefunden haben. Bei Erledigung der Branchenangelegenheiten wurde die Kommission beauftragt, beim Vorstand des Holzarbeiter-Verbandes die Genehmigung nachzusuchen zum Druck einer Anzahl Flugblätter an alle in der Kammindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Nach Erledigung der Werkstattangelegenheiten wurde auf die Morgensprachen hingewiesen, und finden dort die Mitglieder Gelegenheit, ihre Beiträge zu zahlen.

Die Branche der Perlmutt-Branche hatte am 17. Novbr. ihre Versammlung anberaumt. Der Bericht über die Thätigkeit der Werkstatt-Kontroll-Kommission gab zu Ausstellungen keinen Anlaß und wurde der Kommission Entlastung ertheilt. In die neue Kommission wurden hierauf Schmid, Gehrlich, Klotzsch und Heymer gewählt. Das Auftreten des Meisters Reibetanz bei der Firma Manasse, Wallstraße 17/18, wurde einer scharfen Kritik unterzogen und folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung protestirt ganz energisch gegen die vom Meister Reibetanz ausgestoßene Beleidigung. „Die Perlmutt-Arbeiter gehörten sämmtlich nach dem Arbeitshause“. Ein solches Betragen seinen früheren Kollegen gegenüber verdient die schärfste Verurtheilung.“

Die Baudeputirten-Versammlung der Maurer zentraler Richtung, die am 18. November bei Zubeil tagte, erfreute sich eines guten Besuches. Dem Situationsbericht, welchen W. Schulz gab, war zu entnehmen, daß in der Zeit vom 1. bis 17. November acht Bausperren verhängt wurden und zwar drei wegen Nichtinnehaltung der einstündigen Mittagspause des Sonnabends, vier wegen Maßregelungen, eine wegen Lohnforderung; fünf von den acht Sperren verliefen günstig für die Arbeiter, während bei drei derselben ein negatives Resultat zu verzeichnen war, indem sich Maurer vom Arbeitsnachweis und gleichzeitig aus dem Verein der sogenannten „Arbeitswilligen“, den Unternehmern zur Verfügung stellten. Redner unterzog das Betragen der Arbeitswilligen einer herben Kritik und wandte sich in scharfen Worten gegen den Raths-Maurermeister Wesphal in Steglitz, der 14 Maurer, welche von ihm auf einem Neubau in Halensee beschäftigt wurden, entließ, lediglich um Akkord-Maurer einzustellen. Den durch dieses Vorgehen brotlos gemachten Kollegen wurde die übliche Unterstützung zugebilligt. Das Vorgehen des Maurerpoliers Groth, welcher nur Maurer aus dem Arbeiterschutzverein einstellt, und sogar von der Zugehörigkeit zum genannten Verein eine weitere Beschäftigung auf den fraglichen Bau abhängig macht, wurde vom Redner als der den Arbeitern angedichtete Terrorismus bezeichnet. Nachdem Redner die neugegründete Organisation der Arbeitgeber im Baugewerbe beleuchtet, empfahl er angesichts der Haltung der Arbeitgeber, auf den einzelnen Baustellen in Zukunft bei Arbeitseinstellungen die äußerste Vorsicht walten zu lassen. Die Diskussion, die sich im Sinne des Redners bewegte, gestaltete sich recht lebhaft. Sämmtliche Redner gaben ihrer Ansicht dahin Ausdruck, daß nur durch kräftige Agitation für die Organisation und Anschluß der Maurer an den Zentralverband den Mißständen entgegen gearbeitet werden könne. Hierauf wurde einstimmig beschlossen, der am Freitag, den 25. November, abends 8 Uhr, nach Keller's Festsälen, Koppenstr. 29, einberufenen Versammlung zu empfehlen: Das Sammeln zum Streikfonds auch in den Wintermonaten beizubehalten; die Sammelkarten zum Streikfonds für das Jahr 1898 sind in der Zeit nach dem 27. Dezember cr. mit einem Schlußstempel zu versehen. Gleichzeitig sollen die Verbandsbücher der Mitglieder der Filiale Berlin II behufs Eintragung einer Ortsnummer nach dem 1. Dezember d. J. durch die Bezirksführer eingezogen und nach Fertigstellung ebenfalls durch die letzteren wieder ausgegeben werden. Mit einem Appell an die Baudeputirten, kräftig für guten Besuch der obengenannten Versammlung zu wirken, wurde die vom besten Geiste beseelte Versammlung geschlossen.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und der Umgegend hielt am 20. November im „Englischen Garten“ seine ordentliche Mitgliederversammlung ab. Paul Jahn referirte über das Thema: „Das sittliche Recht und die öffentliche Meinung.“ Indem Redner namentlich die Gesinde- sowie die Gewerbe-Ordnung zum Gegenstand seiner Betrachtungen machte, stellte er die Rechte der unteren Schichten denen der oberen Zehntausend gegenüber und meinte, daß man gerade in den unteren Volksschichten Rechtskunde lehren müsse, zumal nach unserer Jurisdiktion Unkenntniß der Gesetze vor Strafe nicht schütze. An der Diskussion betheiligten sich Knöpchen und Kaufmann im Sinne des Referenten. Der Vorsitzende gab alsdann bekannt, daß die Billets zum Maskenball, welcher am 2. Januar in Keller's Festsälen stattfindet, jetzt zur Ausgabe gelangen. Ferner wurden alle diejenigen, welche noch Broschüren vom Jahre 1895 zu verrechnen haben, aufgefordert, dies sofort zu thun, widrigenfalls ihre Namen öffentlich bekannt gegeben werden.

Rixdorf. In der Sitzung des Gewerkschaftskartells vom 17. November nahm das Kartell die Aufstellung der von den Gewerkschaften vorgeschlagenen 12 Kandidaten zur Delegirtenwahl, die hiesige Orts-Krankenkasse betreffend, vor. Dem hierauf folgenden Bericht über die Leistungsfähigkeit der Rixdorfer Orts-Krankenkasse war zu entnehmen, daß dieselbe ca. 8000 bis 9000 Mitglieder hat, jedoch die Leistungen der Kasse kranken Mitgliedern gegenüber ziemlich beschränkte sind. Der Vertrauensmann der Gewerkschaften Rixdorfs beleuchtete sodann das im Gastwirthsgewerbe übliche Ausbeutungswesen seitens einzelner Gastwirthe, Oberkellner und gewissenloser Stellenvermittler und empfiehlt den Delegirten, dafür zu sorgen, daß ihre Gewerkschaften und sonstigen Vereine bei ihren Vergnügen nur organisirte Kellner engagiren. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution gelangte hierauf zur Annahme. Vieweg gab sodann den Kassenbericht. Die Einnahme betrug 391,50 M., die Ausgabe 300,35 M., bleibt ein Bestand von 91,15 M. Bei der nun folgenden Wahl des Vertrauensmannes der Gewerkschaften wurde Nierich (Möbelpolirer), Steinmetzstr. 85, Hof 2 Tr. wohnhaft, gewählt. Die Besetzung der anderen vakanten Posten wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt. Die Delegirten der Maurer und Maler waren nicht anwesend. Zum Schluß der Kartellsitzung wurden einige Gewerkschaftssachen erledigt.

Orts-Krankenkasse der Schuhmacher. Mittwoch, den 23. d. M., im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c, Generalversammlung der Vertreter pro 1897/98. 1. Abends um 7½ Uhr für die Vertreter der Arbeitgeber, 2. um 8½ Uhr für die Vertreter der Kassenmitglieder, 3. um 9½ Uhr gemeinschaftliche Versammlung. Tagesordnung: Vorstandswahl und Statutenänderung. Der Vorstand.

Deutsche Gesellschaft für volksthümliche Naturkunde. Heute Abend 8 Uhr im Hörsale des Hygienischen Instituts, Klosterstr. 36, öffentlicher Vortrag. Herr Professor Dr. Günther spricht über Bakterien und Krankheitserregung (mit Demonstrationen).

Theater- und Vergnügungsverein „Helgoland“. Heute Abend 9 Uhr Ackerstraße 144: Sitzung.

Eingelaufene Druckschriften.

Von der **„Neuen Zeit“** (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 9. Heft des 17. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Ein Sturm im Glase Wasser. — Das schweizerische Fabrikgesetz nach zwanzigjährigem Bestand. Von Otto Lang. — England und Frankreich. Von Ed. Bernstein. — Für das böhmische Staatsrecht. Von Friedrich Stampfer, Wien. — Literarische Rundschau. — Feuilleton: Aesthetische Streifzüge. Von Franz Mehring.

Von der **„Gleichheit“**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist uns soeben die Nr. 24 des 8. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Schwierigkeiten der gewerkschaftlichen Organisirung der Arbeiterinnen. IV. — Die Berichte der süddeutschen Fabrikinspektoren zur Frage der Arbeitszeit der Arbeiterinnen. Von D. Zirner. — Aus der Bewegung. — Feuilleton: Die Proletarierfrau in der neueren französischen Lyrik. Von H. Thurow. (Schluß.) — Notizentheil von Lily Braun und Klara Zetkin: Weibliche Fabrikinspektoren. — Soziale Gesetzgebung. — Soziale Fürsorge für Kinder und Mütter. — Frauenstimmrecht. — Frauenbewegung.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1898 unter Nr. 2970) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstags, Donnerstags und Freitags abends von 7½ bis 8½ Uhr abgehalten.

F. M., Monteur. Fragen Sie unsern Rechtsbeistand in der Sprechstunde, ob eine Klage beim Gewerbegericht aussichtsvoll ist.

Zwei Streitende. Ueber die persönlichen Verhältnisse des Mannes können wir keine Auskunft geben.

E. N. 100. Stadthagen kommt am 15. April aus dem Gefängniß. Sein Vertreter bei uns ist Dr. Heinemann, Kronenstr. 8/9.

Genossen 100. Dem Vorstand ist es nicht bekannt, wo der Genannte geblieben ist, uns auch nicht.

Witterungsübersicht vom 22. November 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5° C. = 4° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5° C. = 4° R.
Swinemünde	756	SSO	3	halb bed.	0	Haparanda	747	NW	2	bedeckt	−4
Hamburg	753	SO	1	Regen	4	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	756	SO	2	heiter	−2	Cork	771	NNW	3	heiter	3
Wiesbaden	756	O	1	bedeckt	1	Aberdeen	768	NW	2	wolkig	−1
München	757	O	3	Nebel	−2	Paris	757	NW	3	bedeckt	7
Wien	762	SO	3	bedeckt	−2						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 23. November 1898.
Kalt und zunächst ziemlich trübe mit Niederschlägen und mäßigen nordwestlichen Winden, nachher aufklärend.

Berliner Wetterbureau.

Achtung! Maurer. Achtung!

Freitag, den 25. November, abends 8 Uhr,
in Louis Keller's Festsälen, Koppenstraße Nr. 29:

Grosse Versammlung

des Zentral-Verbandes deutscher Maurer (Filialen Berlin II., Charlottenburg, Rixdorf, Friedrichsberg und Wilmersdorf).

Tages-Ordnung: Das Ergebniß der Bautenkontrolle in bezug auf die Mißstände in unserem Gewerbe. Referent H. Silberschmidt. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.
☞ Die Kollegen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Die Lohnkommission des Zentral-Verbandes deutscher Maurer.
136/20 J. A.: **Wilhelm Fritzsch.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)
Branche der Musikinstrumenten-Arbeiter.
Mittwoch, den 23. November, abends 8½ Uhr, bei Rautenberg, Oranienstraße Nr. 180:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Warum und wie organisiren wir uns? Referent Kollege **Mohs.** 2. Branchenangelegenheit und Verschiedenes.
Gäste haben Zutritt. 109/12

Rixdorf.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Mittwoch, den 23. November, abends 8½ Uhr:
☞ **Mitglieder-Versammlung** ☜
im Lokal des Herrn **Klemke**, Bergstraße Nr. 137.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „Zwangsinnung oder freie Innung“. 2. Diskussion.
Das Erscheinen sämmtlicher Mitglieder ist dringend erwünscht.
109/13 **Die Lokalverwaltung.**

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

(Verwaltungsstelle Berlin).
Am Donnerstag, den 24. November, abends 8 Uhr, im Lokal von Christoph, Steinmetzstr. 55:
Versammlung für Rixdorf und Umgeg.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **Adolf Hoffmann** über: „Das moderne Raubritterthum“. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 114/15
Gäste haben Zutritt. **Die Ortsverwaltung.**

Täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends:
Verkauf frisch gek. schw. perls. und finn. Fleisches.
Rindfleisch . . . pro Pfd. von 30 Pf an,
Schweinefleisch . . . . 40 Pf. [6131L*
Verwaltung der Kochanstalt Städt. Schlachthof

Dr. Simmel Moritzplatz, Haus v. Aschinger 2 Treppen rechts. Spezialarzt f. Haut u. Harnleiden, 10–2, 5–7, Sonntags 10–12, 2–4

Möbel auf Theilzahlung **J. Kellermann, Neue Jakobstr. 26.**

Orts-Krankenkasse Boxhagen-Rummelsburg.
Mittwoch, den 7. Dezember, abends 8½ Uhr, im Weigel'schen Lokale zu Rummelsburg, Türrschmidtstr. 45:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Wahl von 4 Vorstandsmitgliedern:
1 Arbeitgeber,
3 Arbeitnehmer.
3. Wahl des Revisionsausschusses für die Prüfung der Jahresrechnung pro 1898.
3. Verschiedenes.
Rummelsburg, den 21. Novbr. 1898.
268/18 **Der Vorstand.**

Aufforderung!
Der Genosse Braun, welcher vom 15. auf den 16. d. M. auf der Zentral-Herberge in Verden logirt haben will und von Bremen aus einen Brief an den „Vorwärts“ gesandt hat zum Abdruck, wird ersucht Unterzeichnetem seine genaue Adresse zukommen zu lassen. **Friedr. Güntheroth,** Vertrauensmann, Verden, Große Fischerstr. 24.

Achtung! Vereine.
Umstände halber 2. Weihnachtsfeiertag Saal frei. 1108*
Englischer Garten, Alexanderstr. 27c.

Gustav Ehrlich
Buchdruckerei, Berlin SW., Zimmerstraße 18, Hof parterre,
liefert sämmtliche Drucksachen für Vereine, schnell u. preiswerth. Zeitschriften, Broschüren und Flugblätter äußerst billig. 36/5

Zähne v. 2 Mark event. Theilzahlung. **Olga Jacobson,** Invalidenstr. 145.

Am Sonntag entschlief nach langem Leiden unser guter Vater, der Tischler
Berthold Hirsch.
2313b **Die trauernden Kinder.**
Die Beerdigung findet Donnerstag, nachm. 3 Uhr, vom Krankenhause Friedrichshain aus statt.

Todes-Anzeige. 2318b
Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau **Marie Buchholz,** geb. Balzuweit am 22. d. M. verstorben ist. Die Beerdigung findet am 24. d., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle zu Wilhelmsberg aus statt.
F. Buchholz, Gubenerstr. 9.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine Frau **Minna Karge,** geb. Ettmüller, am 22. November nach schwerem Leiden verstorben ist. 2320b
Die Beerdigung findet am 25. d. M., nachmittags 2 Uhr, auf dem Louisenkirchhof von der Halle aus statt.
Dies zeigt an
Reinhold Karge, Kistenmacher, nebst Kindern.

Den Mitgliedern der Sterbekasse ehem. Pfing'scher Arbeiter (Hegel'sche Kasse) zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, Herr
Heinrich Mohs
am 20. d. M., abends 9½ Uhr, verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 24. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Kirchhofes, Prinzen-Allee, aus statt.
Um recht zahlreiche Betheiligung bittet **Der Vorstand.**
Otto Winkler.

Die Beleidigung gegen Frau Adelheid Brandes nehme ich hiermit zurück und erkläre dieselbe für eine ehrenhafte Frau. A. Brandes.

Ich nehme hiermit die Beleidigung gegen den Dienstmann Schenker zurück und erkläre ihn als einen ehrenhaften Mann. Karl Hinz, Dienstmann 580, 2233b Weinstr. 17/18.

Butter
täglich frisch, vorzüglich, Pfund 1,00, 1,10, 1,20. **Käse.**
Lieferant des Rabatt-Spar-Vereins Norden Epstein & Co.,
Brunnenstr. 162. 1810*

Theilzahlung monatlich **10 Mk.** liefere elegante **Herren-Garderobe** nach Maaß (auch baar Kasse, billigste Preise). **Fertige Garderobe** wird zum Selbstkostenpreise ausverkauft. **Tomporowski,** Schneidermstr., Stralauerstr. 56, Laden.

Freundl. Schlafst. f. 2, auch 1 anst. Herrn, sep., z. 1. Dez. Frau Lehfeld, Reichenbergerstr. 142, 4 Tr. 2316b

Schlafst. f. 2 H. Kottbuser Ufer 53 IV.

Breuer's Ball-Salon „Zur Königsbank“
Grosse Frankfurterstrasse 117
empfiehlt seinen **Saal** mit **Theaterbühne, Vereinszimmer zu Versammlungen und zu jeder Privatfestlichkeit. Jeden Sonntag und Donnerstag: Grosser Ball.** 1049*
☞ Sonnabend, den 19. November zur Versammlung zu vergeben.
H. Breuer, Frankfurterstraße 117.

Musikwerke
mit Uhrwerk, Herophons, Manopans, Salonleierkasten, Harmonikas, billigste Preise. Musikwerke werden zu Festlichkeiten verliehen. 1932*
Kleine Hamburgerstr. 17.

Hausfrauen!
Kauft Euer Brot, das größte, Gr. Frankfurterstr. 87, II. Hof r., **Strausbergerstr. 5, Grüner Weg Nr. 20, Prinzenstr. 64.** 2094b
Berl. Dampfbrot-Fabrik Paul Neubauer jr.

Photographie
12 Visit 3,80 M. 1530*
2 Kabinet gratis.
Kinder und Gruppen gleiche Preise.
12 Kabinet 6,80 M.
E. Hering, Schönhauser-Allee 146.
Aufgang Ecke Kastanien-Allee.

Anzüge nach Maaß für Herren u. Knaben
Größte Auswahl in in- und ausländischen **Stoffen** für **Paletots, Anzüge, Beinkleider** 2c. werden unter **Garantie** des **guten Sitzes zu überaus billigen Preisen** schnellstens angefertigt im Tuchgeschäft bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**

Hoffmann-Pianos
kreuzs., Eisenbau, mit gediegt. Tonfülle, in schwarz od. Nußb., lief. z. Fabrikpr. unt. 10jähr. Garantie, gegen Theilz. ohne Preiserh., nach auswärts frk. Probe (Referenzen u. Katal. gratis)
Berlin SW. 19, Leipzigerstr. 50.

Bruch-Preßkohlen, Ztr. 75 Pf., sowie sämmtliche andere Brennmaterialien sind billig zu haben Urbanstr. 171.
23/6 **Schultz.**

Zu unserem **nachweislich hochrentablen risikofreien Unternehmen** noch einige
Konsortialmitglieder
gesucht.
Erforderlich nach 150 000 M., gezeichnet 250 000 M.
Gefl. Zuschriften erbeten unter **Z. J. 1939** an **Haasenstein & Vogler A.-G., Köln a. Rh.** 104/17*

Arbeitsmarkt.

Achtung, Holzarbeiter!
Bei der Firma
Fork, Kretzschmar & Co.
Barnimstr. 13,
(Magazin Jannowitz-Brücke), haben sämmtliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.
Zuzug fernhalten!
168 **Die Ortsverwaltung.**

Junger, gründlich vorgebild. Parteigenosse sucht Anfangsstellung als Hilfs-
Redakteur
bei bescheid. Gehalt; ließe sich auch in einer Expedition verwenden. Antritt vom 1. Dez. cr. ab. Gefl. Offerten sub **Q 7** an die Exped. d. „Vorw.“.

Für die **Orts-Krankenkasse der Mechaniker** wird sofort ein **tüchtiger Beitragskassirer** verlangt.
Anfangsgehalt 185 M. pro Monat, Kaution 500 M.
Nur schriftliche Bewerbungen sind an das Bureau Klosterstr. 66/67 zu richten. Einsendung von Original-Zeugnissen und Retourmarken verbeten. 2314b

Monteur-Gesuch.
Für sofort und dauernd wird ein tüchtiger und selbständiger Mann, Klempner od. Gelbgießer zur Montage für Bierdruck-Apparate u. Wasserltg. gesucht. Nur solche mit gut. Zeugnissen und die bereits in dieser Branche gearb. haben, wollen sich melden u. Zeugn.-Abschriften einsenden unter **L. C. 5918** an **Rudolf Mosse, Leipzig.**

Modelleur.
Ich suche für mein Atelier per sofort eine erste Kraft, Innendekoration (Ornament) zum Anlegen von Modellen bei hohem Lohn in dauernde Stellung. 38/15*
G. Adler Nachf. Leipzig-Eutritzsch.

Kreis-Sägen-Schneider
für Steinnuß sucht
Knopf-Fabrik Haidestr. 18.

Versilberer werden verlangt Barnimstr. 41.

Plätterinnen auf Stehkragen und geschweifte Umlegekragen in u. außer dem Hause sucht **Max Treppe,** Schönhauser-Allee 167a, Fabrikgb. IV

Tüchtigen Einballirer auf Goldleisten verlangt 2319b
R. Werkmeister, Goldleistenfabrik, Schmidstr. 8a.

Mittwoch, Donnerstag, Freitag

Schürzen.

Tändel-Schürzen, farbig 50 Pf., mit weiss Stickerei 65 Pf.

Wirtschafts-Schürzen gestreift mit Volant 1.10 mit Achselbd. 1.40 M.

Wirtschafts-Schürzen weiss, mit Achselbd. 95 Pf. mit Stickerei 1.40 M.

Schulschürzen m. schottisch. Besatz f. ca. 6–7 Jahre 95 Pf., 8–9 Jahre 1.05, 10–11 Jahre 1.15 M.

Hängeschürzen, bekurbelt für ca. 1–2 Jahre 1, 2–3 Jahre 1.10, 3–4 Jahre 1.20, 4–6 Jahre 1.30 M.

Taschentücher.

Weiss leinene Taschentücher Dutzend 3.25 und 4.50 M.

Linon-Taschentücher mit bunter Kante Dutzend 2.20 M.

Linon-Taschentücher mit Buchstaben . . . . . Stück 10 Pf.

Tapisserie-Artikel.

vorgezeichnet:

Tablette-Decken, mit Hohlsaum 20 und 28 Pf.

Küchen-Handtücher, grau 55, 75 Pf., mit Hohlsaum 1.10 M.

Küchen-Handtücher, weiss 70 Pf.

Stuben-Handtücher 68 Pf. und 1.25 M.

Besentücher 1.50 M., Wäschebeutel 1.20 M.

Tischläufer 1.45, mit Hohlsaum 95 Pf. und 1.65 M.

Küchentisch-Decken 75 Pf.

Rollkorb-Decken 85 Pf., Markttaschen 85 Pf.

Bestecktaschen, Filz 1.10 Mk., Leinen 1.35 M.

Kongress-Schürzen 35 und 70 Pf.

Wäscheschrank-Streifen, dreiteilig 25 Pf., vierteilig 33 Pf.

Waschtisch-Garnituren 45 Pf.

Ruhekissen, Drell 33 Pf., Leinen 33 und 45 Pf.

Klammer-Schürzen 60 Pf.

Gläser-Decken, Halbleinen 7 Pf., Reinleinen 15 Pf.

Staubtuchtaschen, Filz 60 Pf.

vorgezeichnet:

Bürstentaschen 42 und 95 Pf.

Journalhalter 60 Pf. und 1 M.

Kragenkasten, grau Rips 25 Pf., Plüsch 1.40 M.

Kragen- und Manschetten-Kasten grau Rips 50 Pf., Plüsch 2.30 M.

Kravatten-Kasten grau Rips 55 Pf., Plüsch 2.30 M.

fertig gestickt:

Kragenkasten, Nattéstoff 35 Pf., Plüsch 1.25 M.

Kragen- und Manschetten-Kasten Nattéstoff 75 Pf., Plüsch 2.15 M.

Kravatten-Kasten Nattéstoff 75 Pf., Plüsch 2.30 M.

Postkarten-Ständer 75 Pf.

Aschbecher 60 Pf. Fussbänke 1.40 M.

Staubtuchtaschen Kongressstoff, bestickt 70 Pf.

Zwiebel-Netze gehäkelt 60 und 90 Pf.

Herren-Garderobe.

Beinkleider, grau gestr. Buckskin 5.75 M. dunkel gestr. Kammgarn 10.50 M.

Loden-Joppen, Gefüttert 6.75, 9, 15 M.

Schlafröcke mit Tuch-Besatz 9 M. Satin-Double mit Tuch- oder Sammet-Besatz 15.50 M.

Hohenzollern-Mäntel, grau m. grosser Pelerine 27 M.

Winter-Paletots, Eskimo, verschiedene Farben, gute Ausführung 30 M.

Jackett-Anzüge, grau u. braun meliert 21 M. blau u. schwarz Cheviot 26 M.

Knaben-Garderobe.

jede Grösse

Blusen-Anzüge, dunkelblau Cheviot f. ca. 3–8 Jahre 3 M.

Joppen-Anzüge, grün meliert Lodenstoff f. ca. 3–8 Jahre 4.50 M.

Pelerinen-Mäntel, Lodenstoff gefüttert f. ca. 3–8 Jahre 5.50 M.

Loden-Joppen, gefüttert, f. ca. 7–12 Jahre 4.50 M.

Ausserdem wird an diesen Tagen ein grosses Sortiment eleganter
Knaben-Anzüge und Paletots
zu bedeutend herabgesetzten Preisen verkauft.

BERLIN
Leipzigerstr. 132/33
Rosenthalerstr. 27, 28, 29 u. 54/55 (Confections-Haus)
Oranienstr. 53/54.

Warenhaus A. Wertheim

Versand-Abteilung: Berlin W., Leipziger Strasse 132/33. • Winter- u. Weihnachts-Preisliste kostenfrei.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Wilh. Büxenstein in Berlin.

Zweiter Verbandstag des Zentralverbandes der deutschen Stukkateure, Gipser und verwandten Berufe.

Halle, den 21. November 1898.

Heute begannen hier die Verhandlungen auf dem Verbandstage der Stukkateure. Vertreten sind die Orte: Köln, Barmen, Hagen, Düsseldorf, Mannheim, Frankfurt, Bischheim, Nürnberg, Stuttgart, Pforzheim, München, Dresden, Leipzig, Berlin, Breslau, Hamburg, Hannover, Stettin und Halle. Ins Präsidium werden gewählt: Odenthal-Köln, Schäfer-Leipzig und Hahn-Halle.

Den Geschäftsbericht erstattet Odenthal. Es darf angenommen werden, daß es in Deutschland 9000 Stukkateure giebt. Vor drei Jahren waren 679 derselben organisirt. Die Zahl sank im ersten Vierteljahre 1896 auf 400; dann ist fortgesetzt eine starke Zunahme zu verzeichnen gewesen, so daß jetzt rund 2500 Kollegen organisirt sind. Der Wiedereintritt der Hamburger Gipser hat einen kräftigen Zuwachs gebracht. Auch Berlin und Süddeutschland haben gut gearbeitet. Von den 17 Filialen, die vor drei Jahren zur Zeit des ersten Verbandstages zu Kassel bestanden, gingen mehrere ein, doch bestehen jetzt 39 Zahlstellen. Etwa 7000 Mitgliedsbücher sind seit dem ersten Verbandstage an die Filialen gegangen. Größere und kleinere Lohnbewegungen sind in beträchtlicher Zahl zu verzeichnen gewesen, ihr Erfolg war meist befriedigend. In Köln hat sich aus Streikbrechern eine zweite Stukkateur-Organisation auf Hirsch-Duncker'schem Boden gebildet, doch stirbt sie schon dahin, ein Mitglied nach dem anderen kommt wieder zur alten Organisation zurück. Daß ein straffes Streikreglement eingeführt wird, erklärt Berichterstatter unter Hinweis auf den Nürnberger Streik als unerläßlich. Der Nürnberger Streik ist verloren gegangen nicht nur durch die recht erheblichen Forderungen, sondern namentlich infolge des in Nürnberg verbreiteten, ganz unwürdigen Lohnsystems, des sogenannten „Schußsystems", bei welchem täglich der Lohn oder ein Theil desselben gezahlt wird. Der Hauptvorstand hätte vielleicht besser gethan, jemanden nach Nürnberg rechtzeitig zu senden, aber daß der Hauptvorstand oder gar der Berichterstatter schuld sei an der Niederlage, müsse mit Entschiedenheit verneint werden. — Bei starker Agitation ist die Errichtung neuer Filialen und die Stärkung der bestehenden recht wohl möglich.

Den Kassenbericht erstattet Trimborn-Köln. Die Beiträge zur Deckung der Kosten des Verbandstages sind sehr mangelhaft eingegangen. Der Kassenbestand beträgt heute 6208,55 Mark. Die Gesammteinnahme seit dem letzten Verbandstage bis Ende Juni beträgt 18 830 M., die Ausgabe 14 787,86 M. Die Belege sind nicht alle eingegangen; auch fehlen noch die Abrechnungen auf das dritte Quartal von fünf Städten. In Heidelberg und Heilbronn sind die Filialen eingegangen, ohne daß bis jetzt die Reste von 16 bezw. 28 M. abgeführt worden.

Den Bericht des Ausschusses erstattet Kobosiel-Nürnberg. Eine von Homburg an den Ausschuß gerichtete Beschwerde ging demselben infolge falscher Adressirung erst nach langer Zeit zu. Infolge Abreise mehrerer Ausschußmitglieder hat der Ausschuß längere Zeit eigentlich gar nicht bestanden, da die anderen Mitglieder nicht kamen. Im Frühjahr 1897 wurde der Ausschuß reorganisirt, doch kam dann der Streik und da zwei Mitglieder abreisten, zwei andere selbständig wurden, war der Ausschuß wiederum nicht lebensfähig. Der Ausschuß muß an einen Ort verlegt werden, der eine alte Organisation besitzt und in welchem die Mitglieder ständig sind. — Sittenfeld-Hamburg glaubt, Odenthal hätte besser gethan, wenn er alle anderen Aemter niedergelegt und nur das arbeitsreiche des Vorstandes behalten hätte. Das Agitationskomitee hat sich gar nicht bemerkbar gemacht; es hätte ihm bei kräftigerer Arbeit möglich sein müssen, einzelne der eingegangenen Filialen zu halten. Die Festsetzung der Mitgliederzahl sei richtiger dadurch zu berechnen, daß man die Summe der geleisteten Jahresbeiträge durch den auf ein Mitglied fallenden Jahresbeitrag theilt, dann würde sich herausstellen, daß wir eigentlich nicht 2500 Mitglieder haben, wie die Filialen angeben, sondern vielleicht nicht viel über 1000. Auskunft möchte gegeben werden über die Natur der an drei Filialen geleisteten Vorschüsse. — Besler-München widerlegt die Behauptung, Süddeutschland wünsche sich von Norddeutschland zu trennen. Ein darauf hinzielender Antrag Nürnbergs ist auf der süddeutschen Konferenz kurzer Hand abgelehnt und abgefertigt worden.

An der Debatte betheiligen sich noch Glyz-Hagen, Hahn-Halle, Odenwald-Dresden, Daschütt-Charlottenburg und Kobosiel-Nürnberg.

Odenthal weist nach, daß zur Erhaltung der eingegangenen Filialen das mögliche geschehen ist, aber sie ließen sich eben nicht halten. Das Agitationskomitee für Rheinland-Westfalen hat vorzüglich gearbeitet. Trimborn wünscht, daß nicht alle Agitation von Odenthal gefordert wird. Ueber die an Halle, München und Frankfurt a. M. geleisteten Vorschüsse wird Auskunft gegeben.

Soziale Rechtspflege.

Der Rollkutscher und sein Lieferzettel. Der Kutscher Sch. hatte eines Tages als Angestellter der Speditionsfirma Jakobsohn, Klaffke u. Komp. laut Lieferzettel neben vielem andern auch zwei Kisten Weißblech abzufahren. Es stellte sich dann heraus, daß die Kisten nicht an den Adressaten abgeliefert waren. Alle Nachforschungen nach ihrem Verbleib blieben erfolglos und die Firma machte schließlich Sch. für den Verlust haftbar. Er sollte seine Kaution von 14,75 Mark verlieren. Sch. klagte beim Gewerbegericht auf Herausgabe der Kaution und machte geltend, er habe die Kisten garnicht auf dem Wagen gehabt. Herr Klaffke hielt dem entgegen, daß Sch. dies der Firma sofort hätte melden müssen. Es wäre seine Pflicht gewesen, den Lieferzettel mit der Wagenladung zu vergleichen. Der Inspektor Malchow und der Bodenmeister wurden als Zeugen vernommen. Beide haben den Kläger aufgefordert, das Blech aufzuladen; ob er diesen Auftrag ausgeführt hat, wissen sie indessen nicht. Der Inspektor hält es für ausgeschlossen, daß Sch. das Blech nicht mit auf die Tour genommen habe. Auf die Frage eines der sachverständigen Beisitzer giebt er aber zu, daß im Speditionsbetriebe Fehlsendungen oft vorkämen. Die beklagte Gesellschaft wurde verurtheilt, die Kaution herauszugeben. Zur Begründung führte Gewerberichter Dr. Meier aus: Unzweifelhaft sei der Lieferzettel in juristischer Beziehung von erheblicher Bedeutung. Er solle bekunden, daß der Kutscher den Transport der darauf verzeichneten bestimmten Güter übernommen habe, und ferner solle der Zettel als Nachweis dafür dienen, daß alles richtig abgeliefert worden sei. Diese Bestimmung habe Kläger verkannt. Er habe den Zettel ohne weiteres eingesteckt und die geladenen Güter ohne sorgfältige Kontrolle abgeliefert. Gewiß sei das ein Versehen, das scharfe Rügen verdiene. Hier wäre aber zu erwägen, wie es denn eigentlich auf einem Speditionshof zugehe? Nach den Gutachten der sachverständigen Beisitzer prüften die Kutscher fast nie die Lieferzettel, obwohl es ihre Pflicht wäre. Sie könnten auch manchmal die Prüfung nicht vornehmen; es gebe zum Beispiel Nachtdienst, oft hätten sie es eilig u. s. w. Umsomehr müsse der Arbeitgeber dafür sorgen, daß alles stimme. Die Beweiserhebung sei nun zu gunsten des Klägers ausgefallen. Die Beklagte sei den Beweis dafür schuldig geblieben, ob Kläger die Kisten überhaupt erhalten habe. Die Aussagen der Zeugen, deren persönliche Auffassung nicht ausschlaggebend sei, ließen diese Frage offen. Aus diesen Gründen sei dem Kläger die Kaution zu überlassen.

Wegen des Betrages von 45 Pfennigen hatte der Provisionsreisende J. den Inhaber des Adressen-Bureaus Brode beim Gewerbegericht verklagt. J. war vorübergehend als Adressenschreiber bei Brode thätig und verlangte die 45 Pf. für geleistete Arbeit. Der Beklagte machte dagegen geltend, Kläger habe die betreffenden Adressen zu schlecht geschrieben und habe auch nicht die richtige Auswahl getroffen. Es seien unter seinen Arbeiten einige falsche Adressen gewesen. J. bestritt dies und betonte, die Adressen, die er geschrieben habe, seien lesbar, und das genüge für die Postbestellung. Für den geringen Akkordlohn von 25 Pf. pro 100 Adressen, die erst aus Büchern ausgezogen werden müßten, könne Herr Brode keine kalligraphisch schöne Schrift verlangen. Im ersten Termin rieth der Vorsitzende Dr. Meier zu einem Vergleich, damit wegen des geringen Streitobjektes nicht noch einmal verhandelt werden müßte. Der Vertreter des Herrn Brode lehnte aber „aus Prinzip" jedes Entgegenkommen ab. Es komme zu oft vor, daß die Schreiber schlechte Arbeit lieferten. Der Kläger, der jetzt „in Konfituren" reist, stellte darauf den Antrag, ihm für den zweiten Termin eine Versäumnißgebühr zuzubilligen. In dem neuen Termin wurde der Beklagte Brode verurtheilt, dem Kläger die 45 Pf. rückständigen Lohn und eine Versäumnißgebühr von 2,50 M. zu zahlen. Gewerberichter Meier führte zur Begründung aus: Unstreitig habe J. drei Stunden an den fraglichen Adressen gearbeitet. Der Beklagte habe nicht nachweisen können, daß die Arbeit gänzlich unbrauchbar gewesen sei. Für den gezahlten Preis von 25 Pf. für 100 Adressen könne Beklagter thatsächlich eine besonders schöne Schrift nicht verlangen. Und wenn wirklich falsche Adressen dabei gewesen wären, dann hätte er J. höchstens verpflichten können, sie herauszusuchen. Der Abzug sei somit ungerechtfertigt. Das Gericht habe aber auch geglaubt, dem Kläger die Versäumnißgebühr zusprechen zu sollen, wenngleich es der Ansicht sei, daß eine Person, die Prozesse führe, gewisse Unbequemlichkeiten mit in Kauf nehmen müsse. Hier sei jedoch zu berücksichtigen, daß der Beklagte oder sein Vertreter bei der geringen Klagesumme und dem einfachen Thatbestande ohne weiteres den Prozeß im ersten Termin hätte erledigen können.

Warenhaus Wilhelm Stein Berlin, N. Chausseestr. 66.

Tages-Angebot

für Mittwoch, den 23., Donnerstag, den 24., Freitag, den 25. November.

Abteilung: Schirme.

Damen-Regenschirme	1.25 M.	Damen-Regenschirme Halbseide	4.45 M.	Herren-Regenschirme Gloria m. Futteral	2.85 M.
Damen-Regenschirme	1.90 M.	Damen-Regenschirme Reinseide	5.40 M.	Herren-Regenschirme Halbseide	4.25 M.
Damen-Regenschirme mit Futteral	2.65 M.	Herren-Regenschirme	1.50 M.	Herren-Regenschirme Reinseide	5.90 M.
Damen-Regenschirme mit Futteral	3.15 M.	Herren-Regenschirme Gloria	1.95 M.	Damen- u. Herren-Regenschirme Halbseide	2.40 M.

Abteilung: Handschuhe.

Damen-Glacé coul. 4 Knopf	85 Pf.	Damen-Glacé bunte Naht mit 2 Druckknöpfen	1.85 M.	Schwarze Damen-Tricot-Handschuhe reine Wolle	20 Pf.
Damen-Glacé coul. mit farbigen Knöpfen	1.30 M.	Herren-Glacé coul. Stepper 2 Druckknöpfe	1.65 M.	Schwarze Damen-Tricot-Handschuhe m. seid. Aufnaht	37 Pf.
Damen-Glacé weiss, hellgrau, gelb, elegante Ausstattung	1.30 M.	Herren-Krimmer mit Volllederbesatz	85 Pf.	Double-Tricot-Handschuhe	37 Pf.
Damen-Glacé coul. Stepper mit 2 Druckknöpfen	1.65 M.	Fein wollene TricotHandschuhe alle Farben	60 Pf.	Gemust. Damen-Tricot-Handschuhe schwrz. weiss farbig	40 Pf.
		Ringwood-Damen-Handschuhe	45 Pf.		

Abteilung: Schuhwaren.

Filz-Pantoffel mit Pelzfutter	85 Pf.	Damen-Rossleder-Schnürstiefel	5.50 M.	Herren-Rossllederschnürschuhe	4.40 M.
Damen-Filzschuhe	1.05 M.	Damen- sat. Kalbleder-Knopfstiefel	7.20 M.	Herren-Rossllederzugstiefel	5.50 M. und 4.65 M.
Damen-Meltonsteppschuhe	1.40 M.	Damen-Good-Year-Welted-Kalbleder-Knopf- u. Schnürstiefel	10.75 M.	Herren-Zugstiefel mit Lackbesatz	7.75 M.
Damen-Filzschnürstiefel mit Rossllederbesatz	3.15 M.	Damen-Good-Year-Welted-Chevreaux-Knopf- u. Schnürstiefel	11.25 M.	Herren-Good-Year-Welted-Kalblederzugstiefel	10.75 M.
Damen-Filzzugstiefel mit Rossllederbesatz	3.90 M.	Damen-Gummischuhe	2.56 M. 2.30 M. 1.80 M.	Herren-Good-Year-Welted-Zugstiefel mit Kalblederbesatz	11 M.
Damen-Rossllederzugstiefel	3.65 M.				

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 23. November.

Opernhaus. Lohengrin. Anfang 7 Uhr.
Schauspielhaus. Auf der Sonnenseite. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Johannes. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Zaza. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Im weißen Rößl. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Mamselle Tourdillon. Vorher: Der Küchenjunge. Anfang 7½ Uhr.
Wagner. Der Waffenschmied. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Hofgunst. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Hasemann's Töchter. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Die Blumen-Mary. Hierauf: Die Sünden der Frauen. Anfang 7½ Uhr.
Central. Die Geisha. Anf. 7½ Uhr.
Thalia. Der Hypotheken-Schuster. Anfang 7½ Uhr.
Luisen. Berliner Raketen. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Onkel Jonas. Anfang 8 Uhr.
Nachmittags 3 Uhr: Robert und Bertram.
Belle-Alliance. Wohlthäter der Menschheit. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Fregoli-Gastspiel. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Auch ein Fall Grillenthal. Anfang 8 Uhr.
Parodie. Jugend. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48—49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Abwechselungsweise „Die Urzeit des Menschen" und „Quer durch Oesterreich".
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5—10 Uhr: Sternwarte, Operntelephon.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7½ Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Feen-Palast. Spezialitäten-Vorstellung.
Passage-Panopticum. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).

Mittwoch 8 Uhr:
Hasemann's Töchter.
Donnerstag 8 Uhr:
Bartel Turaser.
Freitag 8 Uhr: Zum 1. Male:
Das vierte Gebot.

Luisen-Theater

34. Reichenbergerstraße 34.

Abends 8 Uhr:
Berliner Raketen.
Schwank in 3 Akten von B. Jacobson.
Donnerstag:
Berliner Raketen.
Freitag, den 25. November:
Benefiz für Anna Müller.
Zum 1. Male:
Die Regimentstochter.
Vaudeville in vier Akten von Blum.
Jeden Sonnabend Nachm. 3 Uhr:
Schüler-Vorstellung zu besonders ermäßigten Preisen:
Wilhelm Tell.

Ostend-Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.

Nachmittags 3 Uhr:
Kinder-Vorstellung
Robert und Bertram.
Kleine Preise: 20, 30 u. 50 Pf. Entree.
Abends 8 Uhr: Zum 9. Male:
Onkel Jonas.
Volksstück mit Gesang in 5 Akten von Oskar Klein. Musik von Alb. Wiecher.
Anfang 8 Uhr.
Vorzugsbillets haben Giltigkeit.
Im **Tunnel** von 7 Uhr an **Frei-Konzert.** — Morgen und folgende Tage: **Onkel Jonas.** — Sonntag Nachmittag: **Der Hüttenbesitzer.**

Reichshallen.

Stettiner Sänger

(Meysel, **Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl, Schneider** und **Schrader.**)

Wiederauftr. von Britton.
Großartiges Programm.
Tageskasse von 11—1 Uhr.

Reichshallen-Restaurant.
Grosses
Konzert d. Reichshallen-Orchesters
Entree frei.

Urania

Taubenstrasse 48/49.
Abwechslungsweise
Die Urzeit des Menschen
und
Quer durch Oesterreich.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Taubenstrasse im Hörsaal:
Experim. u. Projekt.-Vorträge

Kunst-Schaubühne
i. d. **Urania,** Invalidenstr. 57.
Mittwoch, 23. Novbr., 8 Uhr:
Moderne Karikaturen
mit farbigen Lichtbildern.

Passage-Panopticum.

Von 6 Uhr
Théâtre variété
bis 10 Uhr.
Nur noch kurze Zeit:
Der Storchmensch
und das reichhaltige November-Progr.
Heute 25 Pf. Entree.
Geöffnet v. vorm. 9 bis abds. 10 Uhr.

Castan's
Panopticum.
Neu!! Neu!!
Lebendig begraben!!

Central-Theater

Direktion: José Feronezy.

Die Geisha
oder: **Eine japanische Theehaus-Geschichte.**
Operette in 3 Akten v. Sidney Jones.
Morgen und die folgenden Tage:
Die Geisha.
Sonntag, 27. Novbr., nachm. 3 Uhr, zu ermäßigten Preisen:
Der arme Jonathan.
Operette in 3 Akten von C. Millöcker.

Metropol-Theater.
Behrenstr. 55/57. Dir. Rich. Schultz.
Morgen und folgende Tage:
Die Blumen-Mary
Operette in 3 Akten von Landesberg u. Stein. Musik von Karl Weinberger.
In Szene gesetzt vom Dir. R. Schultz.
Hierauf:
Die Sünden der Frauen.

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73.
Gastspiel Kelmerding.
Der Hypothekenschuster
Posse mit Gesang in drei Akten von Leopold Ely.
Musik von Cornelius Schüler.
Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Olympia-Theater.
(Circus Renz) Karlstrasse.
Heute zum 54. Male:
Anfang 8 Uhr
Berliner Ausstattungsstück
mit
Couplets.
MENE TEKEL
Aufzügen
und
Kolossal-Ballets
in 3 Akten (10 Bildern).

Circus Renz-Riesen-Tunnel.
Direktion: J. M. Hütt.
Täglich: Grosses Konzert
der Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn Otto Görner und
Extra
Spezialitäten-Vorstellung
unter Regie des beliebten Humoristen **Gustav Kluck.**
Das neue großartige November-Programm.
Anf. Wochent. 6½ Uhr, Sonnt. 5 Uhr.
Entree Wochent. 10 Pf., Sonnt. 30 Pf.

W. Noack's Theater

Brunnenstr. 16.
Heute Mittwoch, den 23. November:
Wegen Privatfestlichkeit keine Vorstellung.
Morgen Donnerstag:
Einen Jux will er sich machen
Posse m. Gesang in 4 Akten v. Nestroy.

Apollo-Theater.

Armand'Ary
Dagmar Hansen, Sign. Basalary
Familie Agoust
Robert Steidl
und
16 hervorrag. Spezialitäten.
Kassenöffnung 6½ Uhr.
Anfang der Vorstellung 7½ Uhr.

Feen-Palast-Theater

Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Großer Erfolg! Großer Beifall!
Athletik Professor Theseus.
Carl Jörgensen.
der beste mimische Darsteller.
Sensationell! **Bismarck**
vom Jüngling bis Friedrichsruh.
Toska's lebend. Bilder-Gallerie.
Circus Pluschel u. s. w.
Nur noch kurze Zeit die erfolgreiche Gesangsposse
Rosen vom Norden.
Anfang 7½, Sonntags 6 Uhr.
Vorverkauf Vorm. v. 11-1 Uhr.

Alcazar-Theater

Dresdenerstr. 52/53. City-Passage.
Direktion: **Richard Winkler.**
Täglich:
Bummelfritze.
Volksstück mit Gesang in 3 Aufzügen von Jacobsohn und Wilken.
Musik von Michaelis.
In Szene gesetzt von Otto Wendt.
Dazu das ausgewählte
Spezialitäten-Programm.
Neu! Neu! Neu!
Le cardo and Trepp,
Musik-Excentric-Comedians.
Anfang: Wochent. 7½ Uhr. Sonntags 6½ Uhr.
Entree: Wochentags 30 Pf. Sonntags 40 Pf.
Vorzugsbillets haben Giltigkeit.

Mähr's Theater

Oranienstr. 21.
Täglich
Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.
Amor!
Burleske mit Gesang und Tanz.
Brothers Alexander. Hulda Lucas. Grete Gastani 2c.
Anfang an den Wochentagen 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Bons haben Wochentags Giltigkeit.

Volks-Theater

im Welt-Restaurant
Dresdener-Straße 97.
Dir.: A. Kolig. Art. Leiter: A. Runge.
Novität! Sensationell! **Novität!**
Sensationeller Erfolg!
Die Cirkusfee.
Operette von Felsch. Musik von Baselt.
In Szene gesetzt von August Runge.

Neu!	**Neu!**
Charles Wolff, der berühmte Tanzhumorist.	Eugen Rosée, der beste aller Mimiker.

Concerthaus.

Leipzigerstr. No. 48.
Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.
Zum Schluß
Jacques Offenbachs Operette
Insel Tulipatan.
Die Handlung spielt 3000 Meilen von Blankenese, 180 Jahre vor Erfindung der Velozipeden mit Dampfschraube.
Vereins-Billets
für Wochentage mit erheblicher Preisermäßigung stehen den geschätzten Vereins-Vorständen kostenlos zur Verfügung.

CIRCUS BUSCH
Mittwoch, den 23. November,
abends 7½ Uhr:
Soirée équestre.
PERSIEN.
Gr. Manege-Schaustück in 5 Akten, inscenirt vom Dir. **Paul Busch.**
Besonders hervorzuheben: **Der Sturz des persischen Prinzen mit dem Pferde von hoher Felsenklippe ins Wasser.** Außerdem: Auftreten des Herrn **Franz Gobhardt,** Ritter 2c., bisheriger Chef der k. k. spanischen Hof-Reitschule in Wien. Die neuen Freiheitsdressuren des Direktors **Busch.** Mad. **Maria Dorè** als Schulreiterin. Auftreten des Gigerl-Clowns Mr. **Alfred Daniels** als Kunstschütze.
Donnerstag 7½ Uhr: **Persien.**

Buchenholz u. Eichen-Abfallholz
ist als Ofenheizung besser wie Kohlen.
Zu den billigsten Preisen liefert
W. Jonentz, Bärwaldstr. 64.

B. S. Baer Sohn B. S.

24a. Chausseestr. 24a. 11. Brückenstr. 11.
16. Gr. Frankfurterstr. 16.

Billige Preise — Feste Preise — Billige Preise — Feste Preise — Billige Preise — Feste Preise — Billige Preise — Feste Preise — Billige Preise — Feste Preise — Billige Preise

Eigene Fabrikation in grossem Maassstabe.

Vortheilhafte Angebote in warmer Kleidung:

Loden-Joppen,
2reihig, mit breit. Brust-Ueberschlag, durchweg gefüttert, 15,— 12,— 9,—
6 Mk.

Winter-Paletots
verschiedenartigste Fabrikate mit schönen Futter-Arten, 36,— 25,— 21,— 15,—
8 Mk. 50

Hohenzollern-Mäntel
mit weitfaltiger Glockenpelerine, grauschwarz u. blau, 45,— 36,—
21 Mk.

Schwarze Anzüge,
vielseitigste Erzeugnisse in diversen Façons,
36,— 30,— 25,— 18,—
12 Mk.

Knaben-Mäntel,
entzückende Neuheiten, mit und ohne Pelerine, unzählige Muster, 15,— 12,— 9,— 7,— 6,— 5,—
4 Mk.

Stoff-Hosen,
praktische Stoffe in unzähligen Mustern,
12,— 9,— 6,— 5,—
3 Mk. 50

Jedermann verlange umsonst und portofrei unser 12tes sehr reich illustrirtes Preisbuch.

Moderne Maassanfertigung.

Max Richter, Grüner Weg 65, Vereinsgeschäft.
Bilder, Büsten (Marx, Engels, Lassalle) jeder Größe nebst Bildereinrahmung. Saal-dekoration, Stocklaternen 2c. en gros und en détail. 1522*

Kein Laden!

Empfehle mein reichhaltiges Lager in 972*
Filz- und Seidenhüten,
Schirmen
in den neuesten Façons und Farben, äußerst billige Preise.

Richard Klose, Auklamerstr. 41,
zweites Haus von der Brunnenstraße. Eingang vom Hausflur.
Bitte genau auf die Hausnummer zu achten.

Gebrauchsanweisung.

Man thue in eine Frühstückstasse zuerst etwas Zucker, dann einen Kaffeelöffel Cacao, fülle schnell mit kochendem Wasser, rühre alsdann um, und die Mahlzeit ist fertig. So leicht und schnell der Vorgang ist, so schlagend ist auch die gute Wirkung, die dieses Getränk ausübt. Cacao van Houten ist äusserst nahrhaft, leicht verdaulich, wohlschmeckend, und ist auch bei ständigem Gebrauch immer bekömmlich. Derselbe ist durch ein besonderes Verfahren hergestellt, welches den Fettgehalt auf ein Minimum reduzirt und den Geschmack im höchsten Grade entwickelt. **Man versuche einmal!**

Dr. Thompson's Seifenpulver
ist das beste 33/13*
und im Gebrauch billigste und bequemste
Waschmittel der Welt.

Möbel auf Theilzahl. Oranienstr. 181.
Koulante Zahl.-Bed. **H. & M. Lewent.** Beamten ohne Anzahl.

Haben Sie

schon Ihren Bedarf in
Christbaumschmuck
für Weihnachten gedeckt?
Wenn nicht, so versäumen Sie nicht, sich ein Kistchen mit 10 Karton fein sortirt, als **Fische, Leuchtkugeln, Uebersponnenes, Naturfrüchte, Vögel, Glocken, Perlen, Weihnachtsmann, Tannen- und Elsazapfen,** eine schöne **Baumspitze** u. s. w. für nur **Mk. 5,30** bei franko Zusendung zu sichern.
Auch giebt es Sortimentskistchen zu **Mk. 10,—** bei franko Zusendung. Zur Weiterempfehlung lege 1 Packet Lametaschaum u. 12 Lichterhalter bei.
Lausche in Thg. 81/5*
Karl Köhler, Schw. M.

Heiz-Apparat
für Stuben,

an jedem Kachelofen anzubringen, in 2 Minuten ein vollständig warmes Zimmer mit 3 Preßkohlen,
pro Stück **4 M**
für Küche
pro Stück **2 M**
Zu haben:
Sebastian-strasse 3
Täglich Probe-Heizen.

Steppdecken
kauft man am besten und billigsten
nur direkt in der Fabrik
B. Strohmandel, Berlin S.,
72, Wall-Strasse 72,
wo auch alte Decken aufgearbeitet werden. 6182*

Möbel
und **Wohnungs-Einrichtungen**
zu Fabrik-Preisen.
Tischlermeister,
Bukow, Invalidenstr. 13.
Lager: Parterre u. I. Etage.

Zähne 1,50 M. die besten kost. nur 50 Pf. u. zahle dem **100 Mark Belohnung,** wer nachweist, daß die Zähne, für die Andere 3 M. oder noch mehr Mark fordern, besser sind. **Reparaturen** 2 M., **Zahnziehen** schmerzl. 1 M., **Plomben** 1 M. **E. Fuhrmann,** Dentist, Schwedterstraße 245a Ecke Kastanien-Allee. 1803

Verantwortlicher Redakteur: **August Jacobey** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.